

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Ohne Kompromisse?

Auf der 2. zentralen Mitgliederversammlung des RF-Fördervereins standen ideologische Fragen im Mittelpunkt. Es ging vor allem um den Kampf gegen rechten und linken Opportunismus. Beide Übel sprießen aus derselben Wurzel und hindern die revolutionäre Arbeiterbewegung am Wachstum.

Auf der einen Seite spreizen sich Reformismus und Revisionismus. In Chemnitz hatten sie erst jüngst wieder Hochkonjunktur. Auf der anderen Seite vernebelt scheinradikales Revoluzzertum den Blick auf das sozialistische Ziel. „Antiimperialistisch. Antirevisionistisch. Ohne Kompromisse“, empfahl kürzlich eine Zeitschrift des linken Spektrums ihre politische Reinheit. Ein ebenfalls zum Avantgardismus neigendes Monatsblatt überschrieb einen Leserbrief mit den Worten: „Für marxistisch-leninistische Aktionseinheit!“ Die Schlagzeile hätte auch heißen können: „Für breiteste Bündnisse mit uns selbst!“

Die in beiden Fällen zum Ausdruck gebrachte Haltung will eine besonders hohe Dosis an Klassenkämpfertum offerieren, ist in der Sache aber kontraproduktiv. Denn sie isoliert Vorhutbewegungen von der Masse. Und sie widerspricht dem Marxismus-Leninismus, der weder den gerechtfertigten, das Kräfteverhältnis nüchtern reflektierenden Kompromiß noch die Aktionseinheit mit anders Gesonnenen ablehnt. Das werden Leute, die alle potentiellen Bundesgenossen auf einmal angreifen und verprellen, zugleich aber kategorisch die „Aktionseinheit“ mit ihnen einfordern, wohl kaum begreifen. Diese Kampfform erfordert besonderen Takt, entwickeltes Feingefühl, Akzeptanz anderer Meinungen, Eingehen auf die Situation eines Bündnispartners. Wer dazu nicht fähig ist, der sollte das Wort Aktionseinheit nicht vorschnell in den Mund nehmen.

In seiner als Auseinandersetzung mit dem Sektierertum in den eigenen Reihen angelegten Arbeit „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ spricht Lenin im Mai 1920 von einem „anderen Feind des Bolschewismus“, den er „kleinbürgerlichen Revolutionarismus“ nennt. Ausführlich geht er auf die Frage der Zulässigkeit des Kompromisses ein. Es gebe „Kompromisse und Kompromisse“, stellt er fest. „Kompromisse ‚prinzipiell‘ abzulehnen, welcherart sie auch seien, sie schlechthin zu verneinen, ist eine Kinderei, die man schwerlich ernst nehmen kann.“ (LW 31/22) Es gehe vielmehr um die gründliche Analyse der „konkreten Kompromisse“, um die Entlarvung fauler, der Arbeitersache schadender Zugeständnisse und Abmachungen, aber nicht um Betrachtungen über Kompromisse an sich. Und an anderer Stelle heißt es, „durch einen übers Knie gebrochenen ‚Beschluß‘: ‚Keinerlei Kompromisse, keinerlei Lavieren!‘ kann man dem Wachstum des Einflusses des revolutionären Proletariats und der Mehrung seiner Kräfte nur schaden“. (LW 31/61) Die Partei müsse „die größte Treue zu den Ideen des Kommunismus mit der Fähigkeit vereinigen, alle notwendigen praktischen Kompromisse einzugehen ...“ (LW 31/82)

In derselben Schrift erteilt uns Lenin einen weiteren Rat: „Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen.“ Auch Agitation und Propaganda reichten nicht aus, die Massen müßten ihre eigenen politischen Erfahrungen sammeln. Der Führer der Bolschewiki spricht sich also gegen „marxistisch-leninistische Aktionseinheit“ – eine Form politischer Inzucht – aus. Man müsse „selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzen, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat keinen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen.“ (LW 31/56 f.) Lenins Auffassungen zur Bündnisfrage zogen sich übrigens wie ein roter Faden durch unsere 2. Mitgliederversammlung. Die Verbindung von Prinzipienfestigkeit und Flexibilität wurde betont. Bekanntlich treten der „RotFuchs“ und sein Förderverein für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten auf marxistischer Grundlage ein. Das wird uns von einigen Neunmalklugen angekreidet. Kommunisten und Sozialisten seien grundsätzlich miteinander identisch, dekretieren sie. Aus der Sicht von Kommunisten stimmt das sicher. Aber sind denn alle, die den Sozialismus für das überlegene Gesellschaftssystem halten und den Kapitalismus ablehnen, deshalb schon Kommunisten? Etwa alle RF-Leser? Das zu behaupten wäre genauso sektiererisch wie die seinerzeit in der SED eingeführte Praxis, von der „Partei der 2,3 Millionen Kommunisten“ zu sprechen. Damit haben wir uns nicht nur selbst in die Tasche gelogen und an Zahlen berauscht, sondern auch die Realität falsch widerspiegelt. Bei der Aktionseinheit, die weit über unser eigenes Projekt hinausreicht, geht es um den gewinnbaren Teil der Klasse, der Masse. Das schließt auch Mitstreiter sozialdemokratischer, christlicher und anderer Herkunft ein. Wir visieren also nicht eine absurde „Aktionseinheit von Marxisten-Leninisten“ an. Die gehören ohnehin zusammen. **Klaus Steiniger**



INHALT

2. zentrale Mitgliederversammlung:	
Rede Dr. Gerhard Feldbauers	S. 2
Geschlossenheit auf hohem Niveau	S. 4
Die Volksmarinedivision	S. 5
Exekution durch Ebert	S. 6
Ein atemberaubender Spurt	S. 6
Im Spiegel der zehn Gebote (2)	S. 7
Viel Wirbel um die EAL	S. 8
DKP-Programm: Fehlanzeige	S. 8
Giftpilze in „Korb 3“	S. 9
Gerhard Schröders lückenhaftes Gedächtnis	S. 10
Nach dem Chemnitzer PDS-Parteitag	S. 11
Pioniere in Prora	S. 12
Drei fromme Wünsche	S. 13
ABI: Leiter unter Kontrolle halten	S. 14
Das Zäunlein	S. 14
Unser Karikaturist Herresbach	S. 15
Der Fall Löwenberg	S. 16
USA: Das „Gesetz über innere Sicherheit“ (1950)	S. 17
Rumsfelds KZ: Camp Delta	S. 18
Arnie – noch ein Idiot!	S. 18
Der rosa-grüne Gorbatschow	S. 19
NATO-Desaster in Den Haag	S. 20
Aus Polens kommunistischer Bewegung	S. 21
Afghanistan: Koloniale Strategie	S. 22
Portugals KP auf festem Grund	S. 23
„Superdissident“ arbeitete für Kubas Abwehr	S. 23
Belgien: PTB schuf Institut der Volksärzte	S. 23
Wie China mit der SARS-Epidemie fertig wurde	S. 24
Frankreichs Marxisten-Leninisten gegen Europa-Verfassung	S. 24
Spanische Internationalisten an der Seite der Iraker	S. 25
Israel: Angekündigter Mord	S. 25
Archie als Nachbar Tante Wandas	S. 26
Wie Heinrich Heine die Bundestagsordnungen sah	S. 26
Zwei Wessis auf Osttour (2)	S. 27
Post von Karl Mundstock	S. 28
Der Mantel	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Termine & Anzeigen	S. 32

Dr. sc. Gerhard Feldbauer auf der 2. zentralen RF-Mitgliederversammlung

Mutig, unbestechlich, überzeugend

Voller Stolz zählen wir unseren „RotFuchs“ und seinen Förderverein zu den antiimperialistischen Gegenkräften. Ja, wir nehmen für uns in Anspruch, zu den Konsequenteften in diesem Lager zu gehören. Es ist erst reichlich zwei Jahre her, daß sich ein Häuflein von 21 Genossinnen und Genossen entschloß, diesen Verein aus der Taufe zu heben. Inzwischen haben wir die Zahl von 560 Mitgliedern überschritten. Es besteht aller Grund zu der Annahme, daß viele weitere hinzukommen werden. Das dürfen wir aber nicht dem Selbstlauf überlassen. Jeder von uns sollte in seinem Umfeld stärker aktiv werden, um neue Mitstreiter zu gewinnen. Unsere ständige Leserschaft, die inzwischen weit über 8000 Genossinnen und Genossen umfaßt, ist ein Reservoir, auf das wir als erstes zurückgreifen können.

Ihr und mit Euch zahllose Freunde haben mit ihrer Spendenbereitschaft das regelmäßige Erscheinen unseres Blattes gesichert. Es war möglich, seinen Umfang auf jetzt 32 Seiten zu erweitern, mehrfach durch Annoncen in Tageszeitungen erfolgreich auf uns aufmerksam zu machen und Versammlungen wie die heutige oder die Leserkonferenz im Februar auszurichten. Der „RotFuchs“ konnte seinen guten Ruf als unbestechliche, von Parteien unabhängige, konsequent marxistische Monatschrift festigen, die mutig, klug und überzeugend den Klassenfeind angreift. Sie nennt rechts- und linksopportunistische Positionen beim Namen, setzt sich mit ihnen auseinander, verteidigt und wahrt das revolutionäre Erbe der DDR, arbeitet ihre Erfahrungen und Lehren heraus, untersucht Ursachen der Niederlage und deren konterrevolutionären Charakter und leistet einen Beitrag zur Sammlung der Kräfte für einen neuen sozialistischen Anlauf.

Die Zeitschrift hat sich zur Tribüne für Kommunisten und Sozialisten profiliert, ihre internationale Resonanz ist gewachsen, weitere Themenfelder wurden erschlossen und zahlreiche neue Mitarbeiter gewonnen. An die Stelle bisweilen vordergründiger Polemik gegen unmarxistische Auffassungen ist mehr und mehr die tiefer gehende ideologische Auseinandersetzung getreten. An Qualität bedeutend gewonnen haben die Leserbriefseiten, auf denen Genossinnen und Genossen überwiegend zu wichtigen aktuellen Fragen Stellung nehmen, Erfahrungen aus ihrem eigenen Leben, ihrer Arbeit in der DDR und ihrem heutigen politischen Wirken darlegen, uns Anregungen und Hinweise geben, Kritik üben und Vorschläge unterbreiten. Seit Gründung unserer Zeitschrift haben wir zirka 1800 Leserbriefe ganz oder in Auszügen veröffentlicht. Die meisten Schreiber betrachten wir mit Fug und Recht als unsere Arbeiter- und Volkskorrespondenten. Zwischen der Zeitung und dem Verein haben wir so etwas wie eine Symbiose: Einer lebt vom anderen. Dabei gewinnt der



Verein als uns verbindende Organisation an Bedeutung. Das zeigt sich vielleicht am deutlichsten in der Tätigkeit von nunmehr neun Regionalgruppen, die in Hamburg, Schwerin, Neubrandenburg, Berlin, Strausberg, Halle, Leipzig, Freiberg und Jena bestehen, und zu denen, wie zu hören ist, bald weitere hinzukommen werden. In den Regionalgruppen entwickeln sich die Kontakte und der Gedankenaustausch zwischen den Mitgliedern und Lesern des „RotFuchs“, finden interessante Veranstaltungen zu aktuellen und historischen Themen statt, gibt es – wie könnte es anders sein – auch lebhaftere Streitgespräche. Wichtig ist, daß wir uns mit unseren Themen mehr in die Nähe der großen politischen Auseinandersetzungen unserer Tage begeben und so auch neue Besucherkreise ansprechen.

Über die Gruppen verwirklicht der Verein einen wichtigen Teil seines Auftrags, der laut Satzung darin besteht, Mitglieder und Freunde „auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus politisch zu bilden“ und „die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse sowie deren Verbreitung“ zu fördern.

Wenn wir von Bildung sprechen, dann verstehen wir darunter nicht nur die Aneignung marxistisch-leninistischen Wissens, die Darlegung unseres Standpunktes zu grundlegenden nationalen und internationalen Fragen, sondern auch den Kampf gegen Volksverdummung, Manipulierung und VerBILDung durch die Massenmedien. Im „RotFuchs“ und in den Veranstaltungen des Vereins werden die Dinge beim Namen genannt und Wahrheiten gesagt, die anderswo kaum zu lesen oder zu hören sind. Gleichzeitig können wir an der Tatsache nicht vorübergehen, daß die Generation derjenigen, die in der DDR Gelegenheit zum gründlichen Studium der Klassiker hatte, in absehbarer Zeit nicht mehr zur

Verfügung stehen wird. Um so dringlicher ist es, geeignete Formen zu finden, wie die Kenner und Köhner der Materie ihr Wissen weitergeben und neue Generationen von Marxisten-Leninisten heranzubilden. Gründung, Existenz und Entwicklung des Fördervereins haben gelegentlich zu Irritationen auch bei Kräften der marxistischen Linken geführt. Es ist sogar zu heftiger und unsachlicher Polemik gekommen. Unsere Haltung demgegenüber bleibt unverändert: Wir suchen nicht den Streit oder Trennendes. Dort, wo es notwendig ist, mischen wir uns in die ideologische Debatte zugunsten korrekter Positionen ein. Wir sollten aber nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen.

Ein paar Worte zur Arbeit des Vorstandes. Er umfaßte bisher 12 Mitglieder und trat regelmäßig alle drei Monate zu seinen Sitzungen zusammen, um wichtige politisch-organisatorische Fragen zu beraten und die inhaltliche Linie für die Zeitschrift festzulegen. Zwischen den Vorstandssitzungen koordinierte unser dreiköpfiges Sekretariat die Arbeit. Der Chefredakteur nahm internationale Kontakte wahr, empfing ausländische Gesprächspartner und trug so zur Ausstrahlung von Verein und Zeitschrift bei.

Charakteristisch für die Vorstandsarbeit sind vor allem der echte Kollektivgeist und die freundschaftliche Atmosphäre. Man muß bedenken, daß dem Gremium Mitglieder der DKP, der PDS und der KPD sowie derzeit parteilose Genossen angehören. Da ist das keineswegs eine Selbstverständlichkeit.

Von eben diesem Geist wird auch die Tätigkeit der „RotFuchs“-Redaktion bestimmt. Dort haben sich inzwischen feste Ressorts herausgebildet, die von jeweils einem Verantwortlichen wahrgenommen werden. So sind z. B. Gen. Metzger für Kultur, Gen. Clausner für die PDS-Problematik, Gen. Wilms für Volksbildung, Gen. Freyer für Antifaschismus, Gen. Franz für ethisch-

moralische Fragen, Gen. Itzerott für Parteitheorie, Gen. Berthold für Fernost, Gen. Baraki für Afghanistan, Gen. Bernd Fischer für Nahost verantwortlich. Wünschenswert wäre es, wenn sich dem Kollektiv noch Fachleute für Gesundheitspolitik, Wirtschaft und Arbeitslosenfragen, Jugendthemen, frauenpolitische Fragen und andere Problemkreise hinzugesellen könnten. Hoch zu bewerten sind die Beiträge unserer künstlerischen Mitarbeiter, der Grafiker und Karikaturisten Karlheinz Effenberger, Arno Fleischer, Heinz Herresbach, Klaus Parche, Stefan Schultz und Anatoli Schinin (SHAHAR), das von Egon Schanker gestaltete Layout, die Arbeit des Druckhauses „Bunter Hund“ sowie der unter Leitung von Armin Neumann hervorragend organisierte Vertrieb. Nicht zu vergessen ist auch der Beitrag, den Hartwig Strohschein als unser Webmaster und Iris Rudolph als Internetredakteurin leisten. Die bisherige Internet-Ausbeute sind monatlich zirka 1000 Zugriffe, die insgesamt die Marke von 21 000 überschritten haben. Nicht zuletzt erreichen wir so auch zahlreiche Jugendliche.

Der Chefredakteur koordiniert die redaktionelle Arbeit, plant längerfristig erforderliche Beiträge, legt das Konzept der einzelnen Ausgaben fest, berät wesentliche Fragen mit den zuständigen Redakteuren und Autoren. Er steht dem Vorstand Rede und Antwort. Das in der Satzung verankerte Chefredakteursprinzip, zu dem Eigenverantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht gehören, hat sich in der Praxis sehr gut bewährt.

Es ist gelungen, das Ansehen unserer Zeitschrift ständig zu heben. Nach der Aufnahme in das Vereinsregister und der Zuerkennung des Status der Gemeinnützigkeit befinden wir uns jetzt auf solidem Grund. Nun stellt sich die Frage nach der weiteren Perspektive.

Was ist dazu zu sagen? Zunächst einmal: Ein Verein kann keine revolutionäre Kampfpartei ersetzen. Da sind wir uns mit unseren Kritikern einig, ganz abgesehen davon, daß für eine Parteigründung andere Mitgliederzahlen gebraucht würden, als sie der Verein gegenwärtig aufweist. Zwar gibt es da auch vereinzelt Meinungen, man könne selbst mit 150 oder 200 Mitgliedern als Partei antreten, wenn man sich nur wie eine Massenpartei aufführe. Nun, das ist nicht unser Stil.

Kein Geringerer als Peter Hacks hat den „RotFuchs“ in liebenswürdiger Überhöhung als „Kristallisationskern der nächsten Revolution“ bezeichnet. Genau darum geht es: den Prozeß der Herausbildung einer marxistischen Massenpartei als grundlegende Bedingung der Vorbereitung eines neuen sozialistischen Anlaufs mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern, Wegbereiter zu sein, als solcher neue Mitstreiter zu gewinnen, den solidarischen Zusammenschluß der Mitglieder zu gewährleisten, millimeterweise Einfluß zu gewinnen, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen. All das sind Forderungen, denen sich unser Förderverein stellt.

Wir können nicht an Stimmen vorübergehen, die immer lauter die Neugründung einer revolutionären Kampfpartei fordern.

Das Echo auf den Beitrag von Dieter Itzerott in der August-Ausgabe des „RotFuchs“ war außerordentlich stark. „Man darf die Sache nicht auf den St.-Nimmerleins-Tag verschieben“, ist die überwiegende Auffassung, aber, so möchte ich hinzufügen, man darf auch nichts überstürzen. Die Lehren der Geschichte sind hier eindeutig. Sie besagen, von der Gründung der Sozialdemokratie 1869 über die der KPD 1918/19 bis zum Entstehen der SED 1946, daß sich ein solcher Prozeß auf eine Massenbasis stützen muß. Mit der Proklamierung einer neuen Splitterpartei von einigen hundert oder gar tausend Mitgliedern ist niemandem gedient. So scheint es klar zu sein, daß eine solche Partei wohl kaum aus dem Zusammenschluß der gegenwärtig bestehenden kommunistischen Parteien und Gruppierungen hervorgehen kann, käme er denn überhaupt zustande.

Unsere zentrale Losung bleibt: Für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage. Gegen sie gibt es verstärkt polemische und gehä-

sige Bemerkungen von bestimmter Seite. Unserer Auffassung, der größte Teil der standhaft gebliebenen Kommunisten und Sozialisten auf dem früheren Gebiet der DDR sei heute parteilos, wird mit Verweis auf die auch von uns verteidigte Leninsche Parteitheorie begegnet, nach der es keine parteilosen Kommunisten gäbe. Diese im Prinzip richtige Auffassung negiert indes die nach der Konterrevolution entstandene konkrete historische Situation im Osten. Der Anteil „parteiloser Bolschewiken“, die schon Lenin hoch achtete, ist hier sogar extrem groß. Das wichtigste Reservoir aber sind junge Menschen, die sich in Riesenzahl gegen imperialistische Globalisierung und Aggression wenden, aber gegenwärtig noch nicht bereit sind, sich einer politischen Partei zu öffnen.

Wir möchten ausdrücklich betonen, daß wir an gedeihlichen, kameradschaftlichen und solidarischen Beziehungen zu all jenen Kräften interessiert sind, die ähnliche oder identische Ziele verfolgen wie wir. Aus unserer Sicht besteht keinerlei Konkurrenzdenken. Allerdings wenden

wir uns gegen jegliches Alleinvertretungsgehabe – von wem es auch immer ausgeht. Denn keine der derzeit existierenden kommunistischen Organisationen kann für sich in Anspruch nehmen, „Partei aller Kommunistinnen und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland“ zu sein, wie es erst kürzlich wieder zu hören war. Wir wenden uns ebenso gegen die Vorstellung einzelner, die Sache für sich gepachtet zu haben. Wir weisen Meinungen zurück, die auf die Parole hinauslaufen: „Wenn du Kommunist sein willst, mußt du in unsere Partei eintreten, sonst bist du keiner.“ Abzulehnen sind auch linkssektiererische Losungen, die zu „marxistisch-leninistischer Aktionseinheit“ aufrufen. So etwas gibt es nicht. Mit solchen Phrasen isoliert man sich selbst und verprellt potentielle Bündnispartner.

In Vorbereitung auf die kommenden Schlachten halte ich das Studium der Erfahrungen und Lehren besonders der frühen Periode der SED, der sich unsere Zeitschrift bereits in mehreren Beiträgen gewidmet hat, für wertvoll. Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht nicht darum, die SED wiederzubeleben oder ihren Werdegang zu kopieren. Aber die Beschäftigung mit dieser Materie ist von Vorteil, da die SED als Partei der Arbeitereinheit auf marxistischer Grundlage entstand und zu ihr schon bald nach der Gründung Hunderttausende stießen, die vorher nicht der KPD oder der SPD angehört hatten.



Wir berichten von der 2. zentralen Mitgliederversammlung des RF-Fördervereins

Geschlossenheit auf hohem Niveau

Vor Eintritt in die Tagesordnung erlebten die anwesenden Mitglieder ein mitreißendes Programm des chilenischen Folklorensembles „**Corazon**“. Mit seinen traditionellen Kampf- und Volksliedern, vor allem dem unvergessenen „**Venceremos**“, riß es die Zuhörer zu regelrechten Ovationen hin. „Wie in alten Zeiten“, kommentierte der Leiter der Gruppe. Eingebettet in die Lieder trug **Klaus Huhn** die letzte Rede des Präsidenten Salvador Allende vor.

Wie der Auftakt verlief die ganze Versammlung im überfüllten Blauen Salon des alten ND-Gebäudes: Sie dokumentierte Einmütigkeit, Warmherzigkeit und Toleranz innerhalb des Fördervereins bei gleichzeitiger scharfer Kritik an Opportunismus und sektiererischer Enge. Die Diskussion wurde beherrscht von dem großen Thema, wie es mit der marxistischen Arbeiterbewegung in Deutschland weitergehen solle und wie der „RotFuchs“ seinen Beitrag dazu leisten könne. Im folgenden einige Ausschnitte aus der anspruchsvollen Diskussion, an der sich insgesamt 19 Mitglieder beteiligten:

D. Itzerott (Torgau): „In Leipzig hat sich eine kreative theoretisch-politische Zusammenarbeit zwischen ‚RotFuchs‘-Verein, Mitgliedern des Marxistischen Forums, der DKP-Gruppe und weiteren Kräften herausgebildet. Voraussetzung für unser Wachstum ist die Erweiterung des Netzes von Regionalgruppen in den Ländern und Kreisen. ... Die Notwendigkeit einer konsequent marxistischen Partei mit Masseneinfluß ist kein Hirnspinnst einzelner. Die Geschichte setzte sie auf die Tagesordnung.“ **G. Besig (Halle):** „Die Zahl der Mitglieder unserer Regionalgruppe hat sich seit ihrer Gründung vor einem Jahr fast verdoppelt, bei unseren monatlichen Bildungsveranstaltungen können wir stabil etwa 70 Teilnehmer zählen. ... Weniger erfolgreich waren wir jedoch bisher im Bemühen, unsere Gruppe zum Vorposten einer organisierten, einheitlichen linken Kraft zu gestalten.“

W. Hoppe (Hamburg): „Der RotFuchs ist zu einem nicht mehr wegzudenkenden Organ der proletarischen Bewegung unseres Landes geworden. Wir sind noch immer die einzige Regionalgruppe in der Alt-BRD. Die Linkskräfte, mit denen wir es zu tun haben, halten sich häufig für das Maß aller Dinge, obwohl ihr konkretes Wissen über den Sozialismus und die DDR äußerst verzerrt ist. Das zu ändern, betrachten wir als unsere Hauptaufgabe.“ **H. Möller (Jena):** „Wir arbeiten eng mit dem ‚Roten Tisch‘ Ostthüringens zusammen, einem losen Zusammenschluß aller linken Kräfte im Territorium. Regelmäßig finden gemeinsame Veranstaltungen statt, unlängst ein dreitägiges Camping zum Thema ‚Geheimdienste gegen Frieden und Menschlichkeit‘. Solche Treffen sind immer eine wundervolle Sache.“ **R. Grimmer (Berlin, Mitautor des Buches „Die Sicherheit“):** „In



diesen Tages wird erneut die Legende von angeblichen Killerkommandos des MfS strapaziert, die sich bereits vor zehn Jahren vor Gericht als völlig frei erfunden erwiesen hatte. Solche Kommandos hat es im MfS niemals gegeben.“ **K. Brandt (Schwerin):** „Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die Wahrheit öffentlich zu machen, auch über das MfS. Wer, wenn nicht wir?“ **U. Farin (Bramsche):** „Wir wollen die Bemühungen um die Freilassung von Egon Krenz und Heinz Kadgien verstärken, weil wir denken, auf diesem Weg gegen die Kriminalisierung der DDR ankämpfen zu können. Vielleicht schaffen wir es, eines Tages auch eine Regionalgruppe in Niedersachsen zu bilden.“ **H. Jäkel (Potsdam)** zitierte Hermann Kant: „Wir dürfen die PDS nicht den Lassalleanern überlassen.“ **F. Teppich (Berlin):** „Der ‚RotFuchs‘ sollte sich mehr mit innenpolitischen Themen beschäftigen und sich bemühen, Spezialisten dafür zu gewinnen. Es ist doch schlimm, wie die Leute zunehmend aus Enttäuschung und Verärgerung über die unsoziale SPD-Politik zur CDU laufen.“ **T. Preußing (Berlin)** faßte die Atmosphäre der Beratung in die Worte: „Nach 13 Jahren endlich wieder eine richtige Parteiversammlung.“ **H. Stroh-**

schein (Berlin): „Wer gibt uns das Recht, auf die Auseinandersetzung mit Erscheinungen des Dogmatismus und des Sektiererertums zu verzichten? Weitere wichtige ideologische Themen wären z. B. die Haltung von Marxisten-Leninisten zu antiimperialistischen Bewegungen oder zu Wahlbündnissen etwa für die Europawahl. Wir müssen viel mehr das Internet nutzen. Von hitzigen Diskussionen auf der ‚RotFuchs‘-Seite sind wir noch meilenweit ent-

fernt. In Südkorea haben sich z. B. die Online-Foren bei der letzten Präsidentenwahl als extrem einflußreiches Medium erwiesen.“ Zum Schluß der Diskussion würdigte **K. Steiniger** das professionelle Layout, die Arbeit der Grafiker, das Zusammenspiel alter und neuer Autoren und die Verbundenheit der vielen Leserbrief-Schreiber mit dem RF, da das Unterpfand für die weitere Steigerung des Niveaus unserer Zeitung hier zu sehen sei.

Einstimmig gewählt wurden der Vorsitzende Gerhard Feldbauer, sein Stellvertreter Rolf Berthold, der Kassierer Jürgen Thiele, der Chefredakteur Klaus Steiniger, die anderen zwölf Vorstandsmitglieder und der Vorsitzende der Revisionskommission Peter Tichauer. Alle anwesenden 125 Vereinsmitglieder stimmten für die Kandidaten. Bei der Wahl der zwei weiteren Mitglieder der Revisionskommission gab es 1 Stimmenthaltung. Angesichts der Zerrissenheit der Linken ist diese demonstrative Einmütigkeit ein beispielloser Vorgang, der beweist: Es gibt sie noch, die gemeinsame Sprache von Kommunisten, Sozialisten und aufrechten Demokraten. 13 Jahre Volksverdummung haben nicht vermocht, sie uns abzugewöhnen.

Berichterstatter: Frank Mühlefeldt



Über die erste bewaffnete Formation des deutschen Proletariats

Die Volksmarinedivision

Viele Matrosen der kaiserlichen Marine halten sich Anfang November 1918 in Berlin auf, Urlauber und Abkommandierte sind es, auch Fahnenflüchtige, die sich am Ende des verlorenen imperialistischen Krieges nicht mehr für Kaiser und Kapital in den Tod schicken lassen wollen. Nicht zu vergessen sind die in Johannisthal stationierten Marineflieger. Die meisten der Blaujacken stammen aus der Hauptstadt, sind nicht nur hochqualifizierte Facharbeiter, sondern auch schon lange in der Arbeiterbewegung, in der SPD, in der Gewerkschaft, politisch aktiv.

Als in den Morgenstunden des 9. November Hunderttausende Berliner Arbeiter, Angestellte, Soldaten, Frauen und Jugendliche zum Generalstreik antreten, um die verhaßte Herrschaft der Ausbeuter und des preußisch-deutschen Militarismus zu stürzen, marschieren die Matrosen in den ersten Reihen der gewaltigen Demonstrationen. Sie tragen rote Fahnen und auch Gewehre, denn ihnen ist bewußt, daß die beginnende Revolution geschützt werden muß.

Zwei der Marineflieger, Obermaat Paul Wieczorek und Matrose Fritz Radtke, suchen am gleichen Tag Karl Liebknecht auf, der gerade mit der Herausgabe der ersten Nummer der „Roten Fahne“ beschäftigt ist. Er verweist die beiden an Heinrich Dorrenbach, einen ehemaligen Leutnant. Dieser habe schon begonnen, eine Rote Garde zu formieren. Zwei Tage später, zur Mittagsstunde, finden Versammlungen der Matrosen statt. Auf der Beratung im Admiralstab spricht Paul Wieczorek, auf der Zusammenkunft im Reichstag Heinrich Dorrenbach. Es geht um die Gründung einer bewaffneten Formation der Matrosen. Um 15.00 Uhr kommen etwa 600 Männer im Marstall am Schloßplatz zusammen. Einmütig stimmen sie dem Vorschlag zu, eine militärische Einheit zum Schutz der Revolution zu bilden und sie der Kommandogewalt des von den Berliner Arbeitern eingesetzten Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), zu unterstellen. Sie soll den Namen „Volksmarinedivision“ erhalten. Die Kämpfer wählen einen aus 15 Mitgliedern bestehenden Volksmarinerat und Wieczorek zum Kommandeur. Die Einheit wird bewaffnet und im Marstall stationiert, Wachkommandos und Straßenpatrouillen nehmen unverzüglich den Dienst auf. Zahlreiche weitere Matrosen, die in den folgenden Tagen von den Marinestützpunkten nach Berlin kommen, schließen sich der Division an. Schon bald zählt sie 1500, Ende November bereits 3200 Mann.

Die Konterrevolution sieht dem nicht tatenlos zu. Diese einzige wirklich revolutionäre Truppe in Berlin, die fest und diszipliniert auf der Seite des Volkes steht, bildet eine große Gefahr für die Herrschenden. Deshalb schleust man Pro-

vokateure ein. Einer von ihnen, ein Kapitänleutnant Brettschneider, ermordet am 14. November Paul Wieczorek. Ein zweiter, Graf Wolff-Metternich, erschleicht sich zeitweilig die Funktion des Kommandeurs und versucht, Teile der Division in Putsche zu verwickeln. So übernimmt am 7. Dezember ein Fünferausschuß das Kommando. Ihm gehört Heinrich Dorrenbach an, der bei den Matrosen großes Ansehen genießt. Als Verantwortlicher für die ideologische und Pressearbeit wird er faktisch zum politischen Führer der Volksmarinedivision. Von nun an beziehen die Blaujacken eindeutig revolutionäre Positionen, schließen sich den Berliner Arbeitern enger an. Große Unterstützung erfahren sie von Karl Liebknecht und vom Spartakusbund.

Die Volksmarinedivision entwickelt sich in kürzester Zeit zu einer straff organisierten, disziplinierten militärischen Formation, bestehend aus drei Abteilungen, die wiederum in Kompanien unterteilt



sind. Der Marstall am Schloßplatz bleibt Hauptstandort. Die Matrosen haben wichtige öffentliche und Regierungsgebäude zu bewachen. Außerdem versehen sie Streifen- und Absperrdienst, um die öffentliche Ordnung in der Hauptstadt zu gewährleisten. Das alles schürt den Haß der Konterrevolution.

Am 10. Dezember läßt der sogenannte Rat der Volksbeauftragten, dem je drei Funktionäre der SPD und der USPD angehören, schwerbewaffnete Truppen in die Hauptstadt einrücken. Sein Vorsitzender Friedrich Ebert hatte bereits am 10. November die Oberste Heeresleitung aufgefordert, den „Aufbruch“ mit allen Mitteln niederzuschlagen. Er hasse „die Revolution wie die Sünde“, erklärte er. Zur gleichen Zeit beginnen bürgerliche und sozialdemokratische Zeitungen eine Hetzkampagne gegen die „Liebknechtgarde“. So behauptet man, die Matrosen hätten das Schloß verwüstet und geplündert, Bürger schikaniert und mißhandelt. Man bezeichnet sie als Bolschewisten, nennt sie Verbrecherbande. Man verweigert

ihnen den Sold. Doch auch das zeigt nicht die gewünschte Wirkung. Die Männer stehen zu ihrer revolutionären Überzeugung. Deshalb greifen SPD-Führer gemeinsam mit monarchistischen Generalen und Offizieren zu anderen Mitteln.

Am Morgen des 24. Dezember umstellen Verbände der kaiserlichen Armee Marstall und Schloß. Am Zeughaus Unter den Linden, im Lustgarten, am Werderschen Markt, an der Schloßbrücke bringen sie Geschütze, Minenwerfer und Maschinengewehre in Stellung. Etwa 100 diensttunende Matrosen lehnen eine Aufforderung zur Kapitulation ab. Dann eröffnen die schweren Waffen das Feuer, treten Tausende Weißgardisten zum Angriff an. Die Blaujacken, kommandiert von Heinrich Dorrenbach, verteidigen sich mit Karabinern und Maschinengewehren. Der Kampf ist hart und verbissen. Elf der revolutionären Kämpfer werden getötet. Inzwischen spricht sich die Nachricht vom Überfall

wie ein Lauffeuer in der ganzen Stadt herum. Von überall her eilen Arbeiter und ehemalige Soldaten den Matrosen zu Hilfe und verjagen die konterrevolutionäre Soldateska. Tags darauf spricht Karl Liebknecht zu den Matrosen, dankt ihnen für den mutigen Einsatz, ruft sie auf, mehr denn je auf der Hut zu sein.

Vorerst bleiben die Matrosen ihrem Auftrag treu. An der Jahreswende 1918/19 schützen sie das preußische Abgeordnetenhaus, in dem der Gründungskongreß der KPD tagt. Sie stehen auch im Januar 1919 mehrheitlich an der Seite der kämpfenden Berliner Arbeiter. Sie leisten den Noske-Truppen zähen Widerstand. Viele von ihnen opfern ihr Leben. Schließlich zwingen verräterische USPD-Führer der Volksmarinedivision ein Abkommen auf, das in letzter Konsequenz zu ihrer Auflösung führt.

Den revolutionären Matrosen zu Ehren erhielten die Seestreitkräfte der DDR 1960 den verpflichtenden Namen „Volksmarine“. **Günter Freyer**

Wie 1923 die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen auseinandergejagt wurden

Exekution durch Ebert

Reichsexekutive gegen links. So nennt die dickleibige „Chronik der Deutschen“ (1224 Seiten) die Ereignisse in Sachsen und Thüringen, die sich im Oktober 1923 zutrug. An sie soll hier erinnert werden. Manchen fällt es heute noch schwer, wenigstens den Sachverhalt ordentlich darzustellen. Die „Sächsische Geschichte“ von 1995 (Autoren R. Kötzschke und H. Kretzschmar) erklärt z. B.: „Sachsens Ministerpräsident Zeigner, Selbstüberschätzung und Charakterschwäche in sich vereinigend, glaubte damals zum Wortführer der Linken im Reich auf außen- wie innenpolitischem Gebiet berufen zu sein.“ Und deshalb entstand am 10. Oktober 1923 die erste sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Europa? (Am nächsten Tag folgte Thüringen.) Auch der aus der Alt-BRD nach dem Osten exportierte Jurist Christoph Jestaedt, der „Sachsen als Verfassungsstaat“ (1998) herausbrachte, wußte Erich Zeigner zu verurteilen: „Auf dem linken Flügel seiner Partei stehend, arbeitete er mit den Kommunisten zusammen, von denen zwei in die Regierung eintraten. Zeigner trieb sein linkssozialistisches Ziel so weit, daß das Reich sich genötigt sah, die Reichsexekution gegen Sachsen anzuordnen.“ Für diesen Autor ist also das „Reich“ handelndes Subjekt, und ob es dazu befugt war oder die geltende Weimarer Verfassung brach, ist für ihn keine Frage wert.

In marxistischen Darstellungen (so von Hans-Joachim Krusch in „Linksregierungen im Visier. Reichsexekutive 1923“, GNN Verlag, Schkeuditz 1998) sind Ursachen, Verlauf und Ergebnisse der Existenz und Tätigkeit von Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen dargestellt. Hier interessieren die Themen, die nicht zeitbedingt entstanden, sondern als Erkenntnisse in den Erfahrungsschatz der internationalen Arbeiterbewegung eingingen. Dazu gehört zweifellos die Frage, unter welchen Bedingungen Kommunisten in eine „Arbeiterregierung“ eintreten sollten. Sie war auf dem IV. Weltkongreß der Komintern im Dezember 1922 in Moskau und auf dem 8. Parteitag der KPD Anfang Februar 1923 in Leipzig gründlich erörtert worden. Angesichts des massiven Angriffs der Bourgeoisie sprach sich die Partei für die Aktionseinheit aus, die schließlich in Sachsen und Thüringen in der Teilnahme an sozialdemokratisch geführten Regierungen gipfelte.

Zu den Bedingungen gehörten auch gemeinsame Programme, die sich gegen den Sozialabbau und die Militarisierung des Landes richteten. Zeigner zog sich den tödlichen Haß rechter Kreise zu, als er die Reichswehr als Gefahr für die Weimarer Republik entlarvte.

Obwohl die Regierungen in Sachsen und Thüringen den Boden der Verfassung in keiner Weise verließen und nicht einmal drei Wochen im Amt waren, reagierten Reichswehr, Regierung, bürgerliche Me-

dien und viele Unternehmer mit Boykott, Sabotage und schließlich militärischer Gewalt. Der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert ließ etwa 60 000 Reichswehrsoldaten in Sachsen und Thüringen einmarschieren, um seine eigenen SPD-Genossen aus dem Amt zu jagen. Sachsens „Pinochet“ war ein gewisser General Müller, der schon am 15. März 1920 auf dem Dresdner Postplatz den „Schießbefehl“ gegen Demonstranten erteilt hatte. Damals gab es 59 Tote und über 200 Verletzte. Auch 1923 war die Reichswehr im Umgang mit ihren „deutschen Brüdern“ nicht zimperlich. Während der „Reichsexekutive“ wurden in Sachsen 50 Arbeiter exekutiert, 120 verwundet, mehrere hundert schwer mißhandelt. Die Frage, wie die Bourgeoisie auf progressive Arbeiterregierungen antwortet,

war durch die Praxis geklärt worden – mit weitreichenden Folgen.

Historische Ereignisse wiederholen sich bekanntlich nicht in gleicher Weise, aber Erkenntnisse und Erfahrungen können ein wertvoller Schatz sein. Eine Hauptlehre besteht darin, daß die Ausbeuterklassen niemals freiwillig abtreten.

Einige von denen, die 1923 Akteure bei der Herstellung der Aktionseinheit gewesen waren, Erich Zeigner, Max Seydewitz, Rudolf Friedrichs und andere, die Konzentrationslager, Zuchthäuser und Emigration überstanden hatten, berücksichtigten beim demokratischen Neuaufbau nach 1945 die wichtigsten Erkenntnisse aus den Ereignissen von 1923. Das war eine Bedingung für die damaligen Erfolge.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Ein atemberaubender Spurt

13 lange Jahre schon bemühen sich die von der anderen Seite, „Freiheit und Demokratie“ auch nach Ostdeutschland zu transportieren. Zum 3. Oktober zog man wieder mal Bilanz: Erfolg auf der ganzen Linie – oder wenigstens auf der halben. Jedenfalls – man hat, wie Gerhard Schröder gern zu sagen pflegt, „alles im Griff“. Seltsam nur, daß sich rund um den „Feiertag“ die meisten Sender mit der DDR-Vergangenheit befaßten. Nach so langer Zeit sollte das Thema doch längst vergessen und in der Versenkung verschwunden sein. Offensichtlich sieht man sich aber gezwungen, die „Aufarbeitung“ fortzusetzen – zur Abwechslung mal mittels des Versuchs, unsere Geschichte lächerlich zu machen. Genau zu diesem Zeitpunkt erscheint das Buch „Spurt durchs Leben“ von Klaus Huhn. Gott sei Dank! möchte man sagen. Denn es bleibt ja eine unserer wichtigsten „Waffen“, mit dem Festhalten eigener Lebensgeschichte dem dreisten, dummen, aber auf Wirkung zielenden Lügengeflecht des Gegners den Boden zu entziehen. Und das macht Klaus Huhn mit seinem Episodenbuch auf exzellente Weise. Es ist nicht nur seine Biographie, über deren Hintergründe und „Details“ zu lesen ein Hochgenuß ist, die das Werk so spannend macht. „Spurt durchs Leben“ entlarvt den auf Konfrontation, Diffamierung und Ausschaltung des DDR-Sports auf internationalem Parkett gerichteten Kurs der bundesdeutschen Politiker und Sportgewaltigen. Das gab es nicht erst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Nein, der Autor dokumentiert bis ins kleinste, mit welchen Feinessen und Mitteln von Beginn an alles getan wurde, um den Athleten aus der DDR ein Bein zu stellen. In der Regel hat aller Aufwand nichts genützt.

Wer wissen will, wie es wirklich war, damals, mit den über Jahrzehnte kontinuierlich andauernden Siegen der DDR-Sportler, mit den Bedingungen, unter denen sie errungen wurden, der sollte dieses Buch

lesen. Klaus Huhn gewährt Einblick in die ersten Schritte zur Herausbildung einer neuen Sportlergeneration nach dem Zweiten Weltkrieg, in die Kompliziertheit des Knüpfens erster freundschaftlicher Kontakte mit unseren östlichen Nachbarn, in die Organisierung großer internationaler Wettkämpfe bis hin zu den Olympischen Spielen ... Mit Akribie wird festgehalten, wer in welcher Weise Geschichte schrieb. Dank seiner beachtlichen archivarisches Arbeit wird so vielen Beteiligten ein Denkmal gesetzt.

Und Klaus Huhn lüftet auch das Geheimnis seines eigenen unversiegbaren Kraftquells: seine tiefe Verwurzelung in der DDR. Von der ersten bis zur letzten Seite spürt man den Atem seiner unverrückbaren Überzeugung von der Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns. Einer, der sich der Sache verschrieben hat, ist einfach stark und hat gelernt, Falsches, Dummes, Unentschuldbares – auch das nennt er beim Namen – richtig zu analysieren.

Klaus Huhn ist durch viele Prüfungen gegangen. Und hat sie alle bestanden. In seinem autobiographischen „Spurt“ sind sie festgehalten. Gustav-Adolf Schur (Täve) – ein „Uraltfreund“ des Autors – faßt zusammen: flinker Journalist, einfallreicher Directeur des bestorganisierten Radrennens der Welt, Präsident des DDR-Radsportverbandes, Generalsekretär von Europas Sportjournalisten, pffiffiger Reiseleiter, Verleger, Buchhändler und Buchschreiber ...

Die Geschichte eines engagierten, bekennden Lebens zu lesen ist nicht nur lehrreich und unterhaltsam, sie hilft uns, die Wahrheit über die DDR weiter zu verbreiten und ihr Erbe wachzuhalten.

Bruni Steiniger

Klaus Ulrich Huhn. *Spurt durchs Leben*. Spotless-Verlag, Reihe 146, 288 Seiten, 10 Euro, ISBN 3-933544-73-4

Ist das Abendland eigentlich christlich? (2)

Im Spiegel der zehn Gebote

Wir hatten uns im ersten Artikel dieser Folge mit dem zehnten, neunten und achten Gebot beschäftigt.

Im siebten Gebot betreten wir scheinbar eine andere Ebene, hat doch die eheliche Gemeinschaft nach landläufiger Vorstellung vor allem etwas mit Liebe und nicht mit Eigentum zu tun: „Du sollst die Ehe nicht brechen!“ Doch wird hier nicht etwa der Seitensprung unter Verdikt gestellt oder die Vielfalt ungenormter sexueller Beziehungen gegeißelt, sondern es handelt sich auch hier, wie Religionssoziologen nachgewiesen haben, um das materielle, wirtschaftliche Unter-Schutz-Stellen der Frau als eines rechtlosen oder eines Wesens minderen Rechts in der patriarchalen vorderasiatischen Gesellschaft. Die Auflösung einer Ehe, die offensichtlich auch zu jener Zeit bereits eine „normale“ Abweichung vom Sittenkodex darstellte, sollte unter rechtlich geregelten, d. h. die materiellen Rechte der Frau gebührend berücksichtigenden Bedingungen geschehen. Es geht bei dem Gebot also um die gesellschaftliche Fürsorge für die weibliche Variante des Homo sapiens, die damals wie auch heute eines wirtschaftlichen und rechtlichen Schutzes bedarf. Nun könnte man auf die zahlreichen Felder verweisen, in denen Frauen inzwischen zunehmend gleichberechtigt agieren dürfen, etwa als

Soldatin, als Bundestagspräsidentin oder Bischöfin. Doch wenn man die Soldatin, die Bundestagspräsidentin oder die Bischöfin nach den konkreten diesbezüglichen Erfahrungen mit ihrem Berufsumfeld befragen würde, bekäme man bei wahrheitsgemäßer Auskunftsbereitschaft eher ernüchternde Lageberichte – leider nicht viel andere als jene, die man einstmals von Frauen in gehobenen Gesellschaftspositionen der DDR hätte bekommen können. Allerdings mit einer gravierenden Einschränkung: Frauen in der DDR waren trotz Fortbestehen eines mentalen Patriarchats freier, nicht funktionierende Ehen aufzukündigen, waren freier, Kinder zu bekommen und großzuziehen auch ohne den Erzeuger, waren freier, im sozialen Alltag des Landes nahezu alle Tätigkeiten auszuüben, die vorher Männern vorbehalten blieben: Lehrer, Bürgermeister, Richter und viele andere. Denn Frauen wurden gesellschaftlich genauso gebraucht und waren genauso willkommen wie Männer, was man anhand der derzeitigen BRD-Statistiken vom gegenwärtigen System nicht sagen kann. Weil in der Konkurrenzgesellschaft Erfolge nicht zusammen mit anderen, sondern immer gegen andere errungen werden müssen, wird auch die größte soziologische Konkurrenzgruppe – genau wie Ausländer, Asylbewerber, Behinderte,

Lernschwache, sozial Auffällige oder Arme als Gruppen mit entsprechend geringeren Mitgliederzahlen – tendenziell benachteiligt, geschnitten oder unterdrückt. Die ehemals gesellschaftlich voll integrierte Gruppe der DDR-Frauen, die heute mehrheitlich von dieser Gleichberechtigung „befreit“ ist, weiß daher am ehesten, was sie mit der Wiedereinführung des Kapitalismus verloren hat. Denn: Nur gegen das herrschende System kann das siebte Gebot eingehalten werden! Mit dem sechsten Gebot wird das Leben und die Unversehrtheit meines Mitmenschen vor fremder Verfügungsgewalt geschützt: „Du sollst nicht töten!“ Gewiß ist damit zunächst die Notwendigkeit beschrieben, den einzelnen aus der fatalen Lage zu befreien, bei vorkommenden Kon-

fliktfällen nach Belieben totgeschlagen werden zu können. In einem langen, auch innerbiblischen und später gesellschaftlichen und kulturellen Lernprozeß bis auf den heutigen Tag hat der einzelne einen Schutz für sein Leben erlangt, vor dem selbst das Sanktionsrecht des Staates angesichts von Gewaltverbrechen Halt machen muß: Die Abschaffung der Todesstrafe in einigen hochentwickelten Ländern, besonders in Europa, zeugt davon. Diesem Prozeß konnte und wollte sich auch die „totalitäre, menschenverachtende“ DDR nicht entziehen, als sie diese Strafe 1987 abschaffte (einschließlich für Militärangehörige, was in der „vorbildlich demokratischen“ Schweiz z. B. erst 1992 geschehen ist). Selbst die Voraussetzung zur Minimierung von Totschlag oder fahrlässiger Tötung ließ sich der „Unrechtsstaat“ angelegen sein, indem er z. B. der Raserei auf den Straßen vorbeugte, diese auch hart sanktionierte und – um ein weiteres Beispiel zu nennen – einen weit besseren als den privatwirtschaftlichen Arbeitsschutz für seine Werk tätigen organisierte.

Noch ganz anders sieht die Sache allerdings aus, wenn es um die Gewährleistung des fundamentalen Lebensrechts geht: für den Angehörigen einer anderen Nation, einer konträren Gesellschaftsordnung, einer der hiesigen fremd gegenüberstehenden Zivilisation. Dann konnte es über Jahrtausende und da kann es bis heute geschehen, daß das „jüdische Ungeziefer“ vergast, der sowjetische „Untermensch“ abgeschlachtet, die vietnamesischen „Vietcong“ masakriert, die serbischen Nationalisten „friedenszerzwingend“ niedergebombt, die „islamischen Terroristen“ ausgeräuchert werden. Die Möglichkeiten dazu, den göttlichen Schutz heiligen Menschenlebens zu mißachten oder umzudefinieren, sind dem System des Antihumanismus in vielen Variationen geläufig. Daher legten die Überlebenden der KZ und Luftschutzkeller, egal ob gläubig oder ungläubig, nach dem Ende des bisher größten Menschheitsmordens den Schwur ab: „Nie wieder Krieg!“ Die gegenwärtige Bundesregierung – abendländisch und „christlich“ im Moment auch ohne CDU-Personal – erweiterte diesen Eid um zwei Wörter, so daß er nun lautet: Nie wieder Krieg ohne uns! Das gute Gewissen dazu pflegen, wie gehabt, Militärangeistliche der beiden Großkirchen. Vielleicht hatte die DDR auch deshalb keine Militärseelsorge, weil sie einen Krieg weder zu führen noch zu planen jemals erwogen hat. Das ist nun wieder gründlich anders geworden, auch ohne Todesstrafe. Wir sind gestraft mit einer Gesellschaftsform, die ohne massenhaftes Töten und Vernichten nicht auskommen kann. Denn: Nur gegen das herrschende System kann das sechste Gebot eingehalten werden!

(Wird fortgesetzt)

Peter Franz, ev.-luth. Theologe



Grafik: SHAHAR

Viel Wirbel um die EAL

Vor geraumer Zeit wurde der politische Luftballon einer „Europäischen Kommunistischen Partei“ anstelle nationaler Abteilungen von Kommunisten probeweise aufgelassen. Das Gas entwich ihm schon vor dem Start. Nun gibt es erneut viel Lärm um nichts. Diesmal steht die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) zur Debatte. Handelte es sich beim ersten Projekt um das Bestreben von Führern besonders schwacher Parteien, ihren eigenen Stand durch die Fusion mit größeren Partnern in anderen Ländern aufzubessern, so begegnet uns jetzt einmal mehr die besonders von Kreisen der Rifundazione Comunista Italiens (PRC) ausgehende Überlegung, die traditionellen kommunistischen Parteien zugunsten einer diffusen „übergreifenden Bewegung“ zurückzunehmen. Luigi Malabarba, ein diesen Standpunkt vertretender Senator der PRC, hat sein Konzept schon im Jahr 2002 auf einer internationalen Konferenz der DKP entwickelt.

Natürlich besitzt die Idee der Zusammenführung linker Kräfte im kontinentalen Maßstab eine gewisse Faszination, um so mehr, als sich die Rechten längst ihre supranationalen Mechanismen und Strukturen geschaffen haben. Und im Vorfeld anstehender Europawahlen werden verständlicherweise Strategien für ein optimales Abschneiden der antiimperialistischen Bewegung entwickelt. Doch man sollte sich dabei vor Illusionen hüten. Eine solche ist z. B. die Vorstellung, die Addition von einigen Millimetern ergäbe plötzlich mehrere Meter. So kommt beim Aktions-einheits-Bündnis einer Handvoll kleiner kommunistischer Parteien wie der DKP mit einigen ultralinken Gruppen wie britischen, französischen, portugiesischen, dänischen und deutschen Trotzlisten wohl kaum eine ernsthafte Bündelung von Widerstandspotentialen heraus. Eher droht Prestigeverlust, da man bei aller deklarierten Unabhängigkeit leicht in eine bestimmte politische Ecke gestellt werden könnte. Angebracht wäre es hier wohl, unter eigener kommunistischer Flagge zu segeln und die propagandistischen Möglichkeiten, zu denen sich die staatlichen Medien während einer solchen Kampagne zwangsläufig öffnen müssen, zu nutzen.

Einflußreiche kommunistische Parteien Europas mit guten Wahlchancen wie Griechenlands KKE, die heute eine hervorragende Rolle bei der Koordinierung der weltweiten kommunistischen Bewegung spielt, und Portugals PCP treten natürlich ohne Anleihen bei anderen auf. Sie haben es garnicht nötig. Besonders die KKE, auch die sonst in vielen grundsätzlichen Fragen schlingernde FKP, stehen auf dem Standpunkt, daß man sich nicht der durch die Monopole organisierten imperialistischen „Europäisierung“ anpassen oder unterwerfen sollte. Die nationale Souveränität hat mit der EU nicht aufgehört, eine zentrale Kategorie des Völkerrechts zu sein. Gerade deshalb leisten die Kommunisten auch Widerstand gegen das Projekt einer europäischen Verfassung, das die Stimment-

haltung übende PDS im Europaparlament nicht abzulehnen wagte. Die Mehrheit der heterogenen linken Sammelfraktion, zu der auch die PDS gehört, votierte allerdings gegen den Entwurf.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Beziehungen der Aktionseinheit sind ohne Zweifel mit den verschiedensten Kräften möglich – mit Sozialdemokraten und auch mit Trotzlisten. Hierbei geht es nicht um ideologische Übereinstimmung. Die DKP nur wegen ihrer Teilnahme an EAL-Sondierungsgesprächen des „Trotzkismus“ zu bezichtigten, ist zweifellos absurd.

Dennoch muß bestimmten Äußerungen des DKP-Organs UZ zu dieser Problematik mit Vorsicht begegnet werden. Unter der Schlagzeile „Europas Linke im Wandel – Krise, Neuformierung und Perspektiven in Deutschland“ beschrieb die Zeitung am 26. September 2003 einen „länderübergreifenden Prozeß der Homogenisierung“ im bürgerlich-sozialdemokratischen Lager. Die antikapitalistische Opposition müsse entsprechend reagieren, um auf europäischer Ebene handlungsfähig zu sein. Für den „Prozeß der Neuformierung“ liefere die italienische Rifundazione das „prominenteste Beispiel“. Die EAL sei das „europaweite Netzwerk“ einer „radikalen Systemopposition“.

Deutlich grenzt man sich vom realen Sozialismus ab. „Differenzen vor 1989“ hätten „vor allem auf verschiedenen Einschätzungen des im Gefolge der Oktoberrevolution entstandenen Gesellschaftstyps“ beruht. Heute gehe es um die „Herausbildung eines neuen Profils ... jenseits historischer Spaltungslinien“. Wer sich nur auf ein „abgeschlossenes Kapitel der Geschichte“ beziehe, verstelle sich „den Zugang zu tiefgreifenden Veränderungen“, wird den Trotzlisten eine Brücke gebaut. In der BRD seien an der EAL „kleine, aber agile Organisationen“ wie Linksruck oder Sozialistische Alternative Voran (SAV) beteiligt. Die Gruppe um die Monatszeitung „SoZ“ habe die Initiative ergriffen und einen „EAL-Freundeskreis Deutschland“ gegründet, von dem bereits zwei Treffen ausgerichtet worden seien.

Es ist nicht uninteressant, daß PV-Sekretariatsmitglied Leo Mayer und der vielfach für ähnliche Missionen verwendete Hugo Braun als Gäste aus der DKP anwesend waren. Mayer schrieb in der „SoZ“, bei der EAL handle es sich um „ein über den herannahenden Wahltermin hinausweisen-

des Projekt mit strategischem Charakter“. Abschließend empfahl UZ-Autor Henning Böke „Bereitschaft zum Wandel und zum Dazulernen“.

Wie man sieht, haben gewisse Leute hochfliegende Pläne. Das Pikante daran ist, daß sich hier rechte und ultralinke Flügelmänner zu arrangieren versuchen. Daraus allerdings zu schlußfolgern – wie das der Trotzlistens-„Experte“ einer Monatschrift tat, „die DKP“ habe sich den Trotzlisten ausgeliefert, macht schmunzeln. Es ist schon deshalb unrichtig, weil sich diese Partei erst am 10. Januar 2004 auf einer als Bundesmitgliederversammlung nach Berlin einberufenen Europawahlkonferenz entscheiden wird, ob sie eine Eigenkandidatur anstrebt oder das EAL-Spiel betreiben will. Warten wir's doch mal ab!

Konrad Strehl

DKP-Parteivorstand will noch kein neues Programm Fehlannonce

In der Oktoberausgabe des RF hatten wir in dem Beitrag „Die Nebel lichten sich“ unsere Freude darüber angedeutet, daß in der DKP ein programmatisches Diskussionsmaterial von gewissem theoretischem politisch-ideologischem Wert erarbeitet worden ist, das die Parteiführung allerdings der Öffentlichkeit vorenthält. Dieses Dreierdokument (Autoren: Dürrbeck, Holz, Seppmann) hat der Parteivorstand der DKP auf seiner jüngsten Tagung mehrheitlich abgelehnt. Er setzte damit seine bisherige Praxis des erfolglosen Stocherns im selbstgeworfenen Nebel fort. Statt der Programmkommission den Auftrag zu erteilen, auf der Grundlage des Entwurfs aus ihren eigenen Reihen unverzüglich ein beschlußfähiges Dokument zu entwickeln, um endlich den Zustand der programmatischen Sprachlosigkeit der DKP zu überwinden, wurde erneut auf taktischen Zeitgewinn orientiert. Gegen die Stimmen einer großer gewordenen Minderheit beschloß der PV angesichts „unterschiedlicher Meinungen zu den Inhalten und über den weiteren Erarbeitungsprozeß“, dem 17. Parteitag (Ende 2004!) abermals keinen Programmentwurf, sondern lediglich eine „politische Grundsatzklärung“ zu unterbreiten. Die vor etlichen Jahren begonnene Arbeit an einem Programm soll „fortgeführt“ werden. Das meldete die UZ in einer lapidaren Notiz über die PV-Tagung. Diese Verzögerungstaktik – eine Lieblingsmethode der DKP-Parteiführung um Heinz Stehr und Nina Hager – kann nur dazu angetan sein, den größten organisatorischen Zusammenschluß von Kommunisten in der BRD zu diskreditieren. Wir bedauern, voreilig Optimismus verbreitet zu haben und melden Fehlannonce. Wieder einmal ist ein brauchbarer Ansatz durch Inkompetenz von Führern auf der Strecke geblieben.

K. S.

**Am 22. November 2003, um 10.00 Uhr,
findet im Gewerkschaftshaus
Tillyschanzenstraße eine Veranstaltung der
RF-Regionalgruppe Neubrandenburg
statt.**

**Generale und Offiziere
des MfS stellen ihr Buch
„Die Sicherheit“ vor.**

Wie der Westen den „Korb 3“ mit Giftpilzen füllen wollte

Manöver um die KSZE-Schlußakte

Seit eh und je hatte die Abwanderung von Ost nach West in Deutschland Tradition. Dafür gab es stets ökonomische Ursachen und Gründe. Die Abwanderung findet auch heute, nach dem „Beitritt“ der DDR zur Bundesrepublik und angesichts weit höherer Arbeitslosigkeit im Osten unvermindert statt. Wenn es im Westen eher Arbeitsplätze gibt, ist es nicht verwunderlich, daß es die Arbeitskräfte dorthin zieht.

Nach der Spaltung Deutschlands und der Gründung zweier deutscher Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen erlangte diese Abwanderung ein besonderes politisches Gewicht.

Jeder Weggang von DDR-Bürgern nach Westdeutschland erschien – unabhängig von den persönlichen Motiven der einzelnen – als eine Absage an den Sozialismus und ein Bekenntnis zum Kapitalismus. Im Westen sprach man von einer „Abstimmung mit den Füßen“.

Die Auswandernden waren fast durchweg arbeitsfähige, oft gut ausgebildete Arbeitskräfte, vielfach Spezialisten, darunter nicht wenige Mediziner, die ihre Ausbildung in der DDR, also auf deren Kosten, genossen hatten. Nun stellten sie diese Qualifikation dem westdeutschen Gesellschaftssystem zur Verfügung. Bei entsprechenden Größenordnungen wurde dies zu einem Ausverkauf von Intelligenz zu Lasten der DDR, zu einer massiven ökonomischen Schädigung.

Im Rahmen der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die auf deutschem Boden eine besondere Zuspitzung erlangte, konnte dieser Vorgang – wie beabsichtigt – die Zurückdrängung (Rollback) und schließlich die Überwindung des Sozialismus herbeiführen. Ein besseres Kampfmittel zur Beseitigung der DDR konnten sich die bundesdeutschen Politiker nicht wünschen.

Seit den fünfziger Jahren waren die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten bestrebt, Systeme der kollektiven Sicherheit, insbesondere in Europa, zu schaffen, um der Gefahr des Ausbruchs einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Militärblöcken zu begegnen.

Alle entsprechenden Vorschläge und Initiativen wurden von westlicher Seite abgelehnt.

Diese hatte sich uneingeschränkt auf die NATO eingestellt. Das imperialistische Militärbündnis war erklärtermaßen gegen die Sowjetunion gerichtet. Als die UdSSR kurz nach Gründung der NATO diesem Pakt beitreten wollte, wurde ihr das verwehrt.

Nach komplizierten Verhandlungen kam es am 1. August 1975 zu der bekannten und bedeutsamen Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). In der Hauptstadt Finnlands, das viel für den Ausgleich im

Ost-West-Konflikt geleistet hatte und auch später leistete, unterschrieben die höchsten Repräsentanten von 33 europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas das Dokument. Zu den Unterzeichnern gehörten Erich Honecker und Helmut Schmidt als Vertreter von DDR bzw. BRD.

Diese Schlußakte war für die Friedenssicherung und Entspannung von großer Bedeutung.

Sie bestand aus drei wichtigen Komplexen, die in der Sprache der Diplomaten als „Körbe“ bezeichnet wurden: Der erste betraf die allgemeine Anerkennung des Status Quo, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die territoriale Integrität der Staaten. Im zweiten ging es um die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt. Der dritte befaßte sich mit der „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“.

Dieser „Korb 3“ wurde von der westlichen Seite als eine ideologische und politische Waffe gegen die sozialistischen Länder mißbraucht. Dabei wird vom Westen völlig ausgeklammert, daß es auch hier nicht um einseitige Vorleistungen der DDR und der anderen osteuropäischen Staaten, sondern um eine internationale Zusammenarbeit von Staaten im Rahmen des Völkerrechts geht, also im Einklang mit den im ersten Abschnitt verbindlich festgelegten Prinzipien.

„Korb 3“ ist nur im Rahmen der gesamten Schlußakte zu verstehen und anzuwenden.

Daneben- gehauen

Die letzte Ausgabe des „RotFuchs“ wurde irrtümlich noch einmal als September-Ausgabe (Nr. 68) bezeichnet und numeriert. Tatsächlich handelte es sich natürlich um die Oktober-Ausgabe (Nr. 69). Wir bitten den Fehler, der einige aufmerksame Leser irritiert hat, zu entschuldigen und bei Exemplaren, die archiviert werden, auf der Titelseite zu korrigieren. ●

In ihm ging es um Konsulatsabkommen, Rechtshilfeverträge und andere Formen der Zusammenarbeit im Bereich von Kultur, Bildung und Information, auch um menschliche Kontakte, aber nicht um Migration oder massenhafte Abwanderung. Dieser „Korb 3“ enthält lediglich übereinstimmende Absichtserklärungen.

Aus der KSZE-Schlußakte als einem völkerrechtlichen Abkommen erwachsen keinerlei unmittelbare Rechte bzw. subjektive Rechtsansprüche von Bürgern der Teilnehmerstaaten.

Die Unterzeichner gingen davon aus, daß die Umsetzung der KSZE-Schlußakte einen Prozeß darstellt. Eben deshalb waren Folgetreffen vorgesehen. Sie fanden in Belgrad (1977/78), Madrid (1981–1983) und Wien (1986) statt.

Die westliche Seite mit den USA und der BRD an der Spitze war bestrebt, unter Ausnutzung des „Korbs“ 3 eine Destabilisierung der politischen Verhältnisse in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern zu erreichen. Als besonders geeignetes Vehikel erwiesen sich hierbei die „Menschenrechte“, vor allem die Forderung nach Reisefreiheit und Freiheit der Auswanderung aus der DDR und aus anderen sozialistischen Ländern.

Diese Frage hatte für die einzelnen osteuropäischen sozialistischen Länder eine sehr unterschiedliche Bedeutung. Sicher war es auch für die Sowjetunion, für Polen, die Tschechoslowakei oder Ungarn wichtig, die Möglichkeiten der Auswanderung und Ausreise ihrer Bürger in Übereinstimmung mit den staatlichen Interessen zu regeln. Für diese Länder war indes die Ausreiseproblematik kein existentielles Problem. Auch wenn nicht wenige ihrer Bürger bestrebt waren, in die USA oder andere westliche Staaten zu gelangen, und dies dann auch tun konnten, handelt es sich bei den Auswanderungen stets um überschaubare Größenordnungen.

Völlig anders war die Situation der DDR. Unter Ausnutzung der Möglichkeiten des „Korbs“ 3 legten die westdeutschen Politiker – letztlich erfolgreich – das Schwergewicht ihres Kampfes gegen die DDR auf die Förderung der Auswanderung und Übersiedlung vor allem von jungen arbeitsfähigen und ausgebildeten Bürgern in die Bundesrepublik. Ihr Endziel war es, die DDR als Staat zu beseitigen. Dabei waren verschiedene Umstände auf ihrer Seite. Es genügte, diese zu nutzen und auszubauen. Die materiellen Lebensverhältnisse der Bundesrepublik bewiesen auch noch in den 70er und 80er Jahren eine große Anziehungskraft. Die bundesdeutsche DM war konvertierbar und zu jener Zeit eine stabile, im internationalen Vergleich gut dastehende Währung.

Die Interessenlage bezüglich des Reiserechts und des Rechts auf Auswanderung war vom Standpunkt der DDR und der BRD diametral entgegengesetzt.

Namentlich bis 1961 hatte die Bundesrepublik einen großen Bedarf an Arbeitskräften. Qualifizierte deutschsprachige Menschen aus der DDR waren das Beste, was man bekommen konnte.

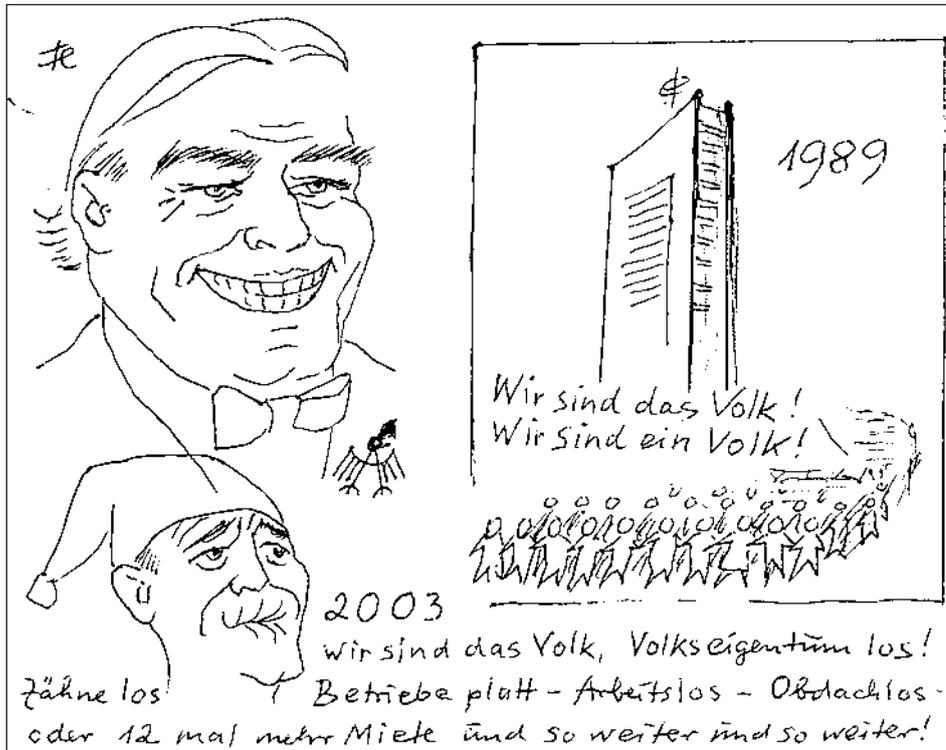
Später, als durch die Maßnahmen vom 13. August 1961 die Abwanderung von DDR-Bürgern in den Westen erschwert wurde, kamen die von der BRD benötigten Arbeitskräfte vornehmlich aus Jugoslawien und schließlich aus der Türkei.

(Wird fortgesetzt)

Prof. Dr. Erich Buchholz

30 Jahre nach der Aufnahme von DDR und BRD in die Vereinten Nationen

Schröders lückenhaftes Gedächtnis



Grafik: Arno Fleischer

Am 18. September 1973 – vor dreißig Jahren – blickten politisch Interessierte aus aller Welt auf die UNO. An diesem Tag wurden beide deutsche Staaten im gleichen Verfahren Mitglieder der Vereinten Nationen. Das war aus vielen Gründen ein historischer Tag, wie der langjährige Botschafter der DDR am New Yorker East River, Bernhard Neugebauer, im ND vom 19./20. September 2003 feststellte. Wer in anderen überregionalen Zeitungen wie der FAZ, der Süddeutschen, der Frankfurter Rundschau oder der Welt nach Erinnerungen an dieses Ereignis gesucht hat, wurde bitter enttäuscht. Die Hamburger Zeit druckte „Ratlos nach New York“ als Prelude zu Schröders Auftritt vor der UN-Vollversammlung. Dieser erfolgte dann am 24. September 2003 unter dem Motto: „Wir sind bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen.“ Ist es Mißtrauen, wenn un-

sereiner fragt: Was ist darunter wohl zu verstehen? Und: Wer ist „wir“?

Die ersten Sätze des Kanzlers im Plenarsaal lauteten: „Dieses Jahr ist ein besonderes Jahr für Deutschlands Mitarbeit in den Vereinten Nationen. Die Geschichte erinnert und weist uns den Weg. Vor 30 Jahren ... haben die Vereinten Nationen Deutschland die Rückkehr in die Völkerfamilie ermöglicht. Mein Vorgänger, der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt, hat dafür die Grundlagen geschaffen. Sein Ansehen als Antifaschist hat Vertrauen wachsen lassen. Sein Engagement als überzeugter Internationalist ging weit über die Entspannungspolitik im damaligen Ost-West-Konflikt hinaus.“

Schröders Erinnerungen sind wohl absichtlich lückenhaft. Das politische Gedächtnis spielt nicht mehr mit. Denn vor 30 Jahren wurde nicht „Deutschland“ in die

UNO aufgenommen: Die Weltorganisation akzeptierte zwei voneinander unabhängige deutsche Staaten, die DDR und die BRD, als gleichberechtigte Mitglieder. Dieser Akt war auch keine „Rückkehr“ in die „Völkerfamilie“, denn die Vereinten Nationen sind ein Kind der Antihitlerkoalition und ihres Sieges über das faschistische Deutschland. Und auch das sei gesagt: „Die Geschichte“ tut gar nichts, denn sie ist kein handelndes Subjekt. Sie kann nicht „erinnern“ und auch keinen „Weg weisen“. Das können nur Völker, Staaten und Klassen. Die Aufnahme beider deutscher Staaten hatte die Zustimmung aller fünf Vetomächte zur Voraussetzung. Keine von ihnen votierte dagegen. Was hat die Sowjetunion zum Ja bewogen? Was motivierte die USA, Großbritannien und Frankreich? Was veranlaßte China zu seiner Entscheidung?

Schröder erinnerte daran, daß Brandt Antifaschist gewesen ist. Heißt das fortan, daß die Begriffe Antifaschist und Antifaschismus im Sprachgebrauch der BRD einen positiven Klang erhalten sollen? Daß der Antifaschismus in der DDR nicht mehr als „verordnet“ denunziert werden darf? Daß man Antifaschisten nicht weiterhin als jagdbare Staatsfeinde betrachtet?

Übrigens: Es hätte sich gehört, wenigstens die Tatsache zu erwähnen, daß der profunde Antifaschismus der DDR und ihrer Gründergeneration zur Entscheidung der Vereinten Nationen mit Gewißheit beigetragen hat!

Der Bundeskanzler verwies vor der UNO darauf, daß Deutschland seit 1990 eine „souveräne“ Nation sei. Aber was bedeutet das? Ist Deutschland damit unabhängig von NATO-(Kriegs-)Entscheidungen? Heißt „deutsche Normalität“ fortan die Teilnahme an Kriegen? Gilt die Verpflichtung aus dem 2+4-Vertrag, die Bedingung für die deutsche Einheit war, nicht mehr, wonach Deutschland im Artikel 2 versprach, keine Waffen in einem Angriffskrieg einzusetzen? Hatte denn Jugoslawien Deutschland angegriffen? Was hat es am Hindukusch zu suchen? Oder am Horn von Afrika?

Wenn Schröder und fast alle Medien der BRD es vermieden haben, an die Zeit der gemeinsamen Mitgliedschaft beider deutscher Staaten in der UNO zu erinnern, dann hat das gute Gründe. Die meisten Staaten der Welt konnten sich nämlich mehr als 15 Jahre lang von der konstruktiven, den Weltfrieden befördernden Politik der DDR überzeugen, die in der UNO auf dem Gebiet der Abrüstung, der Bekämpfung von Neokolonialismus, Apartheid und zionistischer Expansion, um nur einige Aspekte zu nennen, Hervorragendes geleistet hat. Mag das Gedächtnis des Kanzlers und vieler deutscher Publizisten auch lückenhaft sein, nicht alle Menschen leiden an Amnesie.

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Eine Weihnachtsgratifikation für den „RotFuchs“?

Liebe Genossinnen und Genossen!

Faßt es bitte nicht als Ausdruck von Unbescheidenheit oder Maßlosigkeit auf: Wir haben dieser Ausgabe wieder mal eine Überweisungsformular beigelegt und verraten schon heute ein Geheimnis: In der Dezember-Nummer werden wir uns mit einem Dankeschön-Souvenir revanchieren.

Unsere Bitte, für das gesicherte Weitererscheinen Eures, unseres Blattes noch vor den Festtagen den schon traditionellen kleinen RF-„Weihnachtsbraten“ einzupacken, richten wir natürlich nicht an jene unter Euch, denen es finanziell schlecht geht oder die gerade erst gespendet haben. Und: Auch wer es sich nicht leisten kann, den „RotFuchs“ zu bedenken, erhält seine Zeitung wie bisher ... Die weiter wachsende „RotFuchs“-Familie macht's möglich.

Herzlichst

EURE REDAKTION

Nach dem Chemnitzer Parteitag der PDS

Streitbare Sozialisten nicht im Stich lassen

Anfang Oktober bilanzierte Lothar Bisky, die PDS sei nach hundert Tagen seines Wirkens an ihrer Spitze „wieder in ruhigem Fahrwasser“. Ein solcher Zustand der Ruhe mußte der PDS-Basis als Ausdruck von Stabilität erstrebenswert gemacht werden, damit der Chemnitzer Parteitag so verlaufen konnte, wie von seinen Regisseuren beabsichtigt. Also ohne für die Parteirechte riskante Turbulenzen. Und schon gar nicht etwa als Aufbruch zu einer sozialistischen Renaissance der Partei: kein zweites Münster, kein zweites Gera ...

Nach ihrer auf dem Geraer Parteitag erlittenen Niederlage schloß die vordem in rivalisierende Gruppen zerstrittene Parteirechte wieder ihre Reihen, inszenierte über sogenannte Vorstandsquerelen eine innerparteiliche „Zerreißprobe“ und brachte dadurch eine Mitglieder Mehrheit zu der Auffassung, es müsse Schluß sein mit solcher Polarisierung, endlich wieder „Ruhe einziehen“. Dieses „Harmoniebedürfnis“ war eine unentbehrliche Voraussetzung, um den favorisierten Programmentwurf störungsfrei über die Abstimmungshürden zu bringen.

Daß die Gegenwehr marxistischer Kräfte in der PDS das nicht mehr zu verhindern vermochte, war schon vor der Parteitagseröffnung absehbar. Die mehrheitlich ruhiggestellte Basis ließen selbst Warnungen nicht aufhorchen, mit dem neuen Programm werde „der bisher einschneidendste Richtungswechsel in der PDS vorbereitet“.

Das neue Grundsatzdokument ist, wörtlich genommen, auch gar kein „Vorbereitungspapier“ für einen solchen Richtungswechsel. Der begann bereits mit dem Gysischen Parteiputsch von 1989 und wurde von der Parteiführung seitdem kontinuierlich betrieben. Das neue PDS-Programm stellt lediglich die Fixierung des bereits erfolgten Wandels dar.

Ein den „Reformern“ in der PDS wohlwollend gesonnener Politiker hat Beginn und Ergebnis dieses Prozesses auf zutreffende Kurzformeln gebracht: Oskar Lafontaine, seinerzeit noch SPD-Vorsitzender, äußerte bereits 1994, er sei sich sicher, daß Gysi und Bisky die PDS „zu einer sozialdemokratischen Partei“ machen würden. 2003 lautet sein Fazit: Mit Annahme ihres neuen Programms ist die PDS „ebenso eine sozialdemokratische Partei wie andere in Ost- und Westeuropa“. (Und in der Tat gleicht das neue PDS-Programm in seinen wesentlichen Elementen einer Blaupause jenes Godesberger Programms, mit dem aus der SPD das wurde, was sie heute ist: staatstragende Partei für rigiden Sozialabbau und militärische Interventionsabenteuer).

Es fehlte sowohl in der PDS selbst wie auch bei mit ihr sympathisierenden Kräften nicht an Stimmen, die eindringlich davor warnten, diesen Weg zu gehen. Jene, die sich – wie seinerzeit 38 prominente PDS-Mitglieder (und in den letzten fünfzehn Jahren auch der „RotFuchs“) – „in großer

Sorge“ kritisch zu Wort meldeten, taten das nicht als Gegner, sondern um dieser Partei zu helfen, sozialistische Identität als für ihr Überleben unverzichtbar zu bewahren.

In dem Maße jedoch, wie die PDS sozialdemokratisiert wurde, schwand ihre Kompetenz als Oppositionskraft, die sich konsequent für die Interessen „der kleinen Leute“ einsetzt. Sie büßte zugleich ihre Glaubwürdigkeit als sozialistische Alternative ein.

Das „Erfolgsrezept“ ihrer „Reformer“ ließ die PDS an politischer Auszeichnung erkranken: Ihre Mitgliederzahl schrumpfte auf ein gutes Drittel des Bestandes von 1990, wobei sich die Reihen der Genossen nicht bloß aus biologischen Gründen lichteteten. Die meisten Einbußen sind darauf zurückzuführen, daß André Bries Verlangen zu gängiger Praxis wurde: den als „Betonköpfen“ beschimpften konsequent marxistischen Kräften „das Verbleiben in der Partei unerträglich zu machen“. Immer stärker als Duplikat der SPD wahrnehmbar, schmolz sogar ihre Stammwählerschaft ab bis hin zum Wahldesaster vom 22. September 2002. Die daraus nötigen Schlußfolgerungen wurden nicht gezogen. In Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern wirken PDS-Vertreter in Regierungsverantwortung weiterhin als Koalitionäre des stärkeren SPD-Partners an der Demontage sozialer Standards mit. Selbst um den Preis des Bruchs eigener Wahlversprechen.

Wenn die PDS durch ihre reformistische Führung auf diese Weise dazu verdammt bleibt, eine Art entbehrlischer östlicher Wurmfortsatz der Sozialdemokratie zu sein, dürften ruinöse Folgen kaum ausbleiben. Von PDS-Linken geäußerte Besorgnis, daß – mit Hinblick auf die Wahlen zum Europaparlament 2004 und den Bundestag 2006 – in den nächsten Jahren „über die politische Weiterexistenz“ der PDS entschieden werde, müßte da eigentlich als Alarmzeichen verstanden werden und zum Umsteuern veranlassen.

Es gibt allerdings nur eine Kraft, die das zu erzwingen in der Lage wäre – und das ist die Parteibasis selbst. Zwar verstehen sich unzweifelhaft die PDS-Mitglieder in ihrer Mehrheit nicht als Sozialdemokraten. Bisher jedoch ließen sie faktisch zu, daß ihre Parteioberen ein Konzept der Sozialdemokratisierung realisieren konnten. Auch wenn Unmutsäußerungen darüber aus der Mitgliedschaft immer wieder vernehmbar waren, zu mehr als diesem Murren reichte es eben nicht. Hoffnungen auf einen Kurswechsel, wie sie sich mit dem vom Münsteraner Parteitag gegen die Vorstandsmehrheit angenommenen Antikriegsbeschlüssen und insbesondere mit der in Gera eingeleiteten (und prompt verhinderten) Korrektur verbanden, blieben unerfüllt. Eine in Manipulationspraktiken erfahrene, auf das „Ankommen“ in dieser kapitalistischen Gesellschaft fixierte und vorrangig am Erlangen von Mandaten und (Regierungs-)Ämtern interessierte

Parteielite verstand es, sich das Heft des Handelns zu sichern.

Wenn nun der Chemnitzer Parteitag dazu den programmatischen Segen erteilt hat, ist damit die offizielle Distanzierung vom wissenschaftlichen Sozialismus, die Abkehr vom Marxismus vollzogen. Das im Parteinamen verbleibende sozialistische Etikett ändert nichts an der Tatsache, daß es sich bei der PDS um eine kleinbürgerliche, sozialdemokratisch orientierte Partei handelt, die sich lediglich auf einigen Politikfeldern (Stichworte: soziale Gerechtigkeit, Antimilitarismus, Außen- und Sicherheitspolitik) noch von der heutigen Sozialdemokratie unterscheidet. Das ist, gemessen an den politischen Erfordernissen, entschieden zu wenig, um Interessenvertreterin der nichtprivilegierten, also der lohnabhängigen oder bereits ausgegrenzten Mehrheit des Volkes sein und Masseneinfluß gewinnen zu können. Für die Linke in Deutschland bedeutet das, sich nicht auf ein großes Potential stützen zu können, das als Partei existent ist.

Dieser Verlust ist fraglos schmerzlich. Unerträglich und unverzeihlich aber würde er, wollte man nach Chemnitz zu dem bedeutenden sozialistischen Potential auf Abstand gehen, das es in den Reihen der PDS nach wie vor gibt. Ungeachtet der politischen Deformation dieser Partei gilt es die Gemeinsamkeiten zu bewahren und künftig auch zu nutzen, durch die Gleichgesinnte innerhalb und außerhalb der PDS miteinander verbunden sind. Für Sozialisten und Kommunisten, ob mit oder ohne Parteibuch, bleiben Kampfgefährten jene Kräfte in der PDS, die auf antikapitalistischen Positionen stehen und für die gesellschaftliche Alternative Sozialismus eintreten. Zu ihnen gehören sowohl die antifaschistischen Widerstandskämpfer wie aktiv am sozialistischen Aufbau in der DDR Beteiligte, die Mitglieder von Marxistischem Forum und Kommunistischer Plattform, Zusammenschlüsse wie der Geraer Dialog, die internationale Solidarität großartig praktizierenden Genossinnen und Genossen von „Cuba si“, die für Arbeiterbelange wirkende Arbeitsgemeinschaft „betrieb & gewerkschaft“, die Ökologische Plattform sowie viele Einzelpersonlichkeiten.

Mit ihnen in Kontakt zu bleiben, bei Aktionen gegen Kapitalmacht und Sozialabbau den Schulterschuß zu suchen, ist allemal die bessere Antwort auf Chemnitz als ein sektiererisches Sichabwenden. Wenn unlängst in einer Zeitung, die als kommunistisch verstanden werden will, die Meinung vertreten wurde, bei den PDS-Mitgliedern handle es sich „mehr oder weniger um Pappkameraden“, dann zeugt das nicht nur von recht unkommunistischer Arroganz. Es arbeitet vor allem jenen in die Hände, die auf Zwietracht unter den Linken und auf Entsolidarisierung setzen.

Wolfgang Clausner

Als die Ostsee noch uns allen gehörte

Pioniere in Prora

Als man mich Ende Juni 1949 zur FDJ-Kreisleitung Weißenfels bestellte, war ich völlig ahnungslos, was man von mir wollte. Immerhin gehörte ich erst ein Jahr dem Jugendverband an und hatte keinerlei Funktion. Allerdings leitete ich seit dem Eintritt in die FDJ eine Pioniergruppe an der Neustadtschule. Ich besuchte die Oberschule, und einer meiner möglichen Berufe sollte Lehrer sein. Im Umgang mit Grundschulern wollte ich mich darauf vorbereiten. Dennoch war ich überrascht, als mir eröffnet wurde, man sei mit meiner Tätigkeit als Pionierleiter zufrieden und habe beschlossen, daß ich mit einer Gruppe von Kindern in das erste Zentrale Pionierlager der sowjetischen Besatzungszone fahren solle. Den Einwand, ich sei doch erst 16, wiesen meine Freunde zurück. Dort an der Ostsee wären viele erfahrene FDJler, die mich, wenn nötig, beraten und unterstützen würden. Außerdem käme noch eine Pionierleiterin mit.

Wenige Tage später traf ich mich mit den sieben Mädchen und elf Jungen, 12 bis 14 Jahre alt. Auch Gertraude, die Pionierleiterin, stellte sich vor. Alle waren noch nie in einem Ferienlager gewesen. Wie sollten sie auch, hatte ihnen doch der faschistische



Anhalt ging die Fahrt nach Norden. „Meine Kinder“ drängten sich mit großen Augen an die Fenster, bestaunten die brandenburgischen Kiefern, schauten stumm und betroffen auf die Ruinen Berlins und bewunderten Felder, Wälder und Seen Mecklenburgs. Von Kilometer zu Kilometer stiegen Erwartung und Vorfreude. Endlich Stralsund, der Rügendamm, das erste Stück Ostsee, dann Endstation Binz. Fuhrwerke beförderten das Gepäck, die Kolonne

marschierte los und erreichte mit Gesang und großem Hallo den Eingang des 1. Zentralen Pionierlagers „Georgi Dimitroff“. Es begannen Wochen wunderschöner Ferienerlebnisse. Die Sonne meinte es gut, so daß wir viele Stunden im Ostseewasser baden konnten. Wasser und Seeluft machten hungrig, doch

fleißige Rügener Frauen und Männer sorgten für zwar nicht üppige, aber reichliche und gut schmeckende Mahlzeiten. Das Lagerleben war interessant und abwechslungsreich. Sportwettkämpfe, an denen sich Mannschaften aller fünf Länder der SBZ und Berlins beteiligten, fanden statt. An Lagerfeuern stimmten wir Volks- und Pionierlieder an. Ein Zirkus bot ein buntes artistisches Programm. Selbstverständlich zeigte ein Freilichtkino interessante Filme. Wanderungen führten uns in die Waldreviere der Stubnitz und der Granitz, zur Stubbenkammer, zum Kap Arkona, zu den Feuersteinfeldern der Schmalen Heide, zum Jagdschloß Granitz. Großen Spaß bereiteten Besuche des Kreidewerks Clementelwitz und der Volkswerft Stralsund, wo Fischtrawler vom Kiel bis zur Brücke besichtigt werden konnten. Eine Überraschung besonderer Art brachte der

7. August. Wilhelm Pieck, der Vorsitzende der SED, und Professor Hermann Duncker, Kampfgefährte Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, waren bei uns zu Gast. Sie besichtigten Zelte und Ferienhäuser, unterhielten sich mit Kindergruppen und Pionierleitern und überreichten 33 Mädchen und Jungen, die in den Pionierverband eingetreten waren, die blauen Halstücher.

Es gab auch ein traurig stimmendes Ereignis. Eine große Gruppe Kinder und Jugendlicher aus Griechenland kam ins Lager, um mit uns die Ferien zu verbringen. Es waren Waisen griechischer Partisanen und Freiheitskämpfer, die im Zweiten Weltkrieg gegen die deutschen Besatzer und danach gegen die von Amerikanern und Briten gestützten Athener Monarchofaschisten gekämpft hatten und im Krieg gefallen waren. Über ihre Dolmetscher schilderten sie, wie Familienghörige, Väter, Mütter, Geschwister, Bekannte und Einwohner ihrer Orte vor 1945 von den Hitleristen und danach von der griechisch-royalistischen Soldateska mißhandelt, gefoltert, vergewaltigt und ermordet, wie ihre Häuser, Schulen und Dörfer zerstört wurden. Einige Kinder hatten selbst schwer gelitten. (Diese und viele weitere Kinder griechischer Freiheitskämpfer erhielten in der DDR eine gediegene Berufsausbildung und für viele Jahre eine sichere Existenz, bis sie nach Hellas zurückkehren konnten.)

Die Heimreise nach Weißenfels mußten wir in Berlin unterbrechen. Vom Nordbahnhof, wo wir ankamen, gelangten wir mit der S-Bahn zum Anhalter Bahnhof im amerikanischen Sektor. Bis zur Abfahrt des Zuges verging einige Zeit, die wir singend auf dem Bahnsteig verbrachten. Sofort rückte ein Polizeiaufgebot an, um Westberlin vor ostzonalen Jungpionieren zu schützen. Einige Beamte forderten unsere Kinder sogar auf, im Westen zu bleiben, ihre Eltern würden schon nachkommen. Dabei warfen sie uns Bananen und Apfelsinen zu.

Ich konnte alle „meine Kinder“ Ende August wohlbehalten, gutgelaunt und braungebrannt den Eltern übergeben.

Günter Freyer



Krieg Jahre ihrer Kindheit genommen, manchen den Vater, anderen die Heimat, einigen sogar beides. Nun sollten sie für gutes Lernen und Mitarbeit im Pionierverband einen kostenlosen Aufenthalt in einem Ferienlager erleben dürfen.

Am 24. Juli ging es los, zuerst nach Halle, zur FDJ-Landesleitung. Dort erfuhren wir, daß entsprechend einer Forderung der SED vom 20. Juli, „die materielle Lage der Kinder zu verbessern und ihnen mehr Möglichkeiten zu sportlicher und kultureller Betätigung zu geben“, in der sowjetischen Besatzungszone 294 Ferienlager für mehr als 50000 Kinder eingerichtet würden. Das Lager in Prora auf Rügen, unser Reiseziel, sei mit 1000 Kindern aus allen fünf Ländern der SBZ und Berlins das größte.

Mit einem Sonderzug und reichlich Verpflegung für alle Gruppen aus Sachsen-

Nicht
auf
Freyers
Füßen

In der Oktober-Ausgabe verschwand die Fußzeile des Artikels über Otto Grotewohl „Künder der Arbeitereinheit“. Autor war Günter Freyer.

Ein Gespräch mit Gerhard Bengsch anlässlich seines 75. Geburtstages

Drei fromme Wünsche

Wenn Sie drei Wünsche an eine – natürlich rote – Fee frei hätten, welche wären das?

Gegenfrage: Warum muß die Fee rot sein? Meine zum Beispiel ist blond.

Ich weiß. Sie heißt Annabella. Ihre gemeinsamen Erlebnisse haben Sie in einigen Erzählungen und Reiseberichten geschildert, zum Beispiel in „Meine Reisen mit Annabella“. Gleich auf Seite 4 dieses Buches werden Sie von ihr einer „typisch männlichen Rechthaberei“ bezichtigt – ist da eigentlich was dran?

Nun, ich gebe zu, daß ich gelegentlich und ausnahmsweise ein bißchen schwierig sein kann. Aber das liegt nicht an mir, sondern hat astrologisch begründete Ursachen.



Wie bitte?

Ja, so ist es nun mal. Ich bin unterm Sternbild des Schützen geboren. Uns Schützemenchen (23. November bis 21. Dezember, Element Feuer, Geburtsherrscher Jupiter) ist laut Fachliteratur infolge der Konstellation der Sterne „eine gewisse Rechthaberei“ mitgegeben worden. In den horoskopischen Akten berühmter Schützen, so zum Beispiel von Winston Churchill, Papst Johannes XXIII. oder Josef Stalin, werden Sie das bestätigt finden.

Jetzt kommen Sie uns auch noch mit einem Papst und mit Stalin. Von drei Wünschen war die Rede.

Gut, dann wollen wir mal seh'n, was Ihre Zauberfee kann. Im Grunde genügt die Erfüllung des ersten Wunsches. Die Erfüllung der beiden weiteren würde sich zwangsläufig ergeben. Also: Erstens soll sie die absolute Mehrheit aller Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf der Stelle und quer durch die Parteien mit gesundem Menschenverstand ausstatten, auf daß ihnen die Wohltat der Vernunft zuteil werde. Infolge dieses Wunders würde den Damen und Herren eine Erkenntnis dämmern, die der einfache Mensch schon lange hat: Sparmaßnahmen sind ohne weiteres möglich, man muß den Rotstift nur an der

richtigen Stelle ansetzen. Mein Vorschlag (Wunsch Nr. 2): Weg mit dem gesamten Etat für die Bundeswehr! Sie wird sofort aufgelöst; Personal und Material übernimmt, soweit verwendungsfähig, der Naturschutz. Gleichzeitig erfolgt der Austritt aus der NATO. Die gewaltigen Summen, die dem Finanzminister nun zur Verfügung stehen, werden (Wunsch Nr. 3) zur Sicherung und Verbesserung der Renten und des Gesundheitswesens, für Theater, Bibliotheken, Altersheime, Jugendclubs, Sportstätten usw. verwendet, also einem nützlichen Zweck zugeführt.

Das hört sich ja ganz gut an, aber ist das nicht eine Illusion?

Feen, die Wünsche erfüllen können, sind bedauerlicherweise auch eine Illusion. Was also bleibt? Man muß sich selber drum kümmern – mit Geduld, hartnäckig, Schritt für Schritt.

Wie denn? Bei der nächsten Bundestagswahl „richtig“ wählen?

Der Bundestag befindet sich im Gebäude des Deutschen Reichstags. In diesem Gebäude hat sich seit seinem Bestehen noch nie eine Mehrheit gefunden, die für die tatsächlichen Interessen

des Volkes gestimmt hat. Ein Parlament, das in erster Linie für die (notfalls auch militärische) Sicherung kapitalistischer Produktionsverhältnisse auf privatem Grund und Boden da ist, wird die NATO-Mitgliedschaft und die Bundeswehr nicht antasten. Kreuze auf Wahlzetteln können diesen Zustand nicht beseitigen.

Heißt das, Sie beharren immer noch auf Ihrer Position der Unvereinbarkeit von Krupp und Krause?

Unverändert! Mein Vater ist mit mir, als ich fünf Jahre alt war, noch mit einem klapprigen Fahrrad zum Arbeitsamt in der Neuköllner Sonnenallee gefahren und hat mir, wenn er dort seinen wöchentlichen Abschlag erhielt, am Kiosk an der Ecke für zehn Pfennig einen Glaslutscher gekauft. Die Situation der Arbeitslosen ist heute anders. Man ist moderner geworden. Die Stütze wird bargeldlos überwiesen, was u. a. den Vorteil hat, daß es vor den Arbeitsämtern keine Zusammenrottungen geben kann. Aber am Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit hat sich doch nichts geändert. Macht er sich etwa nicht jeden Tag deutlicher bemerkbar? Es gehört kein besonders empfindliches Ohr dazu, das Knistern im sozialen Gebäck dieser Republik zu hören.

Die Revolution kommt morgen noch nicht?

Morgen noch nicht. Erst übermorgen.

Sie haben nach 1990 bei Spotless, im Eulenspiegel-Verlag und bei GNN mehrere Bücher veröffentlicht. Möchten Sie uns zum Schluß etwas von Ihrem jüngsten literarischen Projekt verraten?

Beim Scheunen-Verlag erscheinen demnächst unter dem Titel „Der Colonel von Cattenberg“ Erzählungen, in denen – teils ernst, teils heiter – Geschichten aus der jüngsten Gegenwart erzählt werden. So die Abenteuer eines ostdeutschen Arbeitslosen, der auf die Idee kam, sich Jefferson zu nennen und mit einem Jeep aus dem Gebrauchtwagenhandel als amerikanischer Colonel in eine mecklenburgische Kleinstadt zu fahren: eine Köpenickiade.

Interview: Wolfgang Metzger

Gerhard Bengsch wurde am 24. November 1928 in Berlin geboren. In den Nachkriegsjahren war er Reporter und Redakteur bei der „Berliner Zeitung“. Nach ersten literarischen Veröffentlichungen (Erzählungen, Reportagen) ab 1953 freischaffender Schriftsteller. Slatan Dudow bot ihm 1954 die Mitarbeit am Drehbuch zu seinem Spielfilm „Frauensicksale“ an. Seitdem Hinwendung zum Kinofilm und Autor mehrerer DEFA-Drehbücher. Zu seinen Fernsehfilmen gehören die Mehrteiler „Irrlicht und Feuer“ (1966), „Krupp und Krause“ (1969), „Eva und Adam“ (1973) und „Die lange Straße“ (1978).

In den 90er Jahren veröffentlichte Gerhard Bengsch in verschiedenen Verlagen Erzählungen und Satiren, z. B. „Prünzke & Prott“, „Herr Minister läßt grüßen“, „Unterlassene Hilfeleistung“, „Meine Reisen mit Annabella“, „Gute Nacht, Antonio“ und „Geisterstunde“.

Einige Auszeichnungen: Theodor-Fontane-Preis (1960); vier Literaturpreise des FDGB zwischen 1967 und 1980; Literaturpreis des DFD 1975; mehrere Silberne und Goldene Lorbeeren des DFF zwischen 1968 und 1982; Nationalpreis 1. Klasse 1969, 2. Klasse 1980.

Was steckte hinter der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion der DDR?

Die Leiter unter Kontrolle halten

Vor 40 Jahren – 1963 – wurde in der DDR die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion gegründet, die allgemein nur nach ihrer Abkürzung als ABI bezeichnet wurde. Ihr lagen sowjetische Erfahrungen zugrunde. Sie arbeitete nach den Prinzipien, die Lenin entwickelt hatte.

Bei der ABI handelte es sich um ein staatliches Kontrollorgan. Neben Zehntausenden ehrenamtlichen Mitgliedern in den Volkskontrollausschüssen der Städte und Gemeinden sowie den Inspektionen der Kreise und Betriebe gab es nur einen kleinen hauptamtlichen Apparat. Von der ABI wurde sozialistische Demokratie in die Praxis umgesetzt. Nach der Konterrevolution von 1989 behaupteten die Gegner des Sozialismus allerdings, in der DDR habe es nur „Diktatur“ und „Kommandowirtschaft“ gegeben.

Die ABI bewies das Gegenteil. In ihre Reihen wurden nur klassenbewußte, beruflich qualifizierte und moralisch charakterfeste Menschen aufgenommen. Ihre Aufgabe bestand in der Durchsetzung gefaßter Beschlüsse, im Kampf gegen Mißwirtschaft, Schlendrian und Verantwortungslosigkeit.

Im allgemeinen genoß die ABI bei der Bevölkerung einen guten Ruf, weil sie konsequent auftrat und die Leiter zwang, ihre Pflichten voll wahrzunehmen. In unzähligen Fällen half sie Bürgern, die sich an Organe der ABI gewandt hatten.

Eine wichtige Rolle spielte der Eingabenerlaß der DDR, der im Zuge des Überstülpens von BRD-Gesetzen 1990 sofort abgeschafft wurde. Er trug zutiefst demokratischen Charakter. Jeder DDR-Bürger konnte seine Probleme und Beschwerden direkt bei staatlichen Stellen aller Ebenen vorbringen. Innerhalb von vier Wochen mußte er einen Bescheid erhalten. Entweder wurde die Sache damit zum Abschluß gebracht oder man erteilte – wenn die Lösung längere Zeit in Anspruch nahm – einen Zwischenbescheid. Die Eingaben wurden bis zur endgültigen Entscheidung streng unter Kontrolle gehalten. In der Mehrzahl der Fälle erfolgten positive, im Interesse der Bürger liegende Beschlüsse. In einer Sache, an die ich mich gut erinnern kann, beschwerten sich 50 Einwohner von Berlin-Weißensee unterschrieben bei mir, weil ihre Kleingärten verschwinden sollten, um Erweiterungsbauten des VEB Stern-Radio Platz zu machen. Nach Auseinandersetzungen mit Verantwortlichen des Betriebes konnte ich erreichen, daß die Kleingärtner ihre Parzellen behielten und der VEB an anderer Stelle baute.

Wie verhält es sich mit solchen Dingen heute in der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ der BRD? An wen kann sich der Bürger wenden, um ohne den komplizierten und oft kostspieligen Weg über die Justiz zu seinem Recht zu kommen? In der Regel richtet er seine Beschwerde gerade an jene Stelle, die ihn in irgendeiner

Weise benachteiligt hat. Niemand sonst hilft ihm. Er wird auf einen Dschungel gesetzlicher Bestimmungen verwiesen, in dem er sich nicht zurechtfindet. Meist zieht er den kürzeren. Typisch ist z. B. die Verfahrensweise bei Mieterhöhungen. Die Wohnungsverwaltungen drohen gleich eine Klage an, falls ihrem Begehren nicht entsprochen werden sollte. So diktiert man den Mietern, was sie zu tun haben. Man erzwingt praktisch ihre Zustimmung. Denn bei Ablehnung drohen Prozeßkosten, falls der Mieter den Rechtsstreit verliert. Unter DDR-Bedingungen hätte die ABI bei einer entsprechenden Eingabe die Arbeitsweise der Wohnungsverwaltung überprüft und bei Vorliegen von Unrecht dieses korrigiert.

Zur Arbeit der ABI gehörten regelmäßige Einsätze an Investitionsschwerpunkten. Mit speziellen Kontrollgruppen, die mir unterstanden, suchten wir die jeweiligen Vorhaben auf, um uns an Ort und Stelle ein Bild vom Fortgang der Arbeiten zu machen. So war es z. B. beim Aufbau von Halle-Neustadt. Dort ging es um die Einhaltung der vorgegebenen Baukosten. Die ABI konnte im Kontrollbericht nachweisen, daß ca. 300 Millionen Mark der DDR mehr verausgabt wurden, als im Staatshaushalt vorgeesehen waren. Die dafür Verantwortlichen

wurden veranlaßt, sofort geeignete Maßnahmen zur Kostensenkung zu ergreifen. Ähnlich verhielt es sich bei der Errichtung des neuen Zementwerkes Deuna, wo der Minister für Bauwesen die Verantwortung trug.

Auf einer der letzten Sitzungen der DDR-Volkskammer im Jahre 1990 trat ein Abgeordneter mit der Beschuldigung gegen die ABI auf, sie habe ihre Pflichten nicht erfüllt. Er sagte wörtlich: „Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen.“ Doch das Gegenteil war der Fall. Die ABI ging gerade gegen „Große“, d. h. leitende Funktionäre, vor, um den „Kleinen“, also den Werktätigen, zu helfen.

Anfang 1990 wurde im Komitee der ABI in Berlin eine konterrevolutionäre Gruppe installiert. Sie hatte von der neuen bürgerlichen Regierung den Auftrag erhalten, die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion zu liquidieren. Angefangen bei den Leitungsmitgliedern wurden alle 180 Mitarbeiter fristlos entlassen.

Die 27jährige Existenz der ABI war jedoch nicht ohne Sinn. Unser Komitee verkörperte ein sichtbares Stück sozialistischer Demokratie.

Heinz Stiebritz

Unser Autor war von 1963 bis 1981 Stellvertreter des Vorsitzenden des Komitees der ABI der DDR.



Das Zäunlein

Israel errichtet zügig seinen Apartheid-Wall. Tel Aviv bezeichnet ihn als „Sicherheitszaun“ oder „Trennmauer“. Es ist beileibe kein antifaschistischer Schutzwall, sondern eine Idee faschistoider, rassistischer Gehirne, geht es doch um die totale Einschließung der Palästinenser. Mindestens 30 Dörfer verloren dadurch bereits einen Teil ihrer Ländereien. Scharons glamouröses Bauwerk, das sich über 900 Kilometer hinziehen wird, kostet 2 Mrd. Euro. Es besteht aus Abschnitten mit acht Meter hohen Betonmauern und endlosen Elektrozäunen mit Berührungssensoren. Schießtürme, Infrarotkameras, Nachtsichtgeräte sowie Videokameras an Ballons oder an Drohnen (unbemannte Flugzeuge) montiert ermöglichen die

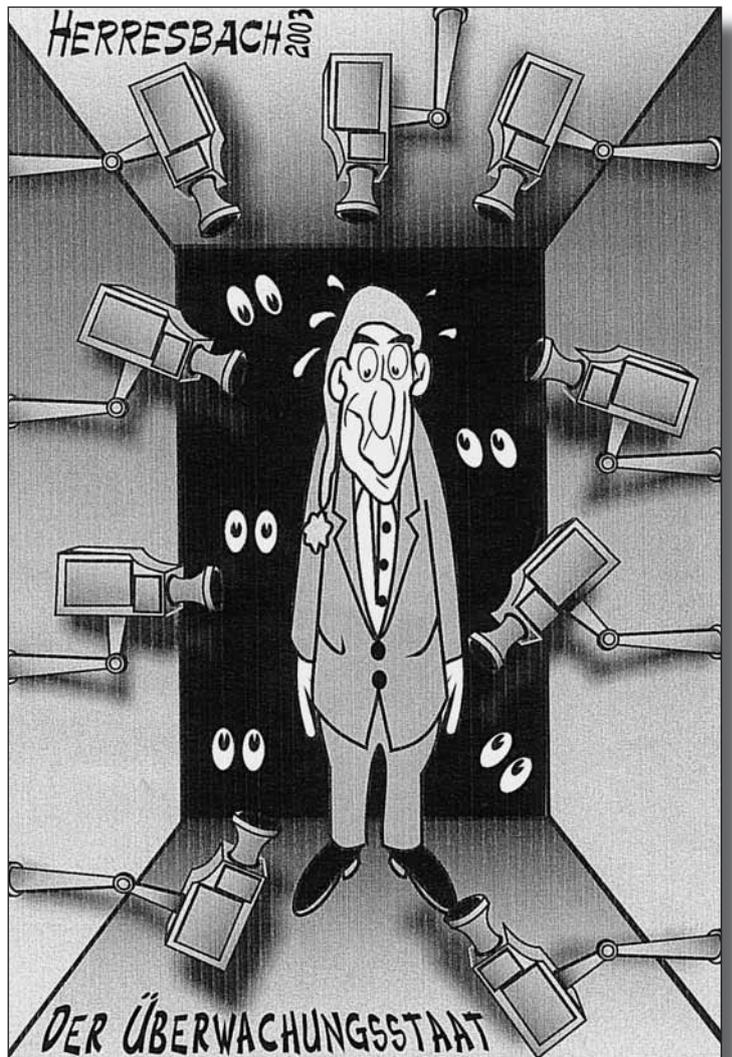
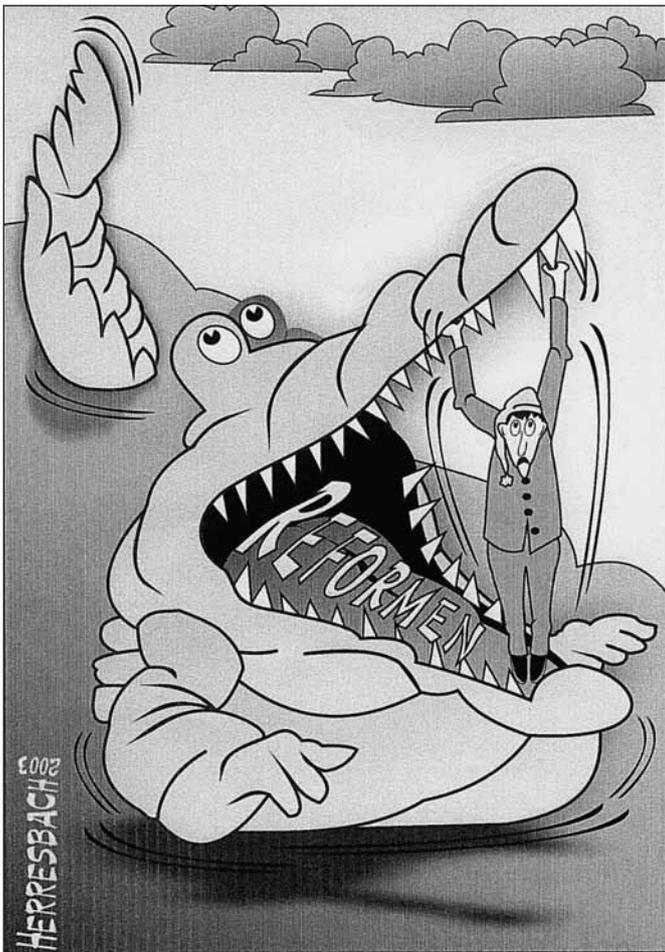
Wahrnehmung jeden Atemhauchs. Das deklarierte Ziel: Abwehr von „Terroristen“. Als die DDR einst ihre Grenzsicherungsanlagen errichtete, ging ein Schrei des Entsetzens durch die „gesamte zivilisierte Welt“ des Westens: „Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl“, hieß es, „Wall of Shame“, Mörder. Die Vokabeln überschlagen sich bis heute. Doch Israels gewaltiger Mauerbau hat bei denselben Schreiern kein Aufheulen ausgelöst. Nicht einmal einen Seufzer. Der Grund: Mauer-Baumeister Scharon gehört zur eigenen Familie. Deshalb haben die unzensurierten Medien einheitlich den Begriff „Sperrzaun“ eingeführt. Man sollte ihnen empfehlen, noch einmal an der Verniedlichungsschraube zu drehen und künftig nur noch vom „Zäunlein“ zu sprechen.

E. R. J.



Wir sind glücklich, endlich in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu leben

Wie unser Karikaturist, der frühere DDR-Bürger Heinz Herresbach, die „Vorzüge“ der Bundesrepublik Deutschland empfindet



Bayerns Justiz verurteilte Shoa-Überlebenden wegen Antinazi-Aktivitäten

Der Fall Löwenberg

So weit sind wir schon wieder: Zwei Antifaschisten und VdN-Kameraden wurden im September 2003 vom Münchener Amtsgericht zu Geldstrafen verurteilt. Worin bestand ihr „Vergehen“? Beide hatten im vergangenen Jahr dazu aufgerufen, sich einer Nazi-Demonstration gegen die Wehrmachtausstellung zu widersetzen. Sie waren auch Teilnehmer der Gegendemonstration Tausender Menschen gewesen. Die Verurteilung erfolgte, obwohl die Münchener Antifaschisten ganz im Sinne des Appells von Bundeskanzler Schröder zum „Aufstand der Anständigen“ gehandelt hatten.

Erinnern wir uns: Die vier Alliierten hatten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges die NSDAP und die meisten ihrer Gliederungen zu verbrecherischen Organisationen erklärt. Selbstverständlich muß das auch für die heutigen rechtsextremen Nachfolgevereinigungen gelten, die sich unter neuen Vorzeichen für die alten Ziele der Nazi-Partei einsetzen. Doch bundesdeutsche Gerichte sind da anderer Meinung. Sie lassen sich von der Auffassung leiten, Demokratie bedeute das Recht auf freie Meinungsäußerung auch für Neonazis. Und Minister Schily unterstützt diese Haltung faktisch, indem er durch Einbau

von Verfassungsschützern bei den Rechts- extremisten dem Obersten Bundesgericht die Möglichkeit verschaffte, den angeblich geplanten Prozeß gegen die NPD plätzen zu lassen.

Einer der beiden Angeklagten im jüngsten Münchener Verfahren war der 78jährige Martin Löwenberg, der dem bayrischen VVN-Landesvorstand angehört. Er erklärte zu Recht: „Es ist legitim, ja legal, den Totengräbern der Demokratie entgegenzutreten. Für das Gericht aber war unser Handeln der Aufruf zu einer strafbaren Blockade“, die sich gegen die Demonstrationsgenehmigung gerichtet habe.

Ich fühle mich als VdN-Kamerad und ehemaliger Buchenwaldhäftling in höchstem Maße mit Martin Löwenberg solidarisch verbunden. Nach der Befreiung zogen wir die Lehre, Faschismus und Krieg hätten verhindert werden können, wenn Demokraten und Antinazis rechtzeitig die Gefahr erkannt und die Schwarz-Braunen aktiv bekämpft hätten. „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel“, wurde im Schwur von Buchenwald proklamiert.

Martin Löwenberg verdient unser tiefes Mitgefühl. Fünfzehn Verwandte seines Vaters wurden im November 1941 deportiert, keiner von ihnen ist zurückgekommen. Er selbst mußte als Zwangsarbeiter die Leichen jüdischer Häftlinge aus unterirdischen Rüstungsanlagen herausholen. Das Gericht fand kein Wort dazu. So etwas gehörte ja nicht zum Prozeßgegenstand.

Bemerkenswert waren die Worte der Rechtsanwältin Lex in ihrem Schlußplädoyer: „Ich schäme mich für den Rechtsstaat, daß ich hier stehen muß, um diesen Mann zu verteidigen.“ Charakteristisch für die Justiz der

BRD war die Äußerung des Anklägers, allein die Gerichte hätten über die Rechtmäßigkeit einer Demonstration zu befinden, sonst würde „der Pöbel“ (das Volk!) auf der Straße bestimmen, wer das Versammlungsrecht ausüben dürfe und wer nicht.

Stellen wir fest: Polizei, Justiz und Verwaltung fördern den Neonazismus. Ich sage ausdrücklich „fördern“, denn ist es etwa keine Förderung, wenn Beamte gewalttätige Neonazis festnehmen und nach wenigen Stunden wieder laufen lassen, wenn sie Nazi-Demonstrationen absichern und Protestierer mit dem Knüppel bearbeiten? Ist es etwa keine Förderung, wenn die Gerichte, falls es überhaupt zu einer Verhandlung kommt, Nazi-Aktivisten mit milden Bewährungsstrafen bedienen? Das bedeutet doch Ermunterung für die rechte Szene, also deren Förderung.

Ich möchte auch daran erinnern, daß schon vor Jahren bemerkt werden mußte, der Polizeiapparat sei mit Rechtsextremisten durchsetzt. Und wie sieht es im Richterstand aus? Vermutlich kaum anders. Lieferte nicht Ronald Schill in Hamburg – der „Richter Gnadenlos“ – das treffendste Beispiel? Bezeichnend: Wird durch Beschluß eines Verwaltungsorgans oder eines Gerichts eine Nazi-Demonstration verboten, so kann man fast sicher sein, daß das jeweils höhere Gericht das zuvor gefällte Urteil aufhebt und die Demonstration zuläßt.

Die Gefahr des Faschismus wächst. Das bestätigte auch Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) kürzlich in Frankfurt/M. anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Anne Frank“. Sie sagte: „Negative Einstellungen gegenüber Juden sind weit verbreitet. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in den letzten Jahren in Deutschland neue Dimensionen erreicht.“

Die ansteigende rechte Flut erfordert höchste Wachsamkeit. Man sollte sich nicht darüber hinwegtäuschen: Es könnte für die kapitalistische Klasse einmal eine Zeit kommen, in der es um den Bestand ihrer Herrschaft geht. Dann würde der Fall eintreten, daß sie den Knüppel aus dem Sack holt und mit faschistischen Methoden ihre ökonomische und politische Macht zu retten versucht.

Herbert Thomas



**WER
IST
DER
NÄCHSTE
?**

So sähe Ulla Schmidt bald als Normal-Rentnerin aus
Grafik: Karlheinz Effenberger

Kein Kommentar

In Nr. 10/2003 der KPD-Monatsschrift „Die Rote Fahne“ ist auf den Seiten 3 und 4 ein Artikel „Verein Fuchsbau oder Parteiorganisation?“ von Emil Collet abgedruckt worden. Er richtet unsachliche Angriffe auf den „RotFuchs“ und bezeichnet seine Macher als „Radieschen – außen rot, innen weiß“. Wir bedauern das um so mehr, als die Redaktionen von RF und DRF überreingekommen waren, auf öffentliche Polemik zu verzichten. „Die Rote Fahne“ hat diese Abmachung leider gebrochen. Im Interesse linker Aktionseinheit halten wir uns weiterhin an sie.

Redaktion RF

Aus der Chronik der Faschisierung in den USA

Das „Gesetz über innere Sicherheit“ (1950)

Im September 1950 betrieben Pat McCarran und John Wood, Vorsitzender des „Komitees für unamerikanische Umtriebe“, die Verabschiedung des Gesetzes über innere Sicherheit. Dieses, auch bekannt als das McCarran-Wood-Gesetz, forderte die Registrierung der KP der USA und der ihr nahestehenden Organisationen beim Generalstaatsanwalt. Andere Abschnitte des Gesetzes erklärten es als illegal, eine Verschwörung „zur Errichtung einer totalitären Diktatur“ anzuzetteln, als Beamtenanwärter eine eventuelle Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei zu verschweigen oder als Kommunist den USA-Paß zu benutzen. Mitgliedern linker Organisationen, die als Gefahr für die öffentliche Sicherheit betrachtet wurden, konnte der Paß entzogen, sie durften aus den USA ausgewiesen werden. Präsident Harry S. Truman widersetzte sich einer Annahme des Gesetzes. Der US-Kongreß überstimmte Trumans Veto mit großer Mehrheit: das Repräsentantenhaus mit 248:48 Stimmen und der Senat mit 57:10 Stimmen.

Harry S. Truman sagte in seinem Veto gegen das Gesetz über innere Sicherheit am 22. September 1950: „Die Idee, kommunistische Organisationen aufzufordern, Informationen über sich selbst zu geben, ist einfach und attraktiv. ... Offensichtlich wird (aber) eine Organisation wie die KP nicht bereit sein, sich freiwillig registrieren zu lassen. Der prinzipielle Fehler dieses Vorhabens ist, daß es sich in Richtung des Unterdrückens von Überzeugungen und Glauben bewegt. Es wäre äußerst gefährlich, einen solchen Kurs einzuschlagen, nicht weil wir Sympathie für kommunistische Meinungen haben, sondern weil die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung ein großer Schritt in Richtung Totalitarismus ist. Wir sind in der Lage, Spionage, Sabotage oder andere Tätigkeiten, die unsere Staatssicherheit gefährden, zu verhindern. Aber wir würden unsere besten Traditionen verraten, wenn wir, wie mit diesem Gesetz vorgeschlagen, versuchen würden, das bloße Äußern von Meinungen einzuschränken. Dies sollten wir niemals tun, egal wie ärgerlich die betreffende Meinung für die überwiegende Mehrheit auch sein möge.“ In ihrer Autobiographie „Lied einer müden Kehle. Eine amerikanische Pilgerfahrt“ (1987) schrieb die Schriftstellerin **Pauli Murray**: „Als Folge des Gesetzes über innere Sicherheit wurden Millionen Amerikaner ‚Loyalitätsprogrammen‘ unterworfen, die intensive Nachforschungen über ihr Leben – bis zurück in die Kindheit – einschlossen. Bloße Mitgliedschaft irgendwann in der Vergangenheit in einer Organisation, die vom Generalstaatsanwalt als ‚kommunistische Frontorganisation‘ bezeichnet wurde, reichte aus, um wegen ‚Sicherheitsgefährdung‘ aus dem Staatsdienst entlassen zu werden. Persönliches Ansehen wurde über Nacht zerstört, und Berufstätige wurden aufgrund von Gerüchten, Klatsch und übler Nachrede wegen angeblich subversiver Tätigkeit auf die schwarze Liste gesetzt.“

Hier einige Auszüge aus dem **McCarran-Wood-Gesetz** :

„Im Bestreben, die USA gegen bestimmte unamerikanische und subversive Umtriebe zu schützen, werden kommunistische Organisationen verpflichtet, sich registrieren zu lassen.

II. Resultierend aus den Beweisen, die vor verschiedenen Ausschüssen des Senats und des Repräsentantenhauses beigebracht wurden, erkennt der Kongreß hiermit

(1) Es besteht eine kommunistische Weltbewegung, die in ihrem Entstehen, ihrer Entwicklung und ihrer gegenwärtigen Praxis eine weltweite revolutionäre Bewegung ist, deren Ziel es ist, durch Verrat, Betrug, Infiltration anderer Gruppen (die Regierung betreffend und andere), Spionage, Sabotage, Terrorismus und alle möglichen anderen ihr nützlich erscheinenden Mittel in allen Ländern mit Hilfe einer weltweiten kommunistischen Organisation eine kommunistische totalitäre Diktatur zu errichten. (4) Die Führung und Kontrolle der kommunistischen Weltbewegung liegt in den Händen einer ausländischen kommunistischen Diktatur.

(5) Die kommunistische Bewegung in den USA ist eine Organisation mit Tausenden Anhängern, straff und unbarmherzig diszipliniert. Sie erwartet und sucht einen Augenblick, in dem die USA durch außenpolitische Verpflichtungen so angespannt oder über einige Fragen so zerstritten oder so in industriellen oder finanziellen Notlagen sind, daß der Umsturz der Regierung durch Gewalt möglich erscheinen könnte; sie sucht überall Menschen zu bekehren durch ein ausgedehntes System der Schulung und Indoktrination. Solche Vorbereitungen durch kommunistische Organisationen in anderen Ländern haben den Umsturz bestehender Regierungen bewirkt. Die kommunistische Organisation in den USA, ihre erklärten Ziele, die gegenwärtigen Erfolge kommunistischer Methoden in anderen Ländern und das Wesen und die Führung der kommunistischen Weltbewegung selbst stellen eine eindeutige und aktuelle Gefahr für die Sicherheit der USA und für die Existenz freier amerikanischer Institutionen dar und machen es erforderlich, daß der Kongreß in Erfüllung seiner Pflicht zur allgemeinen Verteidigung und dazu, die Souveränität der USA als einer unabhängigen Nation zu bewahren und allen [Bundes-]Staaten eine republikanische Form der Regierung zu garantieren, geeignete Gesetze erläßt – in der Erkenntnis der Existenz einer solchen weltweiten Verschwörung und mit dem Zweck, sie an der Erreichung ihres Zieles in den USA zu hindern ...

IV. (a) Es ist untersagt, sich mit anderen zusammenzuschließen, sich zu verschwören oder zu verabreden, in der Absicht, Handlungen zu begehen, die zur Errichtung einer totalitären Diktatur führen würden, wie sie in Paragraph 15, Abschnitt III dieses Entwurfs definiert ist und deren Führung und Kontrolle ausgeübt wird oder unter der Herrschaft oder Kontrolle irgendeiner ausländischen Regierung, einer ausländischen Organisation oder einer ausländischen Einzelperson steht.

VII. (a) Jede aktive kommunistische Organisation (einschließlich aller Organisatio-

nen, die von der zuständigen Behörde als aktive kommunistische Organisationen förmlich dazu aufgefordert werden) hat sich innerhalb der Frist, die in Unterabschnitt c) dieses Abschnitts festgelegt ist, beim Generalstaatsanwalt registrieren zu lassen oder sich auf einem von ihm durch Verordnung vorgeschriebenen Formular als aktive kommunistische Organisation zu erklären.

(b) Jede kommunistische Frontorganisation [gemeint sind sog. Tarnorganisationen] hat sich beim Generalstaatsanwalt registrieren zu lassen oder sich auf einem von ihm durch Verordnung vorgeschriebenen Formular als kommunistische Frontorganisation zu erklären.

(d) Nach der Registrierung aller kommunistischen Organisationen entsprechend den Vorgaben dieses Entwurfs veröffentlicht der Generalstaatsanwalt im Bundesregister die Tatsache, daß die betreffende Organisation als aktive kommunistische Organisation – oder als kommunistische Frontorganisation – registriert wurde; diese Veröffentlichung hat den Zweck, allen Mitgliedern einer bestimmten Organisation bekanntzumachen, daß diese Organisation als solche registriert wurde.

XII. (a) Es wird hiermit eine Behörde geschaffen – die Behörde zur Kontrolle subversiver Umtriebe –, bestehend aus fünf Mitgliedern, die vom Präsidenten ernannt werden, in Absprache mit dem Senat und mit dessen Zustimmung. Ein Mitglied der Behörde kann vom Präsidenten abberufen werden, wenn es nachweislich seine Pflicht vernachlässigt oder Straftaten im Amt begeht – aber aus keinerlei anderen Gründen.“

Nach einem Bericht der **San Jose Mercury News** (5. 7. 1987) erstellte das Weiße Haus unter Präsident Reagan 1984 einen geheimen Plan (National Security Decision Directive), die Verfassung außer Kraft zu setzen und z. B. im Fall einer breiten nationalen Opposition gegen US-Militärinterventionen im Ausland das eigene Land unter Kriegsrecht zu stellen. Die **Süddeutsche Zeitung** berichtete am 27. 11. 2001 von schwarzen Listen in den USA, „auf denen die unpatriotischen Umtriebe von Pazifisten und Liberalen“ vor allem unter Akademikern festgehalten werden. Erstellt werden die Listen von dem im akademischen Bereich einflußreichen American Council of Trustees and Alumni (Acta). Im Acta-Vorstand sitzt die Ehefrau von Vizepräsident Cheney.

Die von Bush dekretierten Militärtribunale und die „Anti-Terror“-Gesetze, die bereits vom Kongreß verabschiedet wurden, setzen elementarste Grund- und Menschenrechte außer Kraft. Sie richten sich nur vordergründig gegen Ausländer und zielen auf die Einführung von Kriegsrecht ähnlich dem, wie es in Chile unter dem Pinochet-Regime bestand.

Zur Absicherung dieser Aufgabe wurde das Ministerium für Heimatschutz geschaffen, das über Hunderttausende Mitarbeiter für innere Repression verfügt. **W. M.**

Schluß mit Bushs KZ-Terror in der Guantánamo-Bucht!

Camp Delta

Die auf dem USA-Militärstützpunkt in Kubas Guantánamo-Bucht gefangengehaltenen angeblichen Taleban- und El-Quaida-Kämpfer werden im KZ-artigen, an Nazi-vorbildern orientierten und vom Pentagon perfektionierten Camp Delta physisch und psychisch gefoltert. Die ganze Welt schaut zu (nicht anders als einst bei den Verbrechen der Nazis), wie die voneinander isolierten, an Händen und Füßen gefesselten, häufig durch eine Kapuze am Sehen gehinderten „Terroristen“ die enormen Vorzüge des „humanen“ USA-Militärjustizsystems auskosten dürfen. Ihr oberster Kerkermeister ist Donald Rumsfeld.

Unlängst fand im Gebäude des britischen Unterhauses eine Bürgeranhörung zum KZ-Terror der USA statt. Azmatt Begg, der Vater des Gefangenen Moazzam Begg, schilderte die Odyssee seines Sohnes, der

vor zwei Jahren nach Afghanistan gegangen war, um dort eine Schule zu gründen. Nachdem ihm die Behörden immer wieder Hindernisse in den Weg gelegt hatten, gab er auf und zog als Brunnenbauer in abgelegene Dörfer, wo es an Trinkwasser mangelte. Als dann die USA-Streitkräfte in Afghanistan einfielen, floh er mit Frau und Kindern vor dem Krieg nach Pakistan. Eines Tages drangen USA-Offiziere in seine Wohnung ein und verschleppten ihn zunächst auf die Luftwaffenbasis Bagram. Von hier aus wurde er als des „Terrorismus“ Verdächtiger nach Guantánamo abtransportiert. Zuvor hatte Moazzam seinem Vater noch aus Bagram geschrieben, da er unschuldig sei, rechne er täglich mit seiner Entlassung. In Camp Delta leide er vor allem darunter, daß er kein Tageslicht sehe und stets den gleichen Fraß

vorgesetzt bekomme, erfuhr die Familie auf Umwegen.

Ahmed Riosoth berichtete bei der Zusammenkunft im britischen Parlament ähnliches. Sein Sohn hatte sich zu einer Hochzeit nach Pakistan begeben, kam aber von dort niemals zurück, sondern wurde als vermeintlicher Terrorist in das Camp X eingeliefert. Auf die an den Premierminister und mehrere Unterhausabgeordnete gerichtete Bitte, die genauen Gründe der Arretierung seines Sohnes in Erfahrung zu bringen, erhielt Riosoth keine Antwort. Denn niemand wagt es, die kriminellen, in Nürnberg geahndeten Praktiken der USA-Kidnapper und -Folterer näher zu untersuchen.

R. F., gestützt auf „The New Worker“, London

Arnold Schwarzenegger zog in Sacramento ein

Noch ein Idiot!

Einst amüsierte sich die ganze Welt darüber, daß es der Borax-Seifenpulver-Reklameheld, mächtige Hollywood-Schnulzler und gegen linke Schauspieler aktive FBI-Undercover-Agent Ronald Reagan bis zum Gouverneur des bevölkerungsreichsten USA-Bundesstaates Kalifornien gebracht hatte. Zwischen 1970 und 1972 inszenierte er die fehlgeschlagene Treibjagd auf Angela Davis. Später wurde Reagan sogar Präsident der Vereinigten Staaten – verglichen mit George W. Bush wirkte selbst er wie ein Geistesriese. Jetzt stellen die Republikaner – in den USA die Partei der Ultrakonservativen und Top-Kapitalisten – erneut den Chef im Gouverneurspalast von Sacramento. Abermals ist der Amtsinhaber ein Hollywood-Darsteller: der Terminator Arnold Schwarzenegger, ein Amerikaner österreichischer Abkunft, der nicht durch künstlerisches Format, sondern als Macho-Idol und durch fragwürdige Äußerungen über Hitler aufgefallen ist.

Kein Zweifel: Auch Arnie besitzt den Kompaß für das Weiße Haus. Denn gemessen am Amtsinhaber ist sogar Bodybuilder Schwarzenegger noch ein IQ-potenter Titan. Nach Dabbelju kann wirklich jeder Idiot seinen Hut in den Ring werfen. **C. A.**



Aus: „Guardian Weekly“, Sydney

Der Tapfere fürchtet nicht den Feind, doch vor dem Dummkopf ergreift er die Flucht.

RUSSISCHES SPRICHWORT

Vom KPdSU-Generalsekretär zum bürgerlichen „Weltveredler“

Der rosa-grüne Gorbatschow

Wenn Sie's nicht wissen sollten, fragen Sie Michail Sergejewitsch. Er hat zwar die Sowjetunion nicht retten können, aber die Welt will er, möchte er retten. Und er bezieht sich bei seinen edlen Bemühungen nicht so sehr auf Tschernyschewski und Lenin, sondern auf die VIPs und Promis der politischen Jetset-Kultur. Wenn ihn alle wählen, verspricht er der Welt das Grüne Kreuz, dessen Chef er ist.

Um sein Ziel zu erreichen, hat er ein Buch geschrieben, besser ein Manifest verkündet, ein Manifest an und für die Erde. Ein neuer Generalsekretär für wahre Menschlichkeit, für die Belange der Welt ist da im Kommen. Der Klassenkampf wird abgeschafft, per Dekret, wie sonst, und das Wahre, Gute und Schöne wird mit Michail Sergejewitschs Zustimmung in den Klassenzimmern gelehrt, von Politikern vorgelebt, von der Welt angenommen und in Partei- und Vorstandsetagen durchdiskutiert. Die Protagonisten betreten von Zeit zu Zeit die Bühne und geben ihr Heldenstück, spielen makabre Rollen im großen Schmierentheater und lassen sich wählen, und das Volk, der „Souverän“, applaudiert den Clowns, wenn sie die Hosen herunterlassen. The show must go on!

Aber nun zum Buch und der darin angebotenen Menschlichkeit, Menschenwürde, Menschenachtung. Genau genommen ist es der Versuch des Ex-Genossen und Ex-Generalsekretärs, die utopischen Strömungen der Weltgeschichte zusammenzufügen und dem Kapitalismus ein menschenfreundliches (natürlich demokratisches) Image zu verpassen. Wie gesagt, Klassenkampf gibt es nicht mehr, die freiheitlich-demokratische Grundordnung existiert in Kapitalgesellschaften, Mischkonzernen und globalisierten Betrieben, in Banken und befehlsabhängigen Organisationen. Na ja, der Glaube ist des Wunders liebste Kind, denn all diese Existenzformen muß MSG erreichen, wenn er sein Werk vollenden will. Auch wenn er seine eigene Existenzform für demokratisch hält, seine bescheidenen Anfänge und Versuchungen schildert, die Misere der Welt entdeckt und richtig charakterisiert, seine Wünsche und Hoffnungen gehen ins Leere – im Manifest und im beigefügten Interview spürt man nur den Drang, sich zu offenbaren, wieder mal die Kanzel zu besteigen und die zehn Gebote und das Paradies für sich in Anspruch zu nehmen.

Der Stadt und dem Erdkreis also, den Staats- und Ministerpräsidenten, Nobelpreisträgern und Außenministern gilt seine Botschaft, natürlich auch dem einfachen Bürger, er hat ihn nicht vergessen. Ich bin wieder da! Ich – Gorb! Urbi et orbi! Und wieder geht es um das gemeinsame Haus, um den in den Himmel ragenden Turmbau zu Babel. Man kennt dessen Geschichte.

Die Rede ist vom „Manifest für die Erde“, erschienen im Campus-Verlag, zu haben für 17,90 Euro. Er trällert beim Schreiben nicht gerade den „Stars and Stripes“

Marsch, er ist ja Sozialdemokrat, das betont er, ein (wie er möchte) toleranter, objektiver, offensichtlich abgehobener Mittler zwischen Ost und West, der weiß, wie man die Welt retten kann. Er hat's ja versucht. Er glaubt, daß man nur ein bißchen an der Bewußtseinsschraube drehen muß, um die Menschen zu Menschen zu machen. Und das ist bekanntermaßen weder in der alten noch in der neuen Welt und auch nicht in Utopien gelungen. Das Sein bestimmt offenbar nicht mehr das Bewußtsein – nach Gorbatschow, aber die Welt hängt nun mal von einem Umstand ab, den der zum Sozialdemokraten konvertierte Kommunist vergessen zu haben scheint: der Abhängigkeit des Überbaus von der Basis. Das „Goldene Zeitalter“ wird nicht wiederkommen, solange die Erde Privatbesitz ist.

Es ist nun durchaus nicht so, daß man MSG bei der Beschreibung der Welt, die immer noch, immer mehr zwischen Scylla und Charybdis taumelt, nicht recht geben muß. Die Beschreibung stimmt, die Welt steht vor einem Kollaps, die Natur empört sich, und der Fortschrittmotor brummt, aber die Blicke der Herrschenden sind auf den Kontoauszug und nicht auf die Gefahren gerichtet, die alle erwarten. Es ist eine barbarische, unberechenbare und sich für nichts verantwortlich fühlende Welt, in der wir leben, eine kapitalistische Welt, eine Welt, in der das Profitstreben die Argumente ersetzt.

Wer, Genosse Gorbatschow, hat Sie erzogen, da Sie offenbar nicht einmal zu wissen scheinen, daß der Profit, das Bankkonto, das Geld – steht auch bei Marx in den „Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten“ und im „Kapital“ – ganz neue Verhaltensweisen und Gesetze kreiert, die die sogenannten Menschenrechte außer Kraft setzen?

Diese Welt, schlecht genug, wie sie ist, wird mit Klauen und Zähnen von denen verteidigt werden, die sich in ihr eingerichtet haben, die von ihr profitieren, die in ihr Geschäfte machen und durch die Geschäfte ihre Macht festigen, ihren Einfluß auf Parlamente, Regierungen, Parteien und Persönlichkeiten ausdehnen. Diese Welt ist ohne Kampf nicht zu haben.

Ihr Credo ist ehrenhaft, aber ein Muster ohne Wert, da es Ihre Wünsche ausdrückt, aber keine Anleitung zum Handeln liefert. Ihre Vorschläge grenzen ans Lächerliche, wenn man sieht, wie Wirtschaftsbosse und Staatenlenker mit Ihnen vor der Kamera posieren und Ihre Worte in goldbedruckte Erinnerungskladden schreiben: „Wer zu spät kommt ...“ Sie wissen schon. Wen auch immer Sie zitieren, und Sie zitieren viel, die Welt wird durch Zitate nicht besser, und sie wird auch nicht akzeptabler, wenn man sie utopisch betrachtet.

Die Sozialdemokraten, auf die Sie sich berufen, haben in Deutschland die Farbe gewechselt und mit den Konservativen Bündnisse geschmiedet. Die sozialistischen Genossen sind nicht so sozialistisch,

wie sie selber meinen. Die soziale Marktwirtschaft ist nicht mehr sozial. Und wenn das „Reserveheer“ der Arbeitslosen statt wie jetzt auf die 5 Millionen erst auf die 6 oder 7 Millionen losmarschiert und die Profite dennoch steigen, wenn ganze Industriezweige (wie in der DDR) lahmgelegt werden, dann erscheint die Frage, die Sie stellen, absurd. Was tun? Ja, was tun?

Ist es nicht jetzt schon so, daß die Reichen immer reicher, die Armen ärmer werden, die Politiker (auch die Sozialdemokraten) den Besitzstand der einen wahren und den Notstand der anderen mehrten, daß die humanistischen Parolen mit vergrößertem Elend lauter werden und die heuchlerischen Phrasen der Parteien den Frieden zu sichern trachten? Der Klassenkampf, den Sie für überwunden halten, Genosse Ex-Generalsekretär der KPdSU, spielt sich nach wie vor ab, findet nach wie vor nicht im Dunkeln statt. Und die Reichen, die Sie ins Gebet nehmen möchten, haben sich vermutlich längst dem Teufel verschrieben, der bekanntlich steinerne Herzen und Gier nach Reichtum und Genuß als die seligmachenden Güter der Erde preist. Oder glauben Sie im Ernst, Sie könnten mit wissenschaftlich verbrämten Tiraden und fragwürdigen Appellen an die Menschlichkeit einen amerikanischen Präsidenten daran hindern, die Wünsche der Waffen- und Öl-Lobbyisten zu erfüllen? Glauben Sie wirklich, daß die Diebe aufhören zu stehlen und die Killer zu morden, weil MSG an die Vernunft appelliert? Sind Sie so naiv, daß Sie die vierte Gewalt, die Medien, für erbauliche Postillen, die Ich-AG-Parteien für Menschenfreunde halten, die nur das Gute im Auge haben?

Ich meine, verehrter MSG, daß die Abgeordneten kapitalistischer Parlamente menschlicher Regungen nur dann fähig sind, wenn sie ihre Diäten erhöhen, den Opfern der Marktwirtschaft die Kröten abnehmen und den Aufschrei der Empörung als Sozialneid abqualifizieren können. Was geht diese Herrschaften der Regenwald an, der wachsende Müllberg, was kümmert sie das Armut- und Wasserproblem? Und, last not least, was würden Sie eigentlich tun, wenn Sie die Wohltaten der herrschenden Klasse nicht mehr erreichen, kapitalistische Sponsoren Sie nicht mehr unterstützen, vor allem die, die Ihren Namen zu Werbezwecken mißbrauchen: Urbi et orbi – für immer Gorb!

„Reißen Sie die Mauer nieder!“ hat ein amerikanischer Schauspieler zu Ihnen gesagt, der im Land der unbegrenzten Möglichkeiten den Präsidenten geben durfte. Und Sie haben das Berliner Tor geöffnet, nachdem man Ihnen ein erkleckliches Sümmchen auf den Tisch gelegt hatte. Sie haben die Welt damit verändert, Sie haben sie wirklich verändert. Was bietet man Ihnen für das GCI, das Grüne Kreuz? Was bietet man Ihnen dafür, daß Sie den Menschen einreden, sie sollten menschlicher sein, um der Unmenschlichkeit den Boden zu entziehen?

Gerhard Schmidt

Warum vom Milosevic-Prozeß nicht mehr berichtet wird

Desaster in Den Haag



Ob beim Leipziger Reichstagsbrandprozeß gegen Georgi Dimitroff oder beim Haager „Kriegsverbrechertribunal“ gegen Slobodan Milosevic: Zur Inszenierung solcher Spektakel gehört ihre sensationslüsterne Ankündigung und Vorbereitung durch die gleichgeschalteten und sprachgeregelten Medien. Läuft die Sache aber aus dem Ruder, versagt die Regie, dann werden die Berichte immer spärlicher, bis sie ganz versiegen. Die Tatsache, daß über den Prozeß gegen Milosevic inzwischen fast gar nicht mehr berichtet wird, offenbart das Desaster der Anklage. Dennoch nimmt die Haager Justizfarce, so dünn sie auch ist, ihren Fortgang. Dies geschieht, obwohl Carla del Pontes Konstrukt, das sich allein auf Lügen der NATO-Psychokrieger und deren „Bestätigung“ durch einen Haufen gekaufter und erpreßter Zeugen stützt, in seiner ganzen Fadenscheinigkeit entlarvt wurde. Wieder und wieder überführte Milosevic die von der Anklage präsentierten Gestalten und konfrontierte sie schonungslos mit der Wahrheit. Anfang Juli entzogen die Richter sogar einem der von ihnen selbst bestellten Zwangsbeistände Milosevics, dem Belgrader Anwalt Tapuskovic, sein Mandat als „Freund des Tribunals“. Er hatte ganz offensichtlich zu unabhängig agiert und den Angeklagten bei der Vernehmung eines 1995 für die Vertreibung von 200 000 Serben verantwortlichen hohen Offiziers der kroatischen Armee kräftig unterstützt.

Weiterverhandelt wird auch, obwohl Milosevics Gesundheitszustand bedrohlich ist. Nach wie vor wird ihm dringend notwendige ärztliche Hilfe verweigert, von der gebotenen Freilassung gar nicht zu reden. Es gehe dem Angeklagten „sehr, sehr gut“, erklärte del Ponte zynisch. So muß unterstellt werden, daß die Haager NATO-Juristen de facto auf den Gefängnistod ihres „Angeklagten“ spekulieren. Das wäre für sie eine Möglichkeit, ihr Scheitern zu vertuschen und die leidige Angelegenheit loszuwerden.

Mit welchen Mitteln Richter May, del Ponte und die übrigen Beteiligten agieren, zeigt die Ablehnung aller Forderungen Milosevics, ihm zu seiner Verteidigung eine angemessene Vorbereitungszeit einzuräumen. Ihm wurde lediglich eine Pause von drei Monaten bewilligt, um ein Hunderttausende Seiten umfassendes Material durchzuarbeiten. Die „Anklage“ benötigte allein drei Jahre, um ihre Beschuldigungen zum Kosovo auszuarbeiten. Der Umstand, daß andere Angeklagte in der Vergangenheit sechs Monate Vorbereitungszeit erhielten, bereitete Richter May keine Schwierigkeiten: Diese Praxis sei eben abgeschafft, erklärte er lakonisch und entzog dem protestierenden Milosevic das Wort. Für ihn, der ohne Zweifel seinen Kampf gegen das Siegertribunal und dessen Auftrag zur Legitimierung der NATO-Aggression fortsetzen wird, bedeutet diese Entscheidung schwere physische und psychische Belastungen unter weiterhin unerträglichen Haftbedingungen. Ihm droht Gefahr für Leib und Leben. Ein Grund mehr, die Solidarität mit dem „Angeklagten“ zu verstärken.

Während die juristische „Bewältigung“ der Aggression stockt, haben die NATO und deren Hauptmächte USA und BRD seit dem Belgrader Putsch und der Auslieferung Milosevics an das Haager Tribunal in Jugoslawien selbst manches bewegen können. Die Souveränität des Landes wurde faktisch aufgehoben. Mehr als das: Seit dem Frühjahr 2003 gibt es ganz offiziell diesen Staat nicht mehr. An seine Stelle trat der absurde „Staatenbund“ zweier Halbkolonien des Imperialismus namens „Serbien und Montenegro“. Die formale politische Unabhängigkeit dieses Gebildes darf nicht über die Realitäten hinwegtäuschen. Zu ihnen gehört der totale Ausverkauf der Wirtschaft. Vergleichbar mit dem Tempo, in dem dies nach 1989 in der DDR geschah, wurden Industrie, Banken, Handel, Energie und Wasserversorgung, Telekommunikation, Medien, Bergwerke, Stahlhütten ... an Monopole vor allem aus der BRD und den USA

verschербelt. Der Preis betrug nur einen Bruchteil des Wertes. EU-Koordinator Bodo Hombach (SPD) spielte dabei eine Schlüsselrolle. Die Folge: Serbien produziert trotz ausreichender Kraftwerkskapazitäten keinen eigenen Strom mehr, der Energiepreis fürs Kilowatt aber ist einer der höchsten Europas. Eisenhütten, Zementfabriken, Brauereien, Automobilwerke, Ölraffinerien, die bedeutende Tabakindustrie, nicht zu reden vom Bauwesen, buchstäblich alles ging in die Hände ausländischer Konzerne über und wurde, ungeachtet der Rentabilität, zum größten Teil stillgelegt. Tausende und Abertausende Menschen verloren von einem Tag zum anderen ihre Arbeitsplätze. Daß es bei dieser Wildwest-Privatisierung zum Hauen und Stechen zwischen USA- und EU-Unternehmen kam, sei hier ebenso am Rande vermerkt wie die Abspeisung der Kompradore, Agenten und Mafiosi mit einigen fetten Brocken, etwa im Gastronomiebereich.

Auf dem Mediensektor leistete der BRD-Imperialismus ganze Arbeit. Noch einmal taucht hier der Name des berüchtigten Bodo Hombach auf. Der korruptionsumwitterte einstige Geheimdienstkoordinator Schröders hat seinen Zwischenzeitjob bei der EU unterdessen mit dem Chefessal bei der mächtigen „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ vertauscht. Deren Imperium riß nahezu die gesamte Presse aller früheren jugoslawischen Republiken – aber auch Rumäniens und Bulgariens – an sich. Entsprechend eindeutig und penetrant werden BRD-Interessen in Berichte und Kommentare der Zeitungen und Sender dieser Länder lanciert. Die Sozialistische Partei Serbiens, die gesamte patriotische Opposition aber müssen für die Herausgabe ihrer schmalen Blätter gegen Papiermangel, Vertriebsboykott und administrative Schikanen kämpfen.

Bei alledem hat die Arbeitslosigkeit in Serbien die Grenze der 50 % überschritten. Alte wie Junge müssen – konfrontiert mit der Glitzerwelt einer kleinen Oberschicht prasserender neureicher Kollaborateure – Tag für Tag ums nackte Überleben ringen. Um den Widerstand der Patrioten zu schwächen und sie zu entmutigen, wurde der nach dem tödlichen Attentat auf Djindjic verhängte Ausnahmezustand genutzt. Er zielte vor allem auf Einschüchterung. Auch dagegen richtet sich der Kampf, den Slobodan Milosevic in Den Haag führt. Alle aufrechten Jugoslawen warten begierig auf jeden Bericht, jedes Wort von „ihrem Dimitroff“. Nicht ohne Grund haben die Belgrader Marionetten der NATO jegliche Übertragung aus dem Gerichtssaal eingestellt. Doch trotz Lüge, Irreführung und Unterdrückung wachsen die Kräfte einer künftigen Einheitsfront aus Kommunisten, Sozialisten und anderen Gegnern der Unterwerfung des Landes unter das neokoloniale Joch des Imperialismus.

Werner Hoppe

Erwiderung aus der Sicht eines Wroclawer marxistischen Wissenschaftlers (2)

Über Polens kommunistische Bewegung

Die Situation der polnischen und jüdischen Kommunisten, die nach 1939 in die Sowjetunion gelangt waren, gestaltete sich anders als in Polen. Nach den von Molotow und Ribbentrop unterzeichneten Verträgen (23. 8. und 30. 9. 1939) konnte der Frieden für fast zwei Jahre erhalten werden. Die Westukraine und der westliche Teil Belorußlands gehörten nun zur Sowjetunion. Polnische Kommunisten und andere linksdemokratisch orientierte Bürger organisierten zwei kulturelle Zentren in Vilnius und Lwow. Wegen des Fehlens einer polnischen kommunistischen Partei traten viele Genossen der KPdSU (B) bei, andere arbeiteten aktiv in den Gewerkschaften und Kulturverbänden. Nach dem Überfall vom 22. Juni 1941 konnten nicht wenige ins Hinterland der UdSSR evakuiert werden; aber die Mehrheit, insbesondere der jüdischen Bevölkerung, wurde von den Nazis ausgerottet.

Die Sowjetunion, die KPdSU und Stalin erschienen polnischen wie jüdischen Kommunisten und anderen fortschrittlichen Menschen als Hoffnung. Sie boten reale Hilfe und die Möglichkeit, zusammen mit der Roten Armee gegen den Faschismus zu kämpfen. Im Januar 1942 wurde die Polnische Arbeiterpartei (PPR) gegründet. Im Mai 1943 entstand in Moskau der Bund Polnischer Patrioten, dessen politische Leitung Kommunisten innehatten. Zwischen Mai und Oktober 1943 formierte sich die erste polnische Infanteriedivision, die später zur 1. Polnischen Armee erweitert wurde. In ihr bekleideten polnische und jüdische Genossen wichtige Leitungsfunktionen im Politapparat. Ein großer Teil von ihnen hatte allerdings Schwierigkeiten mit der polnischen Sprache, weil ungefähr 80 % des Offizierskorps Polen sowjetischer Abstammung oder russischer Nationalität waren. In Moskau wurde das Zentralbüro der Kommunisten Polens unter Leitung von Alexander Zawadzki gegründet, das neben der im Lande selbst tätigen PPR ein zweites Zentrum der polnischen kommunistischen Bewegung darstellte. Beide Zentren haben sich nach der Befreiung im Juli/August 1944 in einem gemeinsamen Zentralkomitee der PPR unter Leitung von Generalsekretär Wladislaw Gomulka vereinigt.

Mit dem Entstehen Volkspolens 1944/45 bildete sich ein sozialistischer Arbeiter- und Bauern-Staat heraus, dessen Hauptaufgabe bis 1948 die Schaffung volksdemokratischer Institutionen und Verhältnisse war. Die polnische Konterrevolution (unterstützt vom Westen und im Innern vor allem durch die katholische Kirche) legte die Waffen nicht nieder. Bis Ende der 40er Jahre dauerte in Polen ein halboffener Bürgerkrieg an.

Der neue Staatsapparat, die Verwaltung litten unter Kadernmangel. Viele jüdische Genossen, die am Kampf teilgenommen hatten, übernahmen leitende Funktionen,

insbesondere in der Staatssicherheit. Die Konterrevolution nutzte diese Tatsache aus, um erneut ihr altes Lied von der „Judeo-Kommune“ aufzulegen.

Mit der 1948 erfolgten Ablösung Gomulkas als Generalsekretär der PPR und der im Dezember desselben Jahres erfolgten Gründung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) unter Vorsitz von Boleslaw Bierut formierte sich eine neue politische Leitung. Zu ihr gehörten der Sekretär des ZK Jakub Berman, der Minister für Staatssicherheit Stanislaw Radkiewicz und der Minister für Verteidigung, der Pole und Bürger der UdSSR Marschall Konstantin Rokossowski.

Bis zum Beginn der 50er Jahre fanden in den östlichen Gebieten Polens erbitterte Kämpfe mit konterrevolutionären Banden statt. Dennoch stellte sich die Partei hohe Ziele. Der 1949 begonnene Sechsjahrplan sollte die allseitige Entwicklung und die Industrialisierung des Landes vorantreiben. Die PVAP bereitete sich zusammen mit der Vereinigten Bauernpartei auf die Kollektivierung der Landwirtschaft vor, was heftigen Widerstand des reichen Bauerntums und der katholischen Kirche hervorrief. In dieser Zeit kam es auch in Polen zu zahlreichen Vorfällen, die später – nach dem Sturz Berijas in der Sowjetunion 1953 – als unwürdige Verstöße gegen sozialistische Demokratie und Gesetzmäßigkeit zurückgewiesen wurden. Manche Offiziere der Sicherheitsorgane wie Oberst J. Swiatlo, die solche Übergriffe zuließen, liefen später zum imperialistischen Feind über. Er floh im Dezember 1953 über Westberlin in die „freie Welt“. Anschließend waren er und andere für die CIA und die Münchener antikommunistischen Sender aktiv.

1956, nach dem XX. Parteitag der KPdSU und dem plötzlichen Tod Bieruts, der als Leiter der PVAP-Delegation in Moskau verstarb, entwickelte sich die wirtschaftliche und soziale Lage Polens ungünstig. Die Realisierung des Sechsjahrplanes verzögerte sich. Das Vorhaben wurde durch

hohe Rüstungsbelastung deformiert. Das Programm zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen stand in Frage. Zugleich organisierten sich die antisozialistischen und antisowjetischen Kräfte neu. Manche Leute, die sich im Interesse ihrer Postenerhaltung rasch von fanatischen „Stalinisten“ zu ebenso fanatischen „Antistalinisten“ und Anhängern des „neuen Parteikurses“ erklärt hatten, drängten auf Abrechnung mit den für die Fehler der Vergangenheit Verantwortlichen. In der Parteiführung entstanden zwei Gruppen – die „Pulawer“ und die „Natolin“-Leute. Die Pulawer eroberten sich den Spitzenrang und spielten die Rolle von neuen „Demokraten“ und „Antistalinisten“. Sie festigten ihre Position durch die illegale Verbreitung des „geheimen Referats“ von N. S. Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU, was 1956 durch den Juni-Aufstand von Arbeitern in Poznan verstärkt wurde. Bei diesen Ereignissen, die zahlreiche Opfer forderten, spielte wahrscheinlich eine Provokation eine Rolle. Sie wurden in der Zeit der Internationalen Messe inszeniert, als die Stadt voll von Ausländern und Auslandskorrespondenten war. Auf dem anschließenden Oktoberplenium kehrte W. Gomulka als 1. Sekretär zurück. Er kam mit dem „Ruhm“ des Diskriminierten, Verfolgten, vom „Stalinismus“ Verhafteten und amtierten bis Dezember 1970. Gomulkas „neuer Kurs“, auch „polnischer Weg zum Sozialismus“ genannt, war ein Reflex auf die Vorstellungen Chruschtschows und entsprach der Linie Josif Broz-Titos in Jugoslawien. Das war eine qualitative Veränderung in den sozialistischen Ländern und in der kommunistischen Bewegung. Eine leitende Schicht antisozialistisch eingestellter Politiker begann sich zu formieren. Später wurde sie zu einem entscheidenden Faktor für die innere Konterrevolution.

(Wird fortgesetzt)

Prof. Dr. sc. Zbigniew Wiktor

Die RF-Regionalgruppe Strausberg/Umgebung

lädt Mitglieder, Leser und Freunde des „RotFuchs“ zu einer Veranstaltung am **22. November 2003, um 10.00 Uhr, in Strausberg, Landhausstraße, Gelände des Sport- und Erholungsparks, Seniorenklub der Volkssolidarität/Haus 6, herzlich ein.**

Es spricht der langjährige Staatssekretär für Körperkultur und Sport und Präsident des DDR-Fußballverbandes

Prof. Dr. Günther Erbach über das Thema

„Körperkultur und Sport – Spiegelbild der Gesellschaft“.

Stuhlgeld: 1 Euro

Genosse Kurt Nobst aus Blumberg

der seit Jahrzehnten treu zur Sache steht, in der DDR als Kriminalist für die Stärkung des Sozialismus wirkte und seit der Konterrevolution als Kommunist stets an vorderster Front kämpft, begeht am

23. November 2003
seinen 75. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch! Liebe Grüße gehen auch an **Genossin Anneliese Nobst** nachträglich aus gleichem Anlaß.

Afghanistans NATO-Besatzer richten sich auf viele Jahre ein

Koloniale Strategie

Eine Volkswirtschaft im eigentlichen Sinne ist in Afghanistan absolut nicht vorhanden. Der einzige gut funktionierende Wirtschaftszweig sind Drogenproduktion und -handel, die in diesem Jahr alle bisherigen Rekorde übersteigen. Finanzminister Ashraf Ghani spricht offen von einem „Drogenmafia-Staat“. Das Wenige, was sonst noch klappt, sind Korruption und Vetternwirtschaft. Daher verwundert es nicht, daß Afghanistan seit dem Jahr 2000 nicht mehr in den internationalen Statistiken, z. B. im UN-Bericht über die menschliche Entwicklung („Human Development Report“), geführt wird, als ob das Land überhaupt nicht existieren würde. Allein in Kabul haben sich 800 internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) angesiedelt, die das Überleben der Bevölkerung zu sichern versuchen. Sollten sie abgezogen werden, würde buchstäblich die gesamte Versorgung zusammenbrechen. Da es faktisch keinen intakten Staat mehr gibt, ist Afghanistan zu einem Tummelplatz für beliebige NGOs und entwicklungspolitische Institutionen mit unbegrenzter Vollmacht geworden. Sie fühlen sich niemandem unterstellt oder gar rechenschaftspflichtig. Die bundesdeutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vergibt in eigener Regie Projektaufträge an Organisationen, die „schlechte Arbeit leisten“, wie der „Wiederaufbauminister“, Mir Mohammad Amin Farhang, in einem Interview feststellte. Er bemängelte auch die Eigenmächtigkeiten der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die ihn über geplante Vorhaben nicht konsultierte. „Ich habe keine Ahnung, was die machen.“ Seine Schreiben blieben einfach unbeantwortet. Ein gravierender Nebeneffekt der Anwesenheit der Hilfsorganisationen besteht darin, daß sie aufgrund ihrer Zahlungsfähigkeit die Wohnungsmieten in Kabul in für „gewöhnliche“ Afghanen unbezahlbare Höhen treiben. Die Schulen, auch für Mädchen, sind formal geöffnet. Sie unterscheiden sich jedoch meist kaum von Koranschulen, vor allem in den Provinzen, wo die Islamisten weit entfernt ohne jegliche internationale Beobachtung und Presse schalten und walten können, wie es ihnen paßt. Die Lehrbücher, die noch in den Jahren der Herrschaft des Islamisten Burhanudin Rabani von tadschikischen Wissenschaftlern ausgearbeitet worden waren, da sich Afghanen selbst dazu nicht imstande gezeigt hatten, müssen jetzt neu gestaltet werden. Begründung: Sie seien nicht islamisch genug. Dies berichteten mir tadschikische Professoren während meines Aufenthaltes Mitte Juni 2003 in Duschanbe. Außerdem mangelt es in ganz Afghanistan an qualifizierten Lehrkräften und adäquaten Schuleinrichtungen. Die Kinder sitzen zum großen Teil auf dem nackten oder mit einem zerfetzten Kelim

bedeckten Boden. Teilweise gibt es sogar weder Fenster noch Heizung. Selbst solche „Bildungseinrichtungen“ werden von den Kämpfern gegen die Kabuler Administration zerstört. Allein in einer Woche wurden sechs Mädchenschulen in verschiedenen Provinzen in die Luft gejagt. Frauen dürfen zwar wieder arbeiten, aber kaum eine traut sich ohne Schleier zum Dienst zu gehen. Die Mutigsten, die es doch tun, werden von Männern belästigt, beschimpft oder sogar tödlich angegriffen. Sicherheit ist trotz der Anwesenheit der ISAF/NATO-Truppen selbst in Kabul nicht gewährleistet. Des Nachts werden Familien, bevorzugt aus dem Ausland zurückgekehrte Flüchtlinge, überfallen, ausgeraubt und vorsätzlich getötet. Manchmal sind sogar Polizisten oder andere Kräfte beteiligt, die eigentlich für den Schutz der Bevölkerung sorgen sollen. Nacht für Nacht bringt man in Kabul Dutzende Menschen um, teils aus politischen, teils aus kriminellen Gründen oder aus Rache. So wurde es von einer Studentin, deren Freund bei der ISAF in Kabul stationiert war, in meinem Seminar berichtet, und nur wenige Tage später von dem kommandierenden Bundeswehrgeneral in Kabul gegenüber dem WDR bestätigt. Als ich im Frühjahr 2003 im Lande war, wurde am hellen Tag eine junge Frau durch Polizisten, die seit Anfang 2002 wieder von Deutschen ausgebildet werden, entführt. Auf ihre lauten Hilferufe hin konnten Passanten sie durch beherrschtes Eingreifen befreien. Außerhalb Kabuls ist jeder vogelfrei. Selbst Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen werden regelmäßig überfallen. Wenn es glimpflich ausgeht, nimmt man ihnen nur die Autos weg. Die Bekämpfung des sozialen Elends steht für Washington keineswegs an erster Stelle. Während seiner Afghanistan-Visite im November 2002 hob USA-Finanzminister Paul O'Neill hervor, daß Bedingungen zu schaffen seien, damit „sich der private Sektor entwickeln kann“. Besonders der Bau eines Fünf-Sterne-Hotels in Kabul, das eine „nützliche Ergänzung der Wirtschaft wäre“, lag ihm am Herzen. Die geostrategische Lage Afghanistans ist für die USA das A und O. Wir werden „längerfristig“ hierbleiben, verkündete USA-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Das bestätigte auch sein BRD-Kollege

Struck. Afghanistan ist faktisch ein Militärprotektorat der Vereinigten Staaten und ihrer NATO-Verbündeten. Wie der seinerzeitige Oberkommandierende der USA-Besatzungsmacht, General Tommy Franks, verlautbaren ließ, will man „noch für viele Jahre“ im Lande bleiben. Alle Militärbasen werden von den USA als Stützpunkte genutzt. Es ist nicht auszuschließen, daß es zwischen der USA-Regierung und der Kabuler Administration zu langfristigen Verträgen kommt, auf deren Grundlage die Amerikaner afghanische Basen nach alter Kolonialmanier für 99 Jahre pachten werden.

Bis heute ist nicht bewiesen, daß Afghanistan mit den Geschehnissen des 11. September 2001 irgendwie in Verbindung gebracht werden kann. Das aber war bekanntlich der Grund für einen Krieg gegen mein Land, bei dem das zerstört wurde, was noch übriggeblieben war. Bewiesen ist nur, daß die Regierung der Vereinigten Staaten schon im Juli 2001 ihren regionalen Vasallen Pakistan über Pläne, einen Krieg gegen Afghanistan führen zu wollen, informiert hatte. Dies bestätigte der ehemalige Außenminister Pakistans, Naiz Naik.

Der Krieg gegen Afghanistan war eine Generalprobe für die Umsetzung der neuen Strategie, die Region des Mittleren und des Nahen Ostens nach US-Vorstellungen neu zu ordnen und unter Kontrolle zu bringen. Mit der Besetzung Kabuls wurde der Weg nach Bagdad geebnet.

Die BRD wollte nach dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien auch außerhalb Europas Flagge zeigen. Afghanistan bot sich als ausgezeichnete Türöffner an. Denn das Taleban-Regime war national wie international geächtet und isoliert. So hatte die Bundesrepublik durch ein Mitmachen in Afghanistan nichts zu verlieren, im Gegenteil. Schröder wollte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Er wollte als Vorreiter gegen den „internationalen Terrorismus“ auftreten und damit das Ansehen der Bundesrepublik erhöhen und zugleich die Chance nutzen, in einer geopolitisch brisanten Region militärisch Fuß zu fassen. Als diese Strategie mißlang, brachte man die diplomatische Variante ins Spiel. Die Bundesregierung ließ sich beauftragen, die Petersberger UN-Konferenz zur Zukunft Afghanistans auszurichten. Die Stunde für die BRD, sich militärisch in Afghanistan präsent zu zeigen, kam, als die Konferenzteilnehmer eine „Schutztruppe“ für die Sicherheit Kabuls beschlossen. Diese wurde und wird – inzwischen als NATO-Einheit firmiert – durch Bundeswehrgeneräle befehligt. Jetzt sollen BRD-Verbände auch außerhalb der afghanischen Hauptstadt stationiert werden. Spezialtruppen des Pentagons sind sowieso im Lande. Eine lange Kolonialära zeichnet sich ab.

Dr. Matin Baraki

Gratulation

Am 1. November 2003
begeht der Schriftsteller

Klaus E. Schneider

aus Hönow,
der sich dem „Rotfuchs“
eng verbunden fühlt,
seinen 70. Geburtstag.

Redaktion und Verein
gratulieren ihm
auf das herzlichste!



Portugals KP auf festem Grund

Beim diesjährigen „Avante!“-Fest in der Quinta da Atalaia – einem mehrere Dutzend Hektar großen parteieigenen Gelände am Ufer der Tejobucht mit Blick auf Lisabon – zählte man wieder etwa 150000 Teilnehmer, drei Viertel unter dreißig. 35 Delegationen von Bruderparteien und befreundeten Organisationen waren bei der größten Veranstaltung der PCP, die jährlich stattfindet, zugegen. Veranstalter ist die Zeitung „Avante!“. Seit Mai hatten Tausende ihren Urlaub opfernde Genossen und Genossen das große Volksfest der Kommunisten am ersten Septemberwochenende vorbereitet. Vier Fernsehstationen übertrugen das nationale Ereignis, zu dessen Höhepunkten eine Solidaritätsveranstaltung mit dem kämpfenden palästinensischen Volk gehörte, in deren Verlauf sich Yasser Arafat aus seinem belagerten Sitz in Ramallah telefonisch an die Teilnehmer wandte.

Obwohl Portugals herrschende Kreise, einschließlich der rechtsgerichteten Sozialistischen Partei, alle Register ziehen, um die PCP in Schwierigkeiten zu bringen, hat die mit dem Namen Alvaro Cunhals verbundene Partei Angriffe von innen und außen erfolgreich zurückweisen können. Im Jahr 2001 war eine Gruppe ehemaliger Politbüromitglieder (Carlos Brito, Carlos Luis Figueira, Edgar Correia) gegen die marxistisch-leninistische Linie der Partei aufgetreten. Obwohl sie zeitweilig – vor allem unter Intellektuellen – über einen gewissen Einfluß verfügte, mißlangen Bestrebungen, den Parteitag in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Die PCP schloß die zu sozialdemokratischen Auffassungen neigende Gruppierung nach geduldiger Diskussion am Ende aus, worauf die Abweichler eine „reformkommunistische“ Partei gründeten.

Während diese Kräfte rechtsopportunistische Positionen einnehmen, formierte sich „links“ von der PCP der ursprünglich aus trotzkistischen und maoistischen Splitterparteien gebildete Linksblock, der rasch an Zulauf gewann und bei den letzten Wahlen einige Erfolge erzielen konnte. Hier ist eine gewisse Parallelität zu Entwicklungen in Frankreich festzustellen. Dennoch haben sich Prognosen, die PCP werde zwischen beiden Fronten zerrieben und zu einer unbedeutenden Größe herabsinken, nicht bestätigt. Die portugiesischen Kommunisten stellen nach wie vor eine der großen marxistisch-leninistischen Parteien Europas dar, zu denen vor allem auch die für den Zusammenschluß der Bewegung auf internationaler Ebene Vorarbeit leistende KP Griechenlands (KKE) gehört. **S. R.**

Eine Vorhut erweist sich um so mehr als wirkliche Avantgarde, wenn sie es versteht, sich der Klasse und den Massen anzunähern.

ALVARO CUNHAL

„Superdissident“ arbeitete für Kubas Abwehr

Dr. Pedro Véliz ist Internist am Krankenhaus Manuel Fajardo in Havanna. Bis vor kurzem war er einer der bekanntesten Dissidenten, der gegen Kuba eine große Lippe riskierte. Allerdings im Auftrag der kubanischen Behörden, von denen er unter der Bezeichnung „Agent Ernesto“ geführt wurde. Acht Jahre lang bewegte er sich in der obersten Ebene konterrevolutionärer Verschwörer, die von der amerikanischen Mission gesteuert werden. Diese „Dissidenz“ ist mal sichtbarer – so vor einigen Jahren bei der großen Provokation auf der hauptstädtischen Uferstraße Malecon, der Fidel Castro persönlich ein Ende setzte – mal „diskreter“ in Erscheinung getreten. Seit 2002 haben sich die Aktionen des staatsfeindlichen Untergrundes verstärkt. Nach dem Fall Bagdads im April 2003 verkündeten hochrangige USA-Politiker, zuletzt wieder Bush, jetzt komme Kuba an die Reihe.

Für die antikubanische Wühlätigkeit steht der Name des Geschäftsträgers der USA-Mission in Havanna, James Cason. Er organisierte persönlich unzählige Treffen mit kubanischen Konterrevolutionären und war bemüht, antisozialistische Parteien auf die Beine zu bringen.

Dr. Pedro Véliz, ein standhafter Kommunist, der gemeinsam mit anderen Genossen in die Kreise der inneren, von außen gelenkten Feinde Kubas eingedrungen war, nahm wiederholt an Instruktionsstunden mit Cason teil. Ein für die CIA tätiger Nachbar hatte ihn „angeworben“. Dr. Véliz verwandelte sich scheinbar in einen völlig anderen Menschen. Mehr und mehr apathisch, zog er sich schließlich ganz vom

gesellschaftlichen Leben, an dem er vorher regen Anteil genommen hatte, zurück. Er wirkte auf seine Umgebung aggressiv, litt vermeintlich unter Depressionen, die sich in Ausbrüchen gegen andere niederschlugen. Da er sich seiner Frau nicht als Mitarbeiter der kubanischen Staatssicherheit zu erkennen geben durfte, geriet schließlich seine Ehe in Gefahr. Er informierte die Genossen über den Stand der Dinge. Sie wußten Rat. Ana Jorna, die Frau des „Agenten Ernesto“, die die „früheren“ kommunistischen Überzeugungen ihres Mannes teilte, wurde in die Operation einbezogen. Als „Agentin Gabriela“ beteiligte sie sich an der Erkundung des gegnerischen Milieus.

Die beiden Mitarbeiter der Sicherheitsorgane wurden in Dissidentenkreisen hoch bewertet. Dr. Véliz erhielt sogar einen speziellen Paß, der es ihm gestattete, jederzeit durch die Funktionäre der amerikanischen Vertretung empfangen zu werden. Mr. Cason, der Geschäftsträger, lud ihn mit der Creme der Konterrevolutionäre zu Festlichkeiten in sein Haus ein. Doch es kam noch besser. Véliz wurde sogar beauftragt, den Text einer Erklärung zu verfassen, die der Genfer Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in diesem Jahr vorgelegt wurde. In ihr ging es um die Verurteilung Kubas. Der durch die kubanische Staatssicherheit formulierte Wortlaut wurde dann im Ausschuß durch Costa Rica, Peru und Uruguay vorgelegt. Die Amerikaner drängten auf seine Annahme. Das Dokument enthielt eine Reihe falscher Bezeichnungen, die leicht widerlegt werden konnten.

Als es um die Entlarvung der Machenschaften Casons und seines CIA-Teams ging, mußte Kuba die Karten auf den Tisch legen und einige seiner unter die Dissidenten gemischten Mitarbeiter enttarnen. Zu ihnen gehörten auch Dr. Véliz und seine Frau. Sie setzen jetzt den Kampf fort – mit offenem Visier.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Belgien: PTB schuf Institut der Volksärzte



Ihre Gründer waren überwiegend junge Mediziner, die der Schaffung eines volksverbundenen Gesundheitswesens hohe Priorität einräumten. So baute die PTB sukzessive ein viele Bezirke umfassendes Netz kostenloser ärztlicher Betreuungsstationen auf und nannte es „Médecine pour le peuple“ (Medizin für das Volk).

Der Partei angehörende oder ihr nahestehende Ärzte bieten Arbeitern, Arbeitslosen, Studenten, geringer Verdienenden, Asylsuchenden usw. unentgeltlich Konsultationen und Therapien an. (Unser Bild zeigt die kommunistische Ärztin Mie Branders, PTB-Abgeordnete im Bezirksparlament von Hoboken bei Antwerpen, die zu dem geschilderten Netzwerk gehört.)

Neben den Volksmedizinern gibt es inzwischen auch die nach dem gleichen Prinzip organisierte Struktur „Rechtsanwälte für das Volk“.

Mit der Schaffung solcher Einrichtungen für die Nichtbegüterten erleichtert die PTB das Leben vieler Menschen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Die Partei der Arbeit Belgiens (PTB) – eine früher maoistische Partei, die sich zu einer marxistisch-leninistischen Partei entwickelt und durch Massenaktivitäten wie die Teilnahme am Stahlarbeiterkampf von Clabecq Profil gewann – kann dem Erfahrungsschatz der kommunistischen Bewegung sehr Spezifisches hinzufügen.

Wie China mit der SARS-Epidemie fertig wurde

In der Geschichte der Volksrepublik China, die am 1. Oktober 1949 durch Mao Zedong vom Tor des Tian'anmen-Platzes in Beijing ausgerufen wurde, gab es selten eine so schwere Situation zu meistern wie in den Monaten April und Mai 2003, als die SARS-Epidemie (Schweres Akutes Atemwegssyndrom) am stärksten um sich griff. Im ganzen Land und im internationalen Verkehr waren die Kommunikationsmöglichkeiten auf das Notwendigste beschränkt. Das führte zu ernstesten menschlichen Belastungen und spürbaren wirtschaftlichen Verlusten. Vergleichsweise war von der Leitung des Robert-Koch-Instituts zu vernehmen, daß die BRD schon aus personellen Gründen überfordert wäre, die notwendigen Laboruntersuchungen durchzuführen, falls hier eine ähnliche Situation entstünde.

Die chinesische Zentralregierung ergriff, nachdem sich gezeigt hatte, daß es sich nicht um eine gewöhnliche Epidemie handelte, entschlossene Maßnahmen. Sie traten landesweit in Kraft. Der Sonderverwaltungszone Hongkong, die seit Juli 1997 wieder zur VR China gehört, wurden z. B. 1000 Ärzte, Schwestern und Pfleger einschließlich mobiler Krankenhäuser und Lazarette aus dem Bereich der Volksbefreiungsarmee zur Verfügung gestellt, um die dort besonders zugespitzte Situation zu meistern.

Mitte August konnten die letzten SARS-Patienten Chinas geheilt entlassen werden. Die Führung des Landes erwies sich als äußerst lernfähig. Es wurden sofort Schlußfolgerungen gezogen, um durch Vorbeugung eine erneute Epidemie zu verhindern. Die weitere Erforschung des Virus wird an Proben von über 200 Säugetieren aus 27 Arten betrieben, wovon sich auch eine Inspektionsgruppe der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) im Forschungszentrum der Stadt Shenzhen in der südchinesischen Provinz Guangdong im Spätsommer überzeugte. Bisher trat in China kein neuer SARS-Fall auf. Es wurden

umfassende Erkenntnisse zur Prävention gewonnen. Insbesondere seien die Symptome und die Ausbreitung über die Atemwege sowie die richtige Therapie der Krankheit bekannt, konnte festgestellt werden. In Beijing (dort leben etwa 12 Millionen Menschen) wurden Mitte September Vorschriften für ein dreistufiges Warnsystem zur Vermeidung eines erneuten Auftretens von SARS erlassen. Wenig später nahm man die erste ferngesteuerte Isolierstation für schwere Infektionskrankheiten in Betrieb. Sie wurde mit einem hohen Kostenaufwand errichtet und ist mit modernster Medizintechnik ausgestattet.

Die Mitte März 2003 neu gewählte und verjüngte staatliche Führung Chinas hat die komplizierte Situation, zu der noch außergewöhnlich starke Überschwemmungen und Taifune in südlichen und östlichen Landesteilen sowie Dürreschäden in Getreideprovinzen hinzukamen, gut gemeistert.

Wenn man dieses Urteil abgibt, muß man sich dessen bewußt sein, daß die ergriffenen Maßnahmen ein knappes Viertel der Erdbevölkerung mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von derzeit 71,8 Jahren betrafen. Im UNO-Bericht über die Entwicklung der Menschheit des Jahres 2003 heißt es, daß sich China inzwischen im Mittelfeld befindet. Unter den erfaßten 175 Ländern und Gebieten belegt es den 104. Platz. Der Anteil der Armen in China ist dem Bericht zufolge von 33 % in den 90er Jahren auf nunmehr 18 % gesunken. Damit seien 150 Millionen Chinesen im vergangenen Jahrzehnt der Armut entrissen worden. Man stelle sich vor, andere Entwicklungsländer der Erde hätten in solch kurzer Zeit ähnliche Ergebnisse aufzuweisen.

Die VR China überwand die Rückschläge infolge der SARS-Epidemie mit erstaunlichem Erfolg. Der Außenhandel hat bis Ende August 2003 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 36 % auf über 464 Mrd. Euro zugenommen. Insbesondere der Warenaustausch mit den Haupthandels-

partnern Japan, USA und EU konnte seine dynamische Entwicklungstendenz halten. Bei den Exporten erhöhte sich der Anteil der Branchen Maschinenbau und Elektronik. Trotz aller Schwierigkeiten wuchs die Wirtschaft Chinas im 1. Halbjahr um insgesamt 8 %.

Auch die Weltbank korrigierte ihre Prognose für Chinas ökonomische Entwicklung nach oben und hob den wichtigen Beitrag der Volksrepublik für das Wachstum der Weltwirtschaft hervor.

Prof. Dr. Eike Kopf, Beijing

Marxisten-Leninisten gegen Europa-Verfassung

Die Pariser Zeitschrift „Initiative Communiste“, das Blatt der französischen Marxisten-Leninisten, veröffentlichte in ihrer September-Ausgabe einen Beitrag unter der Überschrift „Mit Georges Hage gegen die europäische Verfassung“. Wir zitieren aus diesem Artikel:

Die Mitglieder der Nationalen Föderation der Vereinigungen für die Kommunistische Wiedergeburt (FNARC) haben bei der Unterpräfektur in Lens das „Manifest des 10. Juli“ hinterlegt, dessen erster Unterzeichner Georges Hage, Abgeordneter des Departements Nord und FKP-Fraktionsführer in der Nationalversammlung, ist. Dieses Manifest fordert ein Referendum, das es dem französischen Volk gestatten soll, NEIN zu sagen zur supranationalen Verfassung. Alle Mitglieder der FNARC betrachten es als ihre Aufgabe, Unterschriften unter das Manifest zu sammeln. Der Widerstand gegen die Europäische Union und der Kampf gegen die antisozialen Reformen, die direkt von Brüssel inspiriert sind, bilden eine Einheit.

In einem „Humanité“-Artikel entwickelt Georges Hage eine prinzipielle Argumentation gegen die europäische Verfassung. Sie auf ein Material der FKP-Führung beziehend, das diese Verfassung zwar kritisiert, aber nicht im Prinzip zurückweist, schreibt Hage u. a.: „Was ist das für eine Verfassung? Es handelt sich um einen Text, der die Gesamtheit der Grundrechte definiert und die Regierung eines Landes organisieren soll. Es ist, wie der Name schon andeutet, der Gründungsakt eines Staates.“

Es ist kein Zufall, daß der Entwurf der europäischen Verfassung von einem Konvent redigiert wurde. Die 105 Mitglieder dieses Konvents haben unter der Leitung von Giscard d'Estaing eine Verfassung ausgearbeitet, die einen europäischen Staat begründet, in dem sich die nationale Souveränität der Mitgliedsländer auflöst.

Der offizielle Sprecher der FKP, ein gewisser Gilles Garnier, erging sich in der „Humanité“ vom 6. Juni 2003 in den Worten, der Begriff Verfassung sei ungenau, weil die Europäische Union ‚keine Einheit‘ darstelle. Garnier fügte hinzu, das Projekt der Verfassung müsse von Millionen Händen geschrieben werden. Solche Argumente stiften nur Verwirrung, denn sie verzichten darauf, die Methode und das Prinzip bloßzustellen. Man muß den Begriff der Verfassung entschieden zurückweisen.“

Nach Auffassung von Georges Hage geht es darum, das Projekt überhaupt abzulehnen und die Gründe dafür den Franzosen zu erklären.

Auf dieser Basis können die Kommunisten, die in Opposition zum „eurokonstruktiven“ Kurs der rechtsopportunistischen FKP-Führung stehen, eine Kampagne gegen die europäische Verfassung von der gleichen Breite erreichen, wie sie sich 1992 gegen den Vertrag von Maastricht richtete. „Es ist möglich, das neue Maastrichter Projekt bei einem Referendum zu schlagen, wenn man die sozialen Errungenschaften und die republikanische Nation gleichermaßen verteidigt.“

R. F., gestützt auf „Initiative Communiste“, Paris

W. I. LENIN: WERKE

Die deutsche Ausgabe wurde vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED besorgt und umfaßt 40 Bände, 2 Ergänzungsbände und 2 Registerbände. 1 Exemplar dieser Gesamtausgabe ist gegen eine Spende für den „RotFuchs“-Förderverein abzugeben (der Meistbietende erhält den Zuschlag). Gebote bitte bis 20. November an den „RotFuchs“-Büchersuchdienst, Telefon **030-391 8424**

Spanische Internationalisten an der Seite der Iraker

Im Rahmen einer Initiative, die sich Kampagne für die Aufhebung der Sanktionen gegen Irak (CELSI) nannte, formierten sich seinerzeit in Spanien Brigadas Internacionales „Mohamed Belaidi“. Sie begaben sich seit Mitte Februar 2003 nach Bagdad, um ihre Ablehnung des Krieges und besonders ihre Verurteilung der Teilnahme Spaniens an dieser Aggression sowie ihre Solidarität mit dem irakischen Volk zum Ausdruck zu bringen. Sie handelten so wie der algerische Mechaniker Mohamed Belaidi, der sich 1936 in die Internationalen Brigaden eingereit hatte. Der Sozialist Belaidi teilte die feste Überzeugung, im Kampf für die spanische Republik an der ersten Schlacht gegen die Ausbreitung des Faschismus in Europa teilnehmen zu müssen.

Als eine kleine Ehrung und zur Erinnerung an den arabischen Kämpfer, der am 27. 12. 1936 fiel, als sein Flugzeug, dessen MG-Schütze er war, von Nazi-Jägern abgeschossen wurde, gaben sich die Brigadisten seinen Namen.

Carlos Varea, Koordinator der CELSI-Brigaden in Bagdad, berichtete in der spanischen Presse über die Erlebnisse der Internationalisten: „Alle von uns, die sich nach Irak begaben, können unabhängig von ihrer Einschätzung des dortigen Regimes die freundliche Aufnahme durch das irakische Volk bestätigen. Immer lächelnd beantworteten die Menschen stets die Frage nach dem damals bevorstehenden Krieg mit dem Verweis auf ihren Tagesablauf: Lebend standhalten, arbeiten, studieren, sich widersetzen. So hatten sie es in den zehn Jahren der Sanktionen gehalten.“

Während des Krieges betrachteten uns die Frauen und Männer Bagdads in den Hospitälern und in bombardierten Wohnvierteln nicht als Bürger eines an der Aggression teilnehmenden Landes, sondern als Abgesandte aus einem Freundesland, dessen Bevölkerungsmehrheit gegen den Krieg Bushs, Blairs und Aznars mobil machte. Diese Tatsache war in den Straßen der irakischen Hauptstadt gut bekannt.

Sogar während des Krieges machte Bagdad den Eindruck einer bewundernswürdigen Stadt: Arbeitende Frauen und Männer, Kinder, deren Schulen geschlossen waren, überhäuften uns mit Gesten der Gastfreundschaft. Die öffentlichen Verkehrsmittel fuhrten bis zum „Einmarsch“ der Marines, und die Hospitäler arbeiteten 24 Stunden am Tag. Deshalb wurde Bagdad von den Amerikanern ununterbrochen bombardiert. Man wollte Schrecken verbreiten und die Bevölkerung erbarmungslos einschüchtern. Die Menschen zeigten sich über das Ende der Angriffe nicht erleichtert. Fast

Helden und Märtyrer der Irakischen Kommunistischen Partei, die für die Freiheit und Würde aller Unterdrückten des Landes – Araber, Kurden und Turkmenen – in den Tod gingen. Wird ihr Vermächtnis dadurch gewahrt, daß die IKP-Führung dem USA-Okkupationsrat beigetreten ist?

niemand empfing die Marines als Befreier. So inszenierte das Pentagon vor dem Hotel „Palästina“ das aufgesetzt wirkende Niederreißen der Statue Saddams, um eine illegale Aggression in einen „Befreiungskrieg“ umzumünzen. Die Einwohner Bagdads verstanden die Invasion nicht als eine Frage des Regimewechsels, sondern als neokoloniale Wiedereroberung ihres Landes. Die Besatzungsmächte verlängerten die Phase der Plünderungen und chaotischer Zustände bewußt, um ihre Anwesenheit als „Befriedungsfaktor“ zu rechtfertigen. Neben diesen Bildern brutaler Räuber versuchte die Bush-Administration über ihre Medien, die Bevölkerung als fragmentiert, in ethnische und religiöse Teile zerstritten, darzustellen. Die Ernennung der 25 irakischen Regierungsratsmitglieder durch die Be-

satzungsmacht lieferte ein Beispiel für diese Logik. Das „Modell“, mit dem die USA das Land in die Hand bekommen wollen, hat mit dem Demokratiestreben der irakischen Menschen nichts zu tun. Ebenso wie unser eigenes Demokratiekonzept für Spanien nichts mit den Vorstellungen Aznars zu tun hat, mit seiner Gemeinschaft im „globalen und permanenten Krieg gegen den Terrorismus“. Die irakische Bevölkerung will keine unterwürfigen, durch die Besatzer legitimierten Parteien. Sie verteidigt ihr Recht auf Souveränität und Selbstbestimmung, auf Verfügung über ihre Reichtümer. Dies ist die Essenz des Widerstandes der Iraker gegen die Besatzer und ihr Projekt der Wiederkolonialisierung.

**Übermittelt von
Isolda Bohler, Valencia**



Israel: Angekündigter Mord

Israel ist der einzige Staat, der ganz offen angekündigt hat, daß er einen Präsidenten zu ermorden beabsichtigt. „Arafat kann nicht weiter ein Faktor bei dem sein, was hier geschieht“, erklärte Israels stellvertretender Ministerpräsident Ehud Olmert. „Die Frage ist nur, zu wissen, wie wir unser Ziel erreichen wollen. Ausweisung ist mit Sicherheit eine Option. Ihn zu töten ist ebenso eine Option.“

Die USA-Regierung war wenig empört über die Erklärungen des israelischen Vizepremiers. John Negroponte, Botschafter der Vereinigten Staaten bei der UNO, bekräftigte allerdings, ihm erscheine eine Deportation als die beste Lösung: „Arafat ist ein Teil des Problems. Wir glauben, es wäre das Beste, das Problem zu lösen, indem man ihn diplomatisch isoliert. Die Frage ist nur, wie und wann“, sagte er laut „New York Times“.

Präsident Bush wiederholte, daß ohne eine Ausschaltung Arafats kein Fortschritt möglich sei: „Die Menschen in den Palästinensergebieten müssen verstehen, daß man, wenn man den Frieden will, einen Führer auswählen muß, der sich hundertprozentig im Kampf gegen den Terrorismus engagiert.“ („Washington Post“, 18. 9. 2003)

Die amerikanische Führung geht davon aus, daß politische Morde im stillen vollzogen werden müssen. Das breite Publikum sollte nicht informiert sein. Und vor allem dürfe man ein solches Ereignis nicht vorher ankündigen. Das ist der Grund dafür, daß Washington die Methode der totalen Isolierung Arafats bevorzugt. Doch Präsident Arafat ist durch das palästinensische Volk gewählt worden. Die amerikanische Regierung gibt vor, die Demokratie in der

ganzen Welt zu verteidigen. Dessenungeachtet möchte sie darüber bestimmen, wer Präsident oder Ministerpräsident in jenem Land sein soll.

Unterdessen haben die Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat die sehr maßvoll gehaltene Resolution Syriens durch ihr Veto blockiert. In ihr war als zweiter Punkt die Forderung enthalten, „die Besatzungsmacht zu zwingen, auf jeden Akt der Deportation und der Bedrohung der Sicherheit des gewählten Präsidenten der palästinensischen Autorität zu verzichten“.

Man muß verlangen, daß die Europäische Union reagiert. Ist es nicht an der Zeit, ökonomische und diplomatische Sanktionen gegen Israel zu ergreifen? Warum fordert niemand die Entsendung von UNO-Blauhelmen, um den Palästinenserpräsidenten zu schützen?

**Luc Vancauwenberge,
Nachdruck aus: „Solidaire“,
Brüssel**

Als Archie eine Kochstube in der Berliner Zionskirchstraße bezog

Tante Wanda

Als Archie vor fast genau einem halben Jahrhundert nach Berlin, der Hauptstadt der DDR, zum Studium kam, fand er leider längere Zeit kein passendes Studierzimmer. Die preiswerten Studentenwohnheime mit Vollpension, alle weiter draußen, waren überfüllt mit Arbeiter- und Bauernkindern beiderlei Geschlechts. Gute Buden mit toleranten Zimmerwirtinnen waren rar, die Wohnungsnot allgemein enorm. Und so landete Archie nach einigem Hin- und Herziehen in einer sogenannten Kochstube, Hinterhof, mit Gaskocher, einflammig, Ausguß und Kanonenofen, nicht möbliert, für unter 15 Mark der DDR Monatsmiete. Archie war stolz auf den eigenen Mietvertrag, den er einer rothaarigen jungen Schönheit von der KVV (Kommunale Wohnungsverwaltung) verdankte. Schauplatz war die Zionskirchstraße links vom Weinbergsweg, den die Straßenbahn am Heine-Denkmal vorbei hinaufquietschte. Von der Haustür aus gesehen stand links die Zionskirche, davor das „Café Wellblech“, ein später abgerissenes Pissoir. Toilette war eine Treppe tiefer und Mitbenutzerin derselben Wanda Butkus, genannt Tante Wanda, ein halbes Jahrhundert älter als Archie. Sie bot ihm auch Küchenbenutzung an, wovon er aber selten Gebrauch machte. Seine Kochstube ging vom Korridor der rüstigen Rentnerin ab, so daß sie de facto beide in einer Wohnung lebten.

Tante Wanda war in den 20er Jahren aus Ostpreußen gekommen, wo sich ihr Mann „totgeklammert“ hatte. Klammern war ein Kartenspiel, bei dem er alles verlor, worauf er sich erschoss. Mehr erzählte sie nicht. Sie trug stets ein Kapotthütchen mit Kirschen, Kirschohrringe und legte Rouge auf Mund und Wangen. Klein und drahtig, fast hager, beweglich und schnell lief sie leicht über den „Onkel“. Bei bekannten Schauspielern in Ost und West ging sie putzen und gab dazu noch in der Schule um die Ecke Essen aus. Wenn Archie krank war, brachte sie ihm etwas davon in einem Wehrmachtskochgeschirr und holte ihm Medizin aus der Apotheke. Als sogenannte Schnapsdrossel zog sie mit Hündchen Bello am Abend durch diverse Kneipen. In der Destille gegenüber war sie „Stamm“. Zu später Stunde sang sie dort oft „In Argentinien unter spanischen Alleen, da tanzt es sich so wunderschön“. Ein älterer pensionierter Kellner, mit dem sie ein Verhältnis hatte, spielte auf einem schrägen Klavier.

Archie half ihr seinerseits so gut er konnte. Wenn sie um Mitternacht noch nicht zu Hause in ihrem knarrenden Bett lag, wo sie vom Rauchen hustete – sie schliefen quasi Wand an Wand –, ging er sie suchen. Mal holte er sie aus der Kneipe, wo sie, schon leicht benebelt, immer noch eine Gesangszugabe am Klavier machte, mal hatte sie Bello um die Laterne gewickelt, mit der Leine um die Beine. Manchmal kam sie auch mit zwei anderen älteren Damen von

einer Veranstaltung der Volkssolidarität, machte Krach, kochte Kaffee nach Mitternacht, sang dabei mit lauter Stimme, und die beiden Veteraninnen trällerten im Chor dazu. Da kam es schon mal zum Generationenkonflikt, weil Archie früh aus den Federn mußte.

Gelegentlich rettete er ihr auch das Leben. Periodisch, im Weltschmerz, bedrückt vom Alter, ging sie auf den Hausboden, um sich auf den Hinterhof zu stürzen. Wenn er von der Uni kam, hieß es: Tante Wanda steht wieder auf dem Dachboden! Archie stieg vom Motorrad, schnappte sich Bello und stürmte nach oben: „Tante Wanda, Sie müssen erst Bello runterwerfen, wer soll sich sonst um ihn kümmern?“ Eine Stunde später saßen sie in der Destille, Tante Wanda schmiß eine Lage und sang dazu, und die halbe Zionskirchstraße tanzte Tango, argentinisch.

Später, in den 70er Jahren, wurde sie vorübergehend ausgesiedelt, weil ihre Straßenseite rekonstruiert werden sollte. Tante Wanda ging nun immer die Bauarbeiter antreiben, erzählten die Nachbarn. Archie fuhr sie gelegentlich besuchen. Er hatte inzwischen helle Räume der Arbei-

terwohnungsbaugenossenschaft (AWG) in einem entfernten Stadtbezirk bezogen.

Aus der Kochstube entstand eine Naßzelle für Tante Wanda, mit Innentoilette und Dusche.

Sie erlebte jedoch das Ende der Rekonstruktion nicht, sondern fiel hochbetagt in ihrem Hofeingang, wo sie öfter stand, tot um. Die Bauarbeiter legten Bretter auf zwei Böcke als Bahre für Tante Wanda, die Anwohner warfen Blumen aus dem Fenster auf den Hinterhof und trugen sie auch gemeinsam zu Grabe. Eine Drehorgel von der Firma Bacigalupo aus der Schönhauser Allee spielte dazu den Argentinien-Schlager.

Archie war zu Tränen gerührt, als er davon hörte. Er hatte immer vor, die Szene in einem Film der DEFA, bei der er als Dramaturg arbeitete, zu wiederholen, aber man wollte sie ihm nicht glauben, und doch war es wahr gewesen. Aber es kommt gewiß nie wieder so etwas vor an der Zionskirchstraße in Berlin, der ehemaligen Hauptstadt der DDR!

Wieso fällt Archie ausgerechnet jetzt diese Geschichte ständig wieder ein? Nur Langzeitgedächtnis? **Manfred Hocke**

Heinrich Heine: Bundestagsordnungen

Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge der Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verhetzen, das große Völkerbündnis, die heilige Allianz der Nationen, kommt zustande, wir brauchen aus wechselseitigem Mißtrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend Mördern mehr zu füttern, wir benutzen zum Pflug ihre Schwerter und Rosse, und wir erlangen Friede und Wohlstand und Freiheit. Dieser Wirksamkeit bleibt mein Leben gewidmet ...

Dank für hohen Einsatz

Der Vorstand des RF-Fördervereins
dankt dem bisherigen Kassierer,

Genossen Wolfgang Metzger

der in anderer Funktion dem Gremium
weiterhin angehört,
für seine große Einsatzbereitschaft
und die vollbrachte Leistung.

Das von ihm eingerichtete Konto ist wie bisher das Vereinskonto für alle Mitgliedsbeiträge, Spenden und sonstigen Zuwendungen.

Ja, wir sind wieder Düppes geworden, und wir müssen eingestehen, daß die Lüge wieder einen großen Triumph erfochten und neue Lorbeeren eingeerntet. In der Tat, wir sind die Besiegten, und seit die heroische Überlistung auch offiziell beurkundet worden (...), erkrankt uns das Herz in der Brust vor Kummer und Zorn ...

Nie ist ein Volk von seinen Machthabern grausamer verhöhnt worden. Nicht bloß, daß jene Bundestagsordnungen voraussetzen, wir ließen uns alles gefallen – man möchte uns dabei noch einreden, es geschehe uns ja eigentlich gar kein Leid oder Unrecht.

Wenn ihr aber auch mit Zuversicht auf knechtische Unterwürfigkeit rechnen durftet, so hattet ihr doch kein Recht, uns für Dummköpfe zu halten ...

Diese unverdiente Beleidigung, daß ihr uns für noch dümmer gehalten, als ihr selber seid, und euch einbildet, uns täuschen zu können, das ist die schlimmere Beleidigung, die ihr uns zugefügt in Gegenwart der umstehenden Völker ...

Aus: **Vorrede, Französische Zustände, geschrieben zu Paris, den 18. Oktober 1832**

Gefunden und ausgewählt von Klaus J. Hesse

Eine Reportage – 13 Jahre „danach“ (2)

Zwei Wessis auf Osttour

Wir „erobern“ weiter die „untergegangene“ DDR. Stollberg soll ein ansehnlicher Flecken sein. „Müßt ihr gesehen haben, Freunde.“ Wir fahren hin und sind überwältigt von der Schönheit der Fachwerkhäuser. Beide Kameras klicken, was das Zeug hält. „Mensch, hier müßte man wohnen können!“ Doch wie schreibt er sich nun wirklich, der Thomas Müntzer? Mit „t“ oder ohne? Auch Wurscht, wir haben ihn als Revolutionär eingeordnet – wäre er sonst hingerichtet worden? Weiter, wir haben Urlaub, aber keine Zeit. Ein paar Kilometer südlich liegt Heimkehle, ein Schauhöhlenmuseum mit glasklaren Seen unter riesigen Hohlräumen mit vielen Fledermäusen. In dieser gewaltigen Gipshöhle liegen Blumen und Kränze vor einem außergewöhnlichen Denkmal. Der Museumsführer leuchtet es aus, schweigt. Bei hoher Luftfeuchtigkeit und niedrigen Temperaturen wurden hier Menschen für die faschistische Kriegsflugzeugindustrie ausgebeutet, erklärt er dann mit gedämpfter Stimme. Das ist keine rührselige Verstellung. Wieder unter blauem Himmel hält er auch nicht die Hand auf, wie wir es nach Führungen gewohnt sind. Etwas abseits kommen wir drei in ein Allerweltsgespräch mit dem Ergebnis, daß er uns zwei schöne Stücke rosa gefärbten Fasergips schenkt. Er erklärt uns den Weg nach Rottleberode und gibt uns einen Geheimtip, wo wir nach Marienglas und Gipskristallen suchen können. (Wir sind fündig geworden, die Achsen des Lada haben gehalten.)

Am anderen Tag geht's in aller Frühe nach Quedlinburg. Zuerst auf den Burgberg, um einen Überblick, Quatsch: einen Ausblick zu haben. Eine herrliche Aussicht, doch wo bekommen wir zu so früher Stunde Erklärungen und Auskunft her? „Da!“ Da ist außer uns noch jemand, der mit auf dem Rücken verschränkten Armen die Stiftskirche St. Servatius gemessenen Schrittes

umkreist. Man muß mit den Menschen sprechen. „Guten Morgen“, sagt Rosl, „können Sie uns etwas über diese romanische Kirche erzählen? Wir sind aus der BRD.“ Er kann, und er tut es beflissen. Mir prägt sich ein, daß die SS noch vor dem 2. Weltkrieg die Herausgabe der Kirchenschlüssel erzwang. Die Kirche wurde ausgeraubt und zu einer „nationalsozialistischen Weihestätte“ umgewandelt; Altar, Kanzel und Gestühl wurden abgerissen. Erst nach Kriegsende konnte die Domgemeinde wieder in ihr Gotteshaus einziehen – unter der „Herrschaft“ von Kommunisten. Die Kirche ist geschlossen, kann innen nicht besichtigt werden. Also runter in die Stadt. Überall wird geschichtsträchtiges Fachwerk restauriert, wiederaufgebaut – und das nicht von unfehlbaren Alleskönnern aus dem Westen! Über buckliges Kopfsteinpflaster trottet eine Schar noch nicht schulpflichtiger Kinder. In ihren roten Mützen völlig gleichgeschaltet schnattern und jauchzen sie sogar. Bestimmt, weil sie den dogmatischen Eltern wenigstens während deren Arbeitszeit entzogen sind. Eine zweite singende Gruppe biegt um die Ecke, die unsere mit dem Schwanz wedelnde Krabbel streicheln will. So viele Kinder auf einem Haufen – werden die Kleinen in dieser anbrechenden Blütezeit dem Elternhaus vom Staat etwa immernoch entzogen? – Wie wird diese altehrwürdige Stadt schön bunt aussehen mit der Faszination der Coca-Cola-Reklame und Pappnasen auf Kinderfesten von McDonald! – Wehmütig knipsen wir die Knirpse. Los, weiter, wir schaffen heute spielend noch Halberstadt. Weit vor der Stadt halten wir schon an, um die imposante Silhouette mit den vielen Kirchtürmen als eigenes Bild auf Zelluloid zu bannen. In der Stadt jedoch stehen viele Kirchen in grauer Melancholie. Ein halbverschmortes Portal, Schiefertürme durch Feuerfuren abgedeckt, zerborstene

Wände aus mächtigen Steinquadern, von Bombensplittern genarbt und von Phosphor geräuchert. Diese christliche Kulturstätte wurde auf den Tag genau nur einen Monat vor dem Ende des Terrors durch Terrorangriffe aus der Luft in Schutt und Asche gelegt. Im Stadtzentrum wurden an die siebenhundert historische Fachwerkhäuser vernichtet. Diese betagten Gebäude mit den mittelalterlichen Gotteshäusern mußten wohl kriegsentscheidend mitsamt der kriegsmüden Zivilbevölkerung noch vor dem Ende der braunen Schreckensherrschaft abgepackelt werden. Arbeiterwohnhäuser und sakrale Bauten – alle zerstört, verwüstet, verbrannt wie

Sodom und Gomorrha. Es ist Mittagszeit, wir haben keinen Hunger mehr. Mit schalen Empfindungen machen wir uns auf den Weg nach Wernigerode. – Welch Gegensatz, welch wunderschöner Ort, welch ersehnten Gefühlschwung erfahren wir hier. Diese städtische Idylle kann man in einer nüchternen Reportage nicht schildern, die muß man gesehen und erlebt haben, kann man als Fremder in wenigen Stunden nicht mal eben auf die Schnelle erhaschen. Allein dieses prächtige Rathaus mit Worten zu beschreiben ... da muß man selbst hinfahren, sich innen und außen umtun. Wir finden das kleinste Haus, das schiefe Haus ... über allem thront natürlich auch ein Schloß. Wernigerode ist unbeschreiblich schön. Wir lassen uns treiben, schlendern zwischen friedlichen Menschen, setzen uns auf Bänke, genießen die Sonne und sind glücklich; ich will heute keine unerträglichen Gedanken mehr aufkommen lassen. „Was passiert, wenn diese Stadt von Cola, Quelle und Benzinschwaden überflutet wird?“ denkt Rosl laut. „Laß uns dieses Milieu noch ein wenig genießen“, antworte ich, „morgen wollen wir doch nach Nordhausen.“

KZ Mittelbau-Dora. Um die Gedenkstätte kümmern sich ehrenamtlich ein paar Genossen. Hier wurden in Stollen des Kohnsteins „Vergeltungsraketen“ (V1 und V2) von Gefangenen aus einundzwanzig Nationen produziert und montiert. Ihr smarter Konstrukteur war Werner Freiherr von Braun, der von den US-Amerikanern übergangslos für Dollars angeheuert wurde, um der westlichen Freiheit neuerdings für den Fortschritt zu dienen. (Seine Besuche in Dora-Mittelbau sind von den Nazis filmisch dokumentiert worden.) Im Januar 1944 verließen die ersten Raketen diese Mordfabrik, um in Richtung London zu starten und willkürlich zu töten. Im gleichen Monat kamen im Lager fast 700 Häftlinge zu Tode; auf dem Appellplatz erhängt, erschossen, erschlagen, im Krematorium verbrannt; die Asche achtlos in die Gegend gekippt, Schlaglöcher damit aufgefüllt. Und das deutsche Volk sah die Kondensstreifen der hochsteigenden Raketen, hoffte auf vorgegaukelte Wunderwaffen, glaubte den verderblichen Lügen im Wehrmachtsbericht und stand noch treu zu seinem Führer. Anfang April 1945 begannen die grausamen Todesmärsche in Thüringen, im Harz; überall wurden die ausgehungerten Elendsgestalten von der Bevölkerung gesehen. Man guckte weg. Ein Eintrag im Gästebuch der Gedenkstätte Dora-Mittelbau vom September 1990: „Nach der ‚friedlichen Revolution in der sogenannten DDR‘ wäre es an der Zeit, diesen Ort seiner ehemaligen Bestimmung neu zu weihen und gewisse Leute zu den damaligen Bedingungen zu internieren! Heil Hitler! M. R. Grunzel, Kolbermoor, Bayern“ Der fruchtbare Schoß der BRD ...

Hans-Dieter Hesse



In der Apotheke: „Sie sind gegen Reisekrankheit ...“ „Ich bekomme keine Reisekrankheit...“ „Doch, wenn Sie diese Tabletten nehmen.“

Aus: „The Guardian“, Sydney

Post von Karl Mundstock

Mich hat erfreut, daß der „RotFuchs“ bei aller räumlichen Beschränkung den Malern Martina Dost und Klaus Parche sowie kürzlich dem Schriftsteller Ger-

hard Schmidt für seine „Geisterstunde“ eine ganze Seite eingeräumt hat. Was ich Euch vorlege, erhebt sich nicht zur Höhe der Philosophie, verlangt dafür vom Leser auch keine Kletterkünste. Historisch könnte man unsre Epoche mit der Frankreichs nach dem Tode von Lud-

wig XIV. vergleichen: Von den Siegeshöhen des „Sonnenkönigs“ stürzte es in das von ihm hinterlassene Schuldenloch. Der Keim zur Empörung war gelegt, aber er mußte ein Jahrhundert im Boden wachsen, bis er zur Revolution ausbrach.

Karl Mundstock

Fritzens Auferstehungen

Viel tode hinter sich hat mutters einziger, der Fritz, ist, auferstehungswunder, immer wieder rausgekrochen aus bunkerloch, herz hämmerte, doch waren heil die knochen, noch mal davongekommen, lachte er wie übern witz.

Ein führer, wie nach bombennacht Fritz just im bett und schlief, im frühling fünfundvierzig, als im frost die knospen sprangen, bedurft für seine endschlacht, die verlorn, bevor sie angefangen, primanerjahrgang Fritzens, den mama noch Fritzchen rief.

Gefolgsmann klassenprimus, mit nullacht und ehrendolch am koppel, bracht den befehl zum letzten aufgebote, im türschlitz fing frau Hinz ihn ab, sie mach noch vesperbrote, ab schob sie – „Fritz kommt nach, geh du voraus“ – den braunen molch.

Zu onkels laube abzuhaun, bugsiert zum hinterhof sie Fritz durch hintertürn. Doch wie der runter von der mauer des grundstücks, steht, nullacht im anschlag, primus auf der lauer, treudeutsch und kackebraun war der, ein streber, doch nicht doof.

Nach kurzem drill hat Fritz, im rücken primus mit MPi, mit panzerfaust auf stahlkolosse sein verkürztes leben, daß seiner führer kasse stimme, selig hinzugeben – absetzen vorn und hinten im visier, ihr hammel, wie?

Auch Fritzen hätt' die schießerei todsicher umgebracht. Dank sprüngen, sprints ums leben bei zu magren kriegsrationen war er als ziel zu dünn für flieger-MGs und kanonen, einsam weilt er mit panzerfaust im leichenfeld der schlacht.

Hergeben durfte er laut vorschrift die als leiche nur, da sprang im pulverdampf vom tank ein russki wie vom himmel: „Gib her dein spielzeug, Fritzzi, krieg kaputt. Schwänzt schul, du lümmel?“ Der kannt beim namen ihn, da stellte Fritze sich nicht stur.

So auferstand er wie zuvor aus kellern, gräben oft fern in Sibirien, wo er an die hundert bäume fällte und in gesprächen nach dem schaffen sich sein geist erhellte, da wurde heimgekehrt er für den primus unverhofft.

Das erste, was er unternahm – bitt euch, es zu verzeihn, beim schaffen in der Taiga ging ihm futsch die politesse –, er hieb dem nicht mehr braunen rottenprimus in die fresse, trat ihm vom tode auferstanden in den arsch hinein.

Der Fritz ist alt geworden, doch geht aufrecht ohne stock, sein leben nach verpfuschter jugend ist erfüllt gewesen von arbeit, lernen, Frau und Kindern, noch mehr arbeit, lesen, musik, theater, studium, wandern, auch von dunklem Bock.

Hin ward, was er ersonnen in so mancher taiganacht, erstand im staub von neunundachtzger wende-niederrissen wie einst im pulverdampf verlorn schlacht im ungewissen, doch springt kein russki wie vom himmel, selbst ruft er sich zu:
A U F G E W A C H T !

Karl Mundstock

Der Mantel

Kühl ist die Nacht nach einem Sonnentag. Kein Mantel spendet Wärme dem, der ihn nicht hat.

Ein Tag, der mit dem Morgen schon die Nacht verkündet, bringt keine Wärme, weil die Sonne schwindet.

Kalt ist die Nacht nach einem sonnenlosen Tag. Ein Mantel wärmt nur den, der ihn auch hat.

Hans-Dieter Krüger (1990)

75

Zum ● Geburtstag unseres Freundes, Genossen, Autors, Lesers, Gesprächs- und Interviewpartners, des nam- und standhaften DDR-Schriftstellers

Gerhard Bengsch

am 24. November 2003
übermittelt der „RotFuchs“ ihm und Mitstreiterin Annabella den herzlichen Gruß vieler Krauses.

Sehr herzlich beglückwünschen Verein und Redaktion die Veteranen der deutschen kommunistischen Bewegung

Dr. Kurt Gossweiler (86)
und **Herbert Thomas (91)**
beide aus Berlin,
die sich große Verdienste um unsere Sache erworben haben, zu ihren Geburtstagen
am **5. November 2003**
bzw. am **29. November 2003**.
Nicht minder herzliche Glückwünsche gehen an unsere Mitglieder

Ursel Held
aus Neu Darchau
die am **13. November 2003**
ihr **75. Lebensjahr** vollendet, und

Peter Schellenberger
aus Marienberg,
der am **8. November 2003**
seinen **65. Geburtstag** begeht.

Leserbriefe an RotFuchs



Hallo, liebe, liebe Füchsinnen, Füchse und Welpen, als unser properer „RotFuchs“ noch ein tollkühnes Welplein war, fand ich schon in seinem Bau, bei seiner wachsenden Familie, Unterschlupf oder Zuflucht. Als ich nun die überwältigende Mitgliederversammlung am Berliner Franz-Mehring-Platz in der „Höhle der ergrauten ND-Wölfe“ erlebte, da war das für mich wie eine Frischluftzufuhr, eine Sauerstoffmehrschritt-Therapie im Intensivformat. Sie zeigte mir aber auch, daß unser „Fuchsbau“ mehr geworden ist als Unterschlupf- und Zufluchtsort. Eine quicklebendige und fruchtbare Brutstätte ist hier entstanden, aus der mehr und mehr Früchte aus den alten bewährten Keimen zum Wohle werktätiger Menschen sprießen sollten. Deshalb ist für mich der „RotFuchs“ auch der Ort, wo ich mir die Puste hole, mit der ich mir andernorts Luft verschaffe. Ergo habe ich wie die Taucher die Sauerstoff-Flasche den „RotFuchs“-Rucksack auf dem Rücken. (...) **Torsten Preußing, Berlin**

Ihr habt etwas geschafft, das Ihr bestimmt nicht beabsichtigt hattet: Der 3. Oktober wurde für mich ein Freudentag. Am 2. hielt ich den Umschlag mit drei „RotFuchs“-Ausgaben in Händen. Natürlich begann ich sofort darin zu lesen und freute mich schon auf den nächsten Tag. Da würde ich wesentlich mehr Zeit haben. Endlich wieder linke Meinungen auf Papier. Ich habe Euch im Internet entdeckt und wußte, was ich erwarten durfte. Aber als Zeitung ist es doch etwas anderes. Ich hätte mir nie träumen lassen, daß ich mich einmal so auf eine linke Zeitschrift freuen würde. Zu DDR-Zeiten hätte ich gern ein einziges Mal einen „Spiegel“ in der Hand gehabt. Es war mir nicht vergönnt. Heute reizt er mich nicht mehr.

Es ist schön, in der jetzigen Zeit Artikel zu lesen, die die DDR würdigen, ohne sie zu glorifizieren, und die angesichts des in vielen Medien vorherrschenden neoliberalen Grundtons die Fakten auf den Punkt bringen.

Der RF beweist, daß auch in einem sozialistischen Blatt differierende Meinungen geäußert werden können. Leider haben wir, als der Sozialismus noch real war, diese Chance nicht gehabt. Unsere Öffentlichkeitsarbeit war katastrophal und endete auch so.

Ich freue mich jetzt schon auf weitere interessante Ausgaben des „RotFuchs“ und wünsche Ihnen alles Gute und weiter Erfolg bei der Arbeit. Mit über 8000 Lesern dürften Sie eine der am weitesten verbreiteten deutschsprachigen sozialistischen Zeitschriften sein.

Peter Kosmalla, Letzendorf

Der Leitartikel im September-RF („Die große Koalition“), für dessen Inhalt ich danke, charakterisiert trefflich die derzeitige Situation in der BRD. (...)

Die Forderung nach einer massengestützten revolutionären Partei, die sich vom Marxismus leiten läßt, ist von höchster Aktualität und Priorität. Doch schon mit der Forderung nach Vereinigung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch stellen sich viele Fragen nach dem Wer und Wie und drängen auf Beantwortung. Ist der RF Geburtshelfer und Träger bei der Bildung dieser revolutionären Partei? Welche Initiativen sind notwendig, um linken PDS-Mit-

gliedern, welche den Kurs der Anbiederung an die SPD nicht mittragen wollen, eine neue politische Heimat zu schaffen? Dieses gilt gleichermaßen auch für solche SPD-Mitglieder, die aus Protest gegen den rigorosen Sozialabbau ihre Partei bereits verlassen haben oder verlassen werden. Wie können z. B. die derzeitigen unterschiedlichen Aktionen (Rentnerwiderstand, Montagsdemonstrationen, Friedensinitiativen usw.) Unterstützung und Bündelung finden? Mit welchen Methoden könnten die ca. 4,3 Millionen Arbeitslosen zu gezielten Protesten veranlaßt werden?

Wie notwendig die Forderung nach einer massengestützten revolutionären Partei ist, verdeutlicht auch die letzte Landtagswahl in Bayern. Obwohl die Wahlbeteiligung nicht einmal 60 % betragen hat, läßt sich die CSU als grandioser Sieger feiern. Jene Menschen, die aus Politikverdrossenheit, eventuell auch aus Bequemlichkeit, nicht gewählt haben, gilt es deutschlandweit bis zur nächsten Bundestagswahl zu mobilisieren. Ob sich die Medien wohl auch taubstumm verhalten hätten, wenn bei der Wahl in Bayern über 40 % der Stimmzettel ungültig gewesen wären? (...)

Dr. Rudolf Druх, Dessau

Es hat mich gefreut, im „RotFuchs“ einen Artikel über meinen Hamburger Stadtteil Farmsen zu lesen. Ich gehörte der darin erwähnten Friedensinitiative als bekanntes Mitglied der DKP an. Ich habe die Geschichte des Günther H. von der durch die Nazis verfolgten Swing-Jugend, der im Grunde ein völlig unpolitischer Mensch war, aufgearbeitet und im Festsaal des Pflegeheimes vorgetragen.

Außerdem war ich noch aus einem anderen Grund kompetent. Mein Vater war viele Jahre arbeitslos und mußte von Zeit zu Zeit sogenannte Pflichtarbeit verrichten, für einen Stundenlohn von 25 Pfennigen. Diese Arbeit leistete er auf dem erwähnten Gut an der Karshöhe. Dort wurden auch unliebsame junge Frauen eingesetzt, die zwar schufteten sollten, aber nichts zu essen bekamen. Mein Vater bettelte meine Mutter immer wieder an, ihm Brot für diese Frauen mitzugeben.

Günther H. hatte einmal versucht, aus dem „Heim“ wegzulaufen, wurde aber wieder eingefangen und von Steigerthal zusammengeschlagen und für acht Tage und Nächte in einem kalten Kellerloch eingesperrt. Seine Eltern waren auch ins KZ verschleppt worden. Er hat sie nie wiedergesehen.

Ich war nicht nur in der Friedensinitiative und in der DKP aktiv, sondern auch im Farmseener Turnverein (FTV). 1987 fand die Aktion „Sportler für den Frieden“ statt. Ich hatte zur Jahreshauptversammlung des FTV einen schriftlichen Antrag eingebracht, daß sich der Verein beteiligen sollte. Doch mein Antrag kam gar nicht erst auf die Tagesordnung. Ich forderte ihn ein und erhielt von einigen Sportkameraden Unterstützung. Eine junge Übungsleiterin wollte alles mit mir organisieren. Wir von der FI stellten schöne Plakate her, die wir gut sichtbar anbrachten. Es war alles geregelt, und ich reiste für zwei Wochen in die DDR zu einer Jugendweihe. Voller Tatendrang kam ich zurück. Jörg, ein Friedensfreund, rief mich an: „Die Plakate sind alle überklebt.“ Ich begab mich sofort ins Büro des FTV. Die Geschäftsführerin, dieselbe Person, die meinen schriftlichen Antrag unterschlagen hatte, fuhr mich an: „Sie haben ja nicht gesagt, daß das eine kommunistische Aktion ist! Geben Sie zu, daß Sie in der DKP sind, ich sage ja auch, daß ich in der FDP bin.“ Meine Antwort war, daß es nicht darum gehe, wer in welcher Partei

sei; gemeinsam müsse man den Frieden schützen. (...) **Elsa Schmidt, Hamburg**

Zurück in New York, war ich überrascht, so bald eine Ausgabe des „RotFuchs“ zu erhalten. Danke. Ich las auch die Leserbriefe, wobei ich auf den Brief von Dr. Heinz Senenko stieß, der um Informationen über Störsender bat, die Nazi-Sendungen unterbrachen. Ich möchte auf einen solchen Störsender aufmerksam machen, der Hitlers Silvesteransprache am 31. Dezember 1944 attackierte. Der volle Text ist vom Deutschen Historischen Museum ins Internet gestellt worden: http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/hitler_silvester/

Ich wünsche Euch weiterhin viel Glück mit dem „RotFuchs“.

Anthony Giacchino, New York

Liebe „RotFüchse“, Genossen und Freunde, herzlichen Dank für die neue Ausgabe des RF, die gestern bei mir ankam. Ich werde die Zeitschrift sicher in den nächsten Tagen mit Interesse und Vergnügen lesen und bedanke mich an dieser Stelle schon dafür.

Mit tropisch-sozialistischen Grüßen

Frank-Reginald Everts, Managua

Im Oktober-„RotFuchs“ hat Horst Schneider anhand des Dresdner Parteitages der SPD von 1903 nachgewiesen, daß es sich lohnt, Vergleiche anzustellen und Lehren zu ziehen. (...)

Ein kleines Charakterbild läßt das ganze Ausmaß der Gefahr des Revisionismus, vor der August Bebel auf diesem Parteitag warnte, deutlich erkennen. Eines Tages machte Marschall Pilsudski, Oberkommandierender der polnischen Armee, einen offiziellen Besuch in Paris. Er wurde am Bahnhof von Premier Briand empfangen, der damals zum siebenten Male Ministerpräsident war. Briand begleitete den distinguierten Gast zu einem Diner beim Präsidenten der Republik, Alexander Millerand. Das Diner trug einen höchst offiziellen Charakter und verlief infolgedessen äußerst steif. Als man beim Kaffee angelangt war, versuchte Briand die Unterhaltung etwas aufzulockern, indem er Herrn Millerand, der bekanntlich dem konservativen Bloc National seine Wahl zum Präsidenten verdankte, daran erinnerte, daß sie sich alle drei schon früher einmal begegnet seien. Herr Millerand, der sich dieser Begegnung nicht erinnern konnte, fragte, wann und wo das denn gewesen sei, worauf Briand so ganz obenhin antwortete: „Ach, das war damals in Amsterdam, als wir alle drei Delegierte beim zweiten Kongreß der Internationale waren.“ Und dann fügte er in seiner lässigen Art hinzu: „Unser Genosse Pilsudski ist Marschall geworden, Sie sind Präsident einer Republik der Bourgeoisie, deren Premierminister ich selbst bin. Da sehen Sie, was wir drei dem Sozialismus zu verdanken haben!“

Hier zeigt sich die verderbliche Logik des Revisionismus. Das Auftreten Bebels fand übrigens in der Partei großen Widerhall. Die Leipziger Volkszeitung schrieb am 26. 9. 1903: „Bebel hat endlich das ausgesprochen, was ist. Nein, wir sind nicht mehr so geschlossen und einheitlich wie vor zehn, ja wie sogar vor fünf Jahren.“

Es lohnt sich wirklich, Vergleiche anzustellen und Lehren zu ziehen.

Doz. i. R. Dr. Woldemar Wagner, Markleberg

Bereits zum 11. Mal verlebten wir schöne und erinnerungsreiche Tage in der Lüneburger Heide, erst als Helfer und jetzt als Feriengäste. Es gibt dort nämlich das Wohn-

und Ferienheim „Heideruh“, das eine Reise wert ist.

Im Jahre 1945 von Antifaschisten gegründet, war es in erster Linie eine Stätte der Erholung für VVN-Kameraden, die sich nach den grausamen Jahren der faschistischen Diktatur ihr eigenes Heim schufen und betrieben. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Nach der „Wiedervereinigung“ hat sich der Kreis der Urlauber noch vergrößert. Hier haben sich Gleichgesinnte gefunden und wirken gemeinsam unter dem Motto des Heimes: „Daß niemals geschehe, was gestern geschah!“ Diesem Engagement hat auch unser Genosse Klaus Huhn mit dem Spotless-Buch „Fünf Sterne für Heideruh“ ein Denkmal gesetzt.

Wer die Waldluft und die Stille dort genießen, mit Gleichgesinnten in Gedankenaustausch treten, sehenswerte Städte und Landschaften der Lüneburger Heide, das Alte Land und Hamburg kennenlernen möchte, der ist hier richtig. Die Adresse: Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i. d. Nordheide, Tel.: 0 41 81/87 26

**Ursula und Hans Maluck,
Neubrandenburg**

Dem Leserbrief von Prof. Werner Roß (September-RF) gilt meine ungeteilte Zustimmung. Die notwendige innere Einigung der fortschrittlichen Kräfte unseres Landes kann unter den heutigen Bedingungen niemals, selbst wenn es formell dazu käme, durch eine Fusion der innerhalb Deutschlands bestehenden Linksparteien Wirklichkeit werden. Vielmehr könnten sich entstandene Fehlentwicklungen dadurch nur verstärken. Wie beim DGB – siehe das Entstehen von ver.di – käme kein wirklicher Qualitätsgewinn heraus, obwohl ein solcher Zusammenschluß als „Fortschritt an sich“ deklariert würde.

Werner Roß merkt in seinem Schreiben richtigerweise an, daß man sich schon heute mit möglichen bzw. wahrscheinlichen Gegenargumenten zum Kerngedanken einer künftigen Partei-Neuformierung auseinandersetzen sollte. Dabei zeichnet sich primär eine wahrscheinliche Gegenrede aus dem Linksspektrum ab, die auf den zentralen Vorwurf von „nur noch tiefergehender Zersplitterung“ hinauslaufen dürfte. Diesem Argument sei jetzt schon die These entgegengestellt, daß eine gründlichere Ursachenanalyse zur Niederlage der Einheitsfrontbemühungen gegen das Aufkommen des Faschismus unbedingt geboten wäre. (...) Durch die bis heute anhaltende Spaltung innerhalb unseres eigenen Spektrums zeichnen wir selbst zu einem gravierenden Teil mitverantwortlich für ein weiteres Aufkommen restaurativer Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene. Deshalb sollten die Spitzen der etablierten linken Parteien den Gedanken einer neuen Partei mit Massenbasis nicht von der Hand weisen. Bei ihr kann es nur darum gehen, die lebendige Bewältigung von bislang nicht wirklich bewältigter Geschichte und die schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus als Kern unseres Glaubens an eine eines Tages wirklich friedliche, gerechte und darum freie Welt zu betrachten. **Rolf Plöttner, Bad Breisig**

Im Zusammenhang mit dem Artikel „Nur gegen die Nazis?“ (RF 68) sollte man auch die Rolle Willy Brandts zur Sprache bringen, die er als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale spielte. In dieser Funktion hat er sich in die Angelegenheiten anderer Staaten und Völker eingemischt. Erinnern möchte ich nur an Portugal. Hier hat er hinter den Kulissen die Strippen gezogen, im Verbund

mit seinesgleichen, und so die Nelkenrevolution systematisch untergraben. Sein Spezi Mário Soares besorgte dann den Rest.

Übrigens – ein Thema für das nächste Jahr: 30. Jahrestag der portugiesischen Aprilrevolution. Was ist davon noch übriggeblieben? (...) **Dieter Bartsch, Berlin**

Ich möchte Euch ein großes Dankeschön für die sehr interessanten, kurzen und prägnanten Artikel im „RotFuchs“ sagen. Jede Ausgabe in meinem Briefkasten erfreut mich aufs neue, gerade auch, weil die Dinge beim Namen genannt werden in einer Art, die man sonst oft vermißt. (...) **Martin Uebelacker, Eichenzell**

„Die Nebel lichten sich“, behauptet Konrad Strehl in seinem Artikel zur DKP-Programmdenbatte. (Oktober-RF) Wirklich? Möglich! Dennoch, ganz so einfach scheint es wohl doch nicht zu sein. Warum nicht? Weil das noch gültige Mannheimer Programm (trotz seiner unbestreitbaren Überarbeitungsbedürftigkeit) in entscheidenden Fragen, die nicht mit den Umständen und mit der Entwicklung der Partei selbst wechseln, höher steht, als z. B. der Textvorschlag der dreiköpfigen Autorengruppe (Dürbeck, Holz, Seppmann). Die Partei kann nur ein Programm haben, worüber sie sich in jedem Augenblick einig ist. Und während K. Strehl lobend erwähnt, daß der Textvorschlag der AG die Formulierung enthält: „Am Anfang des Sozialismus steht die Veränderung der Eigentumsverhältnisse“, merke ich nachdenklich an, daß das Mannheimer Programm formuliert: „Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Der Sozialismus gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln.“ Mit anderen Worten, im Unterschied zu den von K. Strehl hervorgehobenen Texten bringt das Mannheimer Programm immer noch klar zum Ausdruck, daß die DKP als schließliches Ziel – und jetzt zitiere ich Friedrich Engels aus „Die Arbeiterbewegung in Amerika“ – proklamiert, was jede kommunistische Partei letztlich proklamieren muß, nämlich „die Eroberung der politischen Herrschaft durch die Arbeiterklasse als Mittel zur direkten Aneignung aller Produktionsmittel (...) durch die Gesellschaft und zur gemeinsamen Benutzung dieser Produktionsmittel durch und für die Gesamtheit“. Im Mannheimer Text ist man sich also noch über den nach wie vor ersten, tatsächlich am Anfang stehenden Schritt zum Sozialismus völlig im klaren. (...) **Herbert Münchow, Leipzig**

Ich beschäftige mich ja auch mit Heiligen, weil sie in der Bildenden Kunst eine Rolle spielen, weil sie Volksglauben repräsentieren, weil sich in ihnen historische Vorgänge und Situationen wiederfinden. Damit werde ich dem „RotFuchs“ nicht kommen, obwohl auch Revolutionäres in ihnen zu finden ist. Aber: Ist der Fakt, daß Isabella von Kastilien erbitterte Feindin auch von Juden war, Grund genug, daß wir uns Sorgen um die Sorgen des Papstes machen? Wollen wir ihm vielleicht noch mit klugen Kanonisierungsvorschlägen aus seiner mehrfachen Patsche helfen?

Mit einem Wort: Ich kann das gar nicht verstehen und hätte an dieser Stelle viel lieber einiges von Kuba, über Entwicklungen in Lateinamerika, vielleicht auch einen Teil der Rede Fidel Castros vom 26. Juli 2003, dem 50. Jahrestag des Angriffs auf die Kasernen in Santiago de Cuba, oder einen kräftigen Hieb diesem deutschen Bundestag für sei-

ne Entscheidung gelesen, die Buchmesse in Havanna zu boykottieren.

Roger Reinsch, Berlin

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich die jüngste RF-Nummer gelesen. Freude bereitet mir der Leserbrief von Boris Tschernow über die Erfolge der Bulgarischen Kommunistischen Partei, vor allem die Aufnahme junger Menschen im Alter von 18 bis zu 24 Jahren. Gerne lese ich die Beiträge von Rolf Berthold, seine Artikel über China, auch seinen Bericht von der Marxistischen Sommeruniversität in Belgien. Ich möchte allen Mitarbeitern des RF meinen Dank aussprechen. (...) **Günter Bauch, Fraureuth**

Wenn jetzt der PDS-Programmparteitag in Chemnitz stattfindet, wird das chinesische Sprichwort zu beachten sein: „Bevor du dich aufmachst, die Welt zu verändern, gehe dreimal durch dein eigenes Haus.“ Und auch das besitzt Gültigkeit: „Fürchte nicht schwere Arbeit, fürchte leere Reden.“

Günter Bauch, Fraureuth

Es ist nicht mehr nur ein Gerücht, sondern eine für jedermann erkennbare Tatsache, daß der BRD-Leistungssport auf das Niveau eines Entwicklungslandes abgestürzt ist. Es genügt, die populärsten Sportarten zu nennen: Leichtathletik, Geräteturnen, Männerfußball, Tennis, Boxen und Alpine Skirennen, Skispringen. Selbst beim Rudern und im Kanu-Rennsport ist ein Leistungsschwund erkennbar. Sportoffizielle und Minister suchen Ursachen, finden bei ihrer Denkweise aber weder eine schlüssige Antwort noch eine Lösung. (...) Es gibt auch Experten, die mehr erkannt haben als nur die Mängel des Föderalismus im Sport. Das stimmt zwar, ist aber zu kurz gedacht. Das Gesundheitswesen wie die Bildungspolitik gehören u. a. dazu. Diese Experten flüstern aus Furcht vor den Delegitimierern ihren Pferden ins Ohr: Wir haben mit dem Staat das falsche Sportsystem zerstört. Sie vertrauen nur ihren Rossen, weil die stillhalten.

Aber Heike Drechsler führt Ursachen an, die selbst im ND gedruckt werden. (...) Einige Hauptmängel nennt sie allerdings nicht: Es gibt keine planmäßige, zielgerichtete und umfassende Talentsuche unter allen Kindern einer Schule; es fehlt ein wissenschaftlich begründetes altersgerechtes Förderungssystem, wirksam bis in die Leistungszentren hinein; im Wertgefüge der BRD steht der Olympiasieger weit unten. Er, der die Meister anderer Nationen im Wettkampf hinter sich gelassen hat, darf aber deshalb nicht erschrecken. Der erfolgreiche Manager rangiert im Denken der BRD-Politikmacher nämlich viel weiter oben. Er erhält den Kranz des Siegers: eine millionenfache Abfindung! **Wolfgang Ahrens, Ballenstedt**

Heute habe ich drei Ausgaben Ihres wundervollen Blattes erhalten. Danke. Ein Freund hat mir sicherlich den Gefallen getan und Ihnen meine Adresse zugesandt, damit ich den „RotFuchs“ bekomme.

Ich danke Ihnen dafür, Ihre, die meines Erachtens beste Zeitung Deutschlands, beziehen zu können.

Sebastian Zutz, Schwerz

Ich bin sehr an der Zeitschrift „RotFuchs“ interessiert und bitte um eine regelmäßige Lieferung. Der bisherige Kontakt mit ihr hat mich regelrecht begeistert.

Im angegebenen Autorenkreis finde ich den Namen meines ehemaligen Institutsdirektors an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Prof. Dr. Günter Wilms. Ich studierte an dem von ihm geleiteten Institut von

1968 bis 1970. Dieses Studium und die Begegnung mit ihm haben meinen Lebensweg entscheidend geprägt. Ich bitte Sie, Professor Wilms herzlich von mir zu grüßen.

Mein ehemaliger Wirkungskreis: Direktor der Medizinischen Fachschule an der Fachpoliklinik für Stomatologie in Halle (Saale) und Chefredakteur der Zeitschrift „Zahntechnik“, beides bis 1990.

Ich wünsche dem „RotFuchs“ weiterhin Erfolg und eine angemessene Verbreitung. Für diese werde ich in meinem Wirkungs- und Freundeskreis sorgen.

**Oberstudiendirektor
Dr. Eckard Ulrich, Templin**

Ich war von 1951 bis 1955 Schüler der Seume-Oberschule in Weißenfels. Ich wuchs als drittes von vier Kindern einer „Krieger-Witwe“ auf. Ich habe von dem Artikel Günter Freyers gehört und besäße ihn gern selbst, denn man sagt, Günter habe als der Ältere die Oberschulsituation in Weißenfels geschildert, wie wir sie nicht kannten. Ich selbst habe diese Schule in bester Erinnerung und heute noch Verbindung zu unserem ehemaligen Lehrer. Ich würde mich sehr freuen, den Artikel von Euch zu bekommen. Wie in alten Zeiten grüße ich Euch: Rot Front!

**Heinrich Elm,
Ostseebad Kühlungsborn**

Bei Beginn eines neuen Monats fiebert man dem „RotFuchs“, unserer Tribüne zur marxistisch-leninistischen Betrachtung gesellschaftlicher Ereignisse, entgegen. Das ist gut so, denn damit wird für die gewissenhafte Erarbeitung von Problemen und deren richtige Einordnung eine wichtige Ausgangsbasis gesichert.

Aber reicht es, wenn wir Älteren unsere Kenntnisse überprüfen und erweitern? Ich wünschte mir, daß wir dafür sorgten, daß mehr junge Füchlein an unsere Seite treten. Wie die Füchse über ihre Jungen ihre Art sichern, sollten wir uns darum sorgen, daß unsere Weltanschauung in jungen Herzen weiterlebt und sich dort feste Positionen schafft. Eine Möglichkeit wäre es, daß jedes Mitglied einen jungen roten Fuchs gewinnt. Dabei bliebe aber zu überlegen, wie wir unsere Gedanken und Ideen jugendgemäßer vermitteln. Bitte diskutiert das einmal in allen Gruppen.

Wolfgang Mitschke, Halle

Erfahrungen über die politische Arbeit auszutauschen, gemütlich beisammenzusitzen und Kontakte zu knüpfen – das ist das Anliegen von Mitgliedern der PDS und Antifaschisten der Gruppe „Spurensucher“ bei ihren jährlichen Herbsttreffen in der Gnauckmühle. Sie liegt in der hinteren Sächsischen Schweiz. Wie immer sorgten auch an diesem 4. Oktober die Neustädter Genossen vorbildlich für das leibliche Wohl. Und doch war es diesmal anders als in den vergangenen Jahren: Die PDS ist nicht mehr als Fraktion im Bundestag vertreten, ihr Einfluß ist gesunken. Das zog sich wie ein roter Faden durch die Diskussion.

Der Kreisvorsitzende, Gen. Retzler, berichtete über seine erfolgreiche Arbeit als Bürgermeister in Liebstadt und über die Mühen, die wirkliche Basisdemokratie mit sich bringt. Zum Chemnitzer Parteitag meinte er, man solle die Diskussion über den Programmwurf beenden und zu praktischer Arbeit übergehen. Was im Programm stehe, sei weniger wichtig, weil es die Bürger in der gegenwärtigen Situation sowieso kaum interessiere. Dabei wandte er sich entschieden gegen die Argumentation der Kommunistischen Plattform.

Nicht alle Anwesenden waren einverstanden mit der vorgegebenen Diskussionsrichtung.

Gegenmeinungen drückten sich konkret in einem Antrag an den Bundesvorstand aus, der die PDS-Führung aufforderte, die Initiative zu einem Zusammengehen mit allen anderen linken Parteien und Gruppen in Deutschland zu ergreifen. Zu dem Antrag gab es keine Gegenmeinungen, er wurde von fast allen Genossen unterschrieben.

Werner Döring, Hohnstein

Mit dem Leserbrief über sozialistische Lieder in Eurer Nummer 68 wurde, seitdem ich den „RotFuchs“ abonniere, in 7 von 10 Nummern etwas von mir abgedruckt. Das ist für mich absoluter Rekord. In der DDR kam ich auf durchschnittlich eine Zeitungsveröffentlichung pro Jahr und 1990 bis 1998 auf etwa 20 jährlich, meistens in der Kreisausgabe der „Freien Presse“.

Mir gefällt besonders, daß Ihr entsprechend Eurer Titelzeile „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ immer viel über andere Länder veröffentlicht. (...) Von meinem Patenjungen aus dem südamerikanischen Indianerstamm der Guaraní erhielt ich gerade, als ich meine ersten Zeilen an ihn absenden wollte, einen schönen Brief in spanischer Sprache, der von der bolivianischen Sektion der Organisation „World Vision“ ins Englische übersetzt worden war und in dem der Junge mich „Amigo“ nennt. Er wird wahrscheinlich Augen machen, daß ich ihm nach Kauf eines entsprechenden Wörterbuchs auch ein paar Worte in seiner indianischen Muttersprache geschrieben habe, wahrscheinlich nicht richtig, aber verständlich.

Karl-Fritz Zillmann, Freiberg

Euer Blatt sagt mir zu. Es ist für mich eine gute Ergänzung zum ND. Da ich mich kaum mit jemandem über marxistisch-leninistische Positionen streiten kann, helfen mir Eure wissenschaftlichen Beiträge, bestimmte Artikel und „offizielle“ PDS-Standpunkte kritischer zu sehen. Ich stimme Eurer Haltung zum letzten Programmwurf der PDS zu. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Autoren Erkenntnisstranken haben oder unwissend sind. Wer in solch grober Weise wissenschaftliche Erkenntnisse verbiegt (ich denke z. B. an die Freiheits-Passagen im Entwurf), betreibt Verrat ... an der revolutionären Bewegung.

Ich möchte bei Euch ein Abo bekommen. Bitte nennt mir Eure Bedingungen. Eure Zeitung kostet Geld, solange ich es kann, möchte ich etwas dazu beitragen.

Klaus Böhrig, Mittweida

Danke für die wärmenden Worte der Solidarität am Krankenbett. Der Krebs ist besiegt, die Reha-Kur vorüber. Jetzt wird in die Hände gespußt und weitergekämpft! Unseren „RotFuchs“ habe ich überall da verteilt, wo sich kranke Menschen befanden und außer ihrer Medizin dringend noch etwas anderes brauchten. (...) „Rotlicht“ außer der Reihe bekamen viele Patienten von mir, und das fast 12 Wochen lang. Denn neben der BILD-Zeitung oder halbseidenen Illustrierten hat man in den Krankenhäusern dieses Landes den Menschen nichts anzubieten. (...)

Rolf Weinhold, Hoyerswerda

Hallo, Genossen, warum war der „RotFuchs“ nicht auf dem Einheizmarkt vertreten? Würde mich über eine Antwort sehr freuen.

Bernd Heidmann, Rostock

Antwort der Redaktion:

Die Nichtbeteiligung am Einheizmarkt war ebenso ein Mangel wie unsere Abwesenheit beim Solidaritätsbasar der Journalisten auf dem Alexanderplatz. Manchmal reicht die Kraft nicht für alles. Wir ziehen Lehren.

Gestern habe ich die Oktober-Ausgabe erhalten. Sie ist wiederum nicht mit Geld zu bezahlen. Dennoch konnte ich 10 Euro lockermachen. Ein Dankeschön in aller Freundschaft

Karl-Heinz Ebeling, Fürstenwalde

Die Treuhandgesellschaft schaffte es, das Vermögen der DDR von 600 Mrd. DM Plus auf über 260 Mrd. DM „Schulden“ herunterzuwirtschaften. Frau Breuel ist es zu danken, „Ost-Konkurrenten“ vorzeitig ausgeschaltet zu haben. Marode „Westbieter“ hatten überall die größeren Chancen, trotz fehlender Kompetenz, Fuß zu fassen und den „Rest“ in Richtung West oder in die eigenen Taschen „umzulagern“. Von der DDR an Entwicklungsländer ausgereichte Kredite werden durch die BRD eingefordert. Das waren überwiegend Mittel, die man diesen Staaten gewährt hatte, um eine eigene Industrie aufzubauen. War und ist die BRD überhaupt an deren Unabhängigkeit interessiert? Sie bedeutet doch nur den Verlust an Absatzmärkten. Export von Fertigprodukten ist profitabler!!

Ein aktuelles Beispiel für den Umgang mit DDR-Vermögen ist die Übergabe von 27 MIG-29-Kampfflugzeugen für jeweils einen Euro an Polen. Wer hat Herrn Struck dazu berechtigt, Vermögenswerte der DDR zu verschleudern? Eine unabhängige Kommission (wenn es so etwas überhaupt noch gibt) sollte die Praxis der Veruntreuung des DDR-Vermögens untersuchen. (...)

Peter Oldenburg, Schwerin

Vielen Dank für den „RotFuchs“, der mich regelmäßig erreicht und den ich sehr gern lese. Er ist ein Mutmacher und zeigt mir, daß ich im real existierenden Kapitalismus nicht allein bin. Schreiben wollte ich schon lange mal, aber bisher reichte die Zeit nicht. Nun bin ich arbeitslos und kann – das ist der Trost – wieder in meiner östlichen Heimat leben.

Ich würde gerne Bücher schreiben, habe so etwas aber noch nicht gemacht und traue mir das auch gar nicht zu. Vielleicht findet Ihr ja jemanden in Euren Reihen, der meine Ideen umsetzen kann.

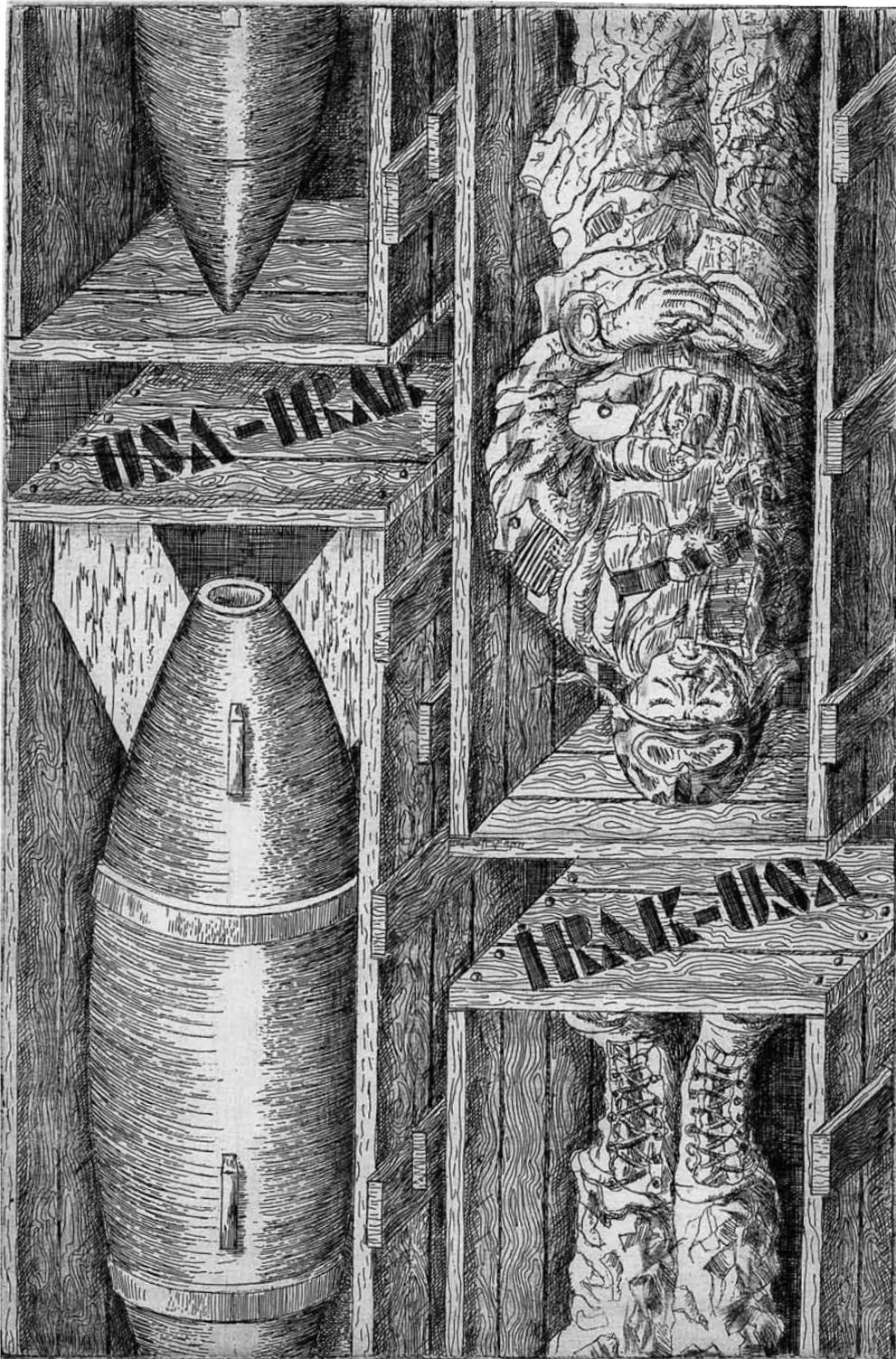
Eine von ihnen ist folgende: Ich war drei Jahre lang Grenzer in Berlin. In dieser Zeit habe ich viel erlebt. Der Klassenfeind war täglich tätig, wenn man so will. Die Palette seiner Angriffe reichte von Steinwürfen über Beschimpfungen bis zum Beschießen unserer Posten. (...)

Wir haben uns oft gefragt, warum diese Provokationen, Beleidigungen und Mißachtungen unserer Staatsgrenze nicht stärker publik gemacht wurden. Wie viele junge Männer taten in all den Jahren Grenzdienst und wie sicher war dadurch der Frieden in Europa! Wie schnell ließ sich der Nazi-Nachfolgestaat BRD nach dem Abriß der Friedensgrenze in einen völkerrechtswidrigen Krieg ein.

Darüber müßte man eindringlich schreiben und zugleich die Brücke zum Heute schlagen: Was kostet ein Tag in Afghanistan? Werden deutsche Interessen tatsächlich am Hindukusch verteidigt? Wessen? (...)

Ich halte meine Ideen nicht für den Stein der Weisen und Ihr, die Ihr das ja alles kennt, werdet wohl darüber lächeln, aber die Nachwelt hat nur diese eine Geschichtsschreibung zur Verfügung und wird mit Lügen und nochmals Lügen abgespeist.

Auf diesem Wege vielen Dank für das Buch von Klaus Huhn und Luis Corvalan „Der andere 11. September“. Es ist wirklich ganz toll!
Steffen Zibolsky, Schwedt



Wer zum Schwert greift ...

Grafik: Klaus Parche

Die Berliner Regionalgruppe begrüßt am **14. November 2003**, um **16.30 Uhr**, in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205,

den früheren Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR,

Prof. Dr. Walter Schmidt

Er spricht über das Thema:

Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten

Stuhlgeld: 1 Euro

Er kämpfte als Stabsoffizier in der Volksarmee des republikanischen Spanien und entging Auschwitz nur um Haaresbreite. Er gilt seit Jahrzehnten als Institution der Westberliner Linken und steht heute als Kommunist beim „Rot-Fuchs“.

Genosse Fritz Teppich

vollendet am 26. November 2003 sein 85. Lebensjahr. ■

Wir gratulieren von Herzen!

Ein kommunistischer Pfarrer – geht das denn überhaupt?

Genosse Dr.

Dieter Frielinghaus

der am **14. November 2003** seinen **75. Geburtstag** begeht, liefert jeden Tag den Beweis dafür.

Einen Theologen seiner menschlichen und politischen Qualität in den Reihen der kommunistischen Bewegung zu wissen, ist eine große Genugtuung.

Liebe Grüße, auch für Gisela, gehen nach Brüssow.

I M P R E S S U M

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem 1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 3404, Fax 030/5649 3965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Böhler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR
Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Sylvia Feldbinder,
Bernd Koletzki

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220160 759